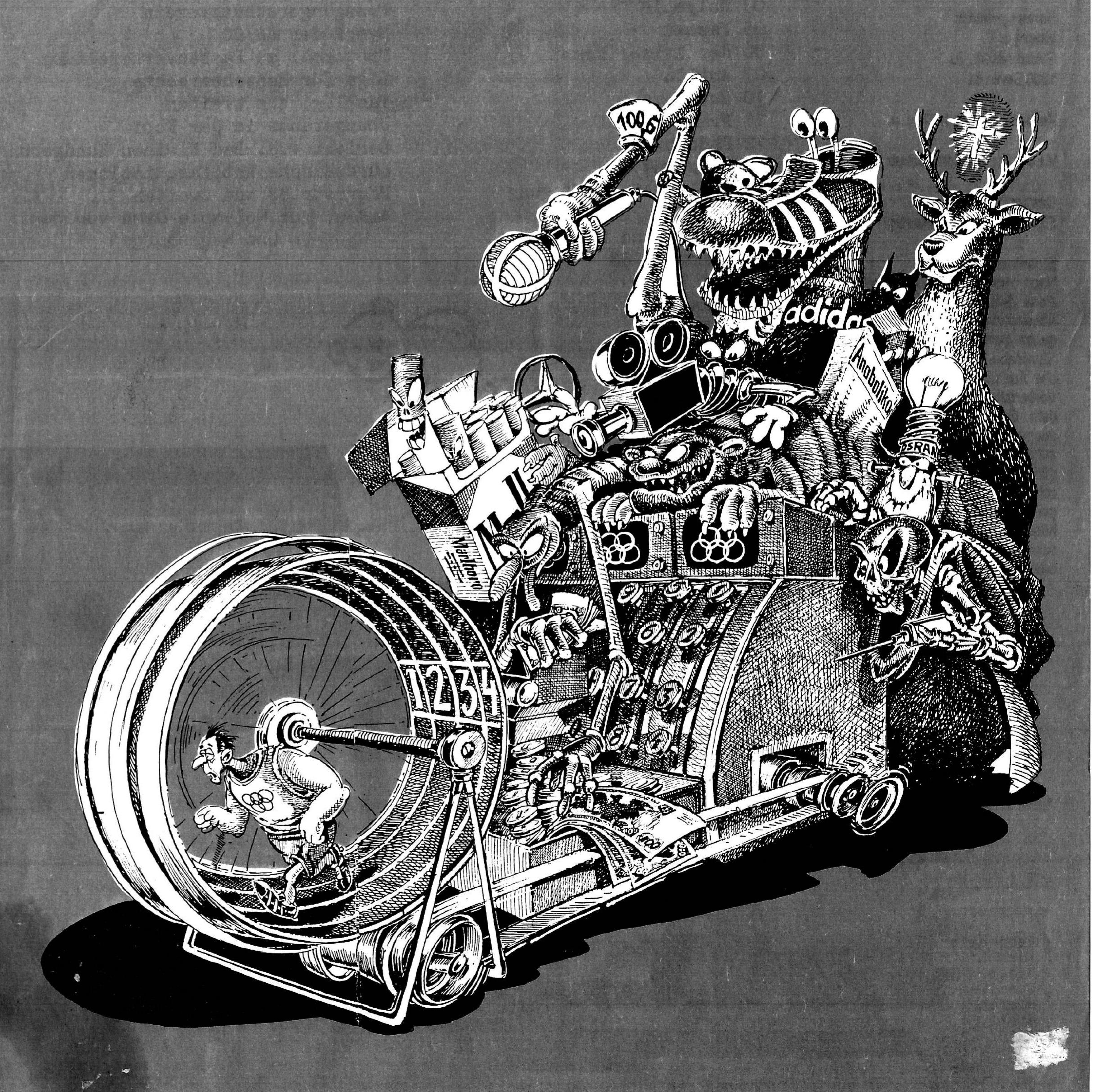
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Nr. 252

19. September 1993

Hallo Leute,

Auf vielfältigen Wunsch haben wir uns jetzt doch dazu entschlossen, den K.H.-Roth-Text zur Wiederkehr der Proletarität mit ins Heft zu nehmen. Auch wenn er schon von vielen Gruppen diskutiert wird, kann eine weitere Verbreitung sicherlich nicht schaden. Auf S.22 findet ihr eine leicht gekürzte Fassung aus dem ak 356.

Einige zeitlose Dokumente des Zeitgeschehens haben wir auf die nächsten Wochen verschoben (die Interim erscheint jetzt wieder wöchentlich). Wundert euch also nicht, wenn euer Text weder im Heft noch im Ordner auftaucht, aber der Briefkasten war einfach zu voll.

und noch was: schickt uns die Termine doch bitte immer nur für die aktuelle Woche. Für alle anderen können wir keine Gewähr übernehmen.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Ordner



Endspurt NOlympia

Noch zwei Wochen sind es bis zur Entscheidung in Monaco. Und mensch kann sagen, daß es um die NOlympics nicht zum Besten steht. Zumindest haben sich unsere optimistischen Prognosen der letzten Monate nicht bestätigt. Das liegt einerseits daran, daß wir in den letzten zwei Monaten nur wenige Gelegenheiten genutzt haben, gegen die Bewerbung aktiv zu werden. Zum anderen haben die OLympiaplaner durch die WM in Stuttgart, das ISTAF und die IFA eine regelrechte Propagandalawine losgetreten.

Die Medien lassen die Realität anders erscheinen, als sie ist. Kritische Stimmen haben in den Berliner Medien außerhalb der taz keinen Platz mehr. Sie wollen damit sämtliche Widersprüche, Proteste und Widerstand übertünchen. Dem sollten wir in den verbleibenden Wochen noch was massiv entgegensetzen, auch wenn wir nicht mit dem Multiplikatoreffekt Medien rechnen können. Wenn die Demo am 18.9. groß und laut genug wird, wäre diese Realität kaum zu unterdrücken. Also mobilisiert in eurer Umgebung mit und bereitet euch darauf mit anderen vor.

Unsere letzte Aktivität beim Besuch des Altfaschisten Samaranchs fiel nicht so aus, wie wir uns das dachten. Wir erfuhren 2 Stunden bevor er in Tegel landete, daß er für 5 Stunden Berliner Boden betreten wollte. Immerhin gelang es noch einigen mit Transparenten zum Flughafen zu kommen. Samaranch sah wohl nach eigener Aussage, 1000 Leute mit Transparenten dastehen. Er wurde aus Sicherheitsgründen sofort in einen Hubschrauber gepackt. Vor dem Schloß Charlottenburg gab es dann noch Proteste mit Pfeifkonzert und Transparenten. Bei dieser Zivi- und Bullendichte war mehr nicht drin. Der Sicherheitsapparat lief noch nicht mal beim Queenbesuch auf solche Hochtouren, was nicht gerade das beste Licht auf Berlin warf.

Zu 19 Uhr hatten wir zu einer Demo am Breitscheidplatz mobilisiert. Gekommen waren ca. 400 Menschen, was ungefähr der unteren Grenze unserer Erwartung entsprach. Deshalb und weil Samaranch die Stadt bereits verlassen hatte, entschlossen wir uns dazu, es bei einer Kundgebung zu belassen. 200 OlympiagegnerInnen demonstrierten trotzdem und meldeten nach einigen Provos der Bullen eine Demo bis zum Mehringhof an.

Es liefen in letzter Zeit noch zwei Merkwürdigkeiten. In der taz standen Ankündigungen für eine Kundgebung bei der ISTAF und zu einer VV wegen der IFA. Beide waren mit mehreren Aufrufern, u.a. dem AOK, unterzeichnet. Weder wir noch die anderen angeblichen Aufrufer wußten etwas davon und auch vor Ort gab sich niemand als InitiatorIn zu erkennen.

Damit es nicht bei leeren Ankündigungen bleibt, geben wir jetzt die definitiven Termine für die nächsten 2 Wochen bekannt:

Sa 11.9. ab 15 Uhr Antiolympisches Straßenfest
in der Kreutziger Straße in Friedrichshain

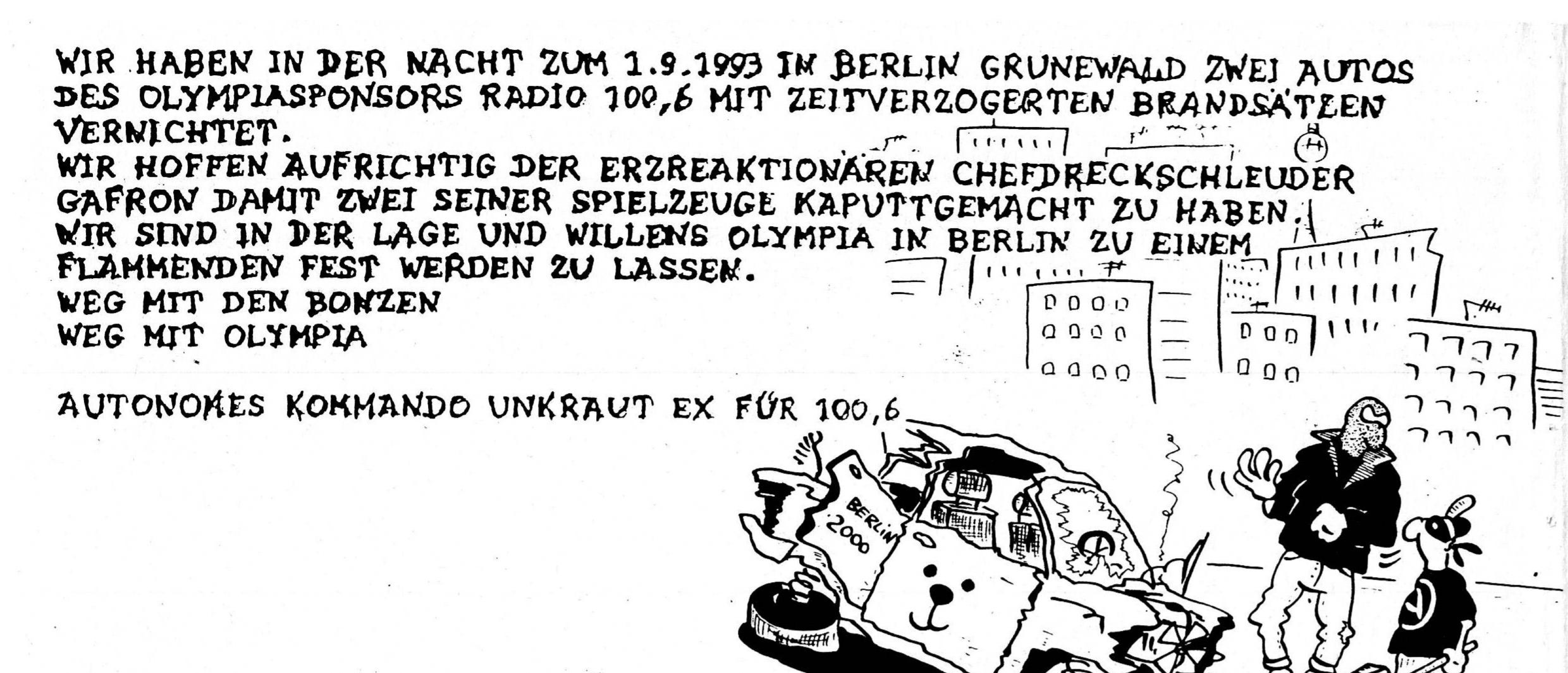
Di 14.9. 20 Uhr Vollversammlung Mehringhof
über die letzte Runde im Kampf gegen das IOC und die Billigganoven von Senat und Olympia Gmbh

Do 16.9. 18.30 Uhr NOlympia-Abschlußveranstaltung
in der TU im Hörsaal 104.

Sa 18.9. 13 Uhr Demo am Rotes Rathaus "Olympia ... und tschüß"
Demoroute: Spandauerstr. – Mühlenstr.– Breitestr.– Marx-Engels-Platz– Karl-Liebknechtstr.– Spandauerstr.– An der Spandauerbrücke– Hackescher Markt– Rosenthalerstr.– Gormannstr.– Chorinerstr.– Zionkirchstr.– Kastanienallee- Oderbergerstr.– Schwedterstr.– Abschluß Senefelder Platz
15 Uhr Straßenfest in der Adalbertstr.

Do 23.9. 19.30 Uhr Showdown an der Oberbaumbrücke:
"Weg mit den Ringen – weder Innenstadt- noch olympische Ringe!" Fernsehübertragung der Entscheidung in Monaco. Hoch die Tassen – Hau weg den Scheiß.

AOK



High Mr.Smaranch, Diebchen und Nawrocki, der schwarze September kommt, euer Ende naht...

In der Tradition der Hönkel-Brüder und Schwestern ist die Zeit für uns als Nolympic-Outlaws, Trampolin-Jumpers, Ego- und Pyromanen gekommen Olympia in den märkischen Wüstendsand zu setzten. Ihr drogenabhängigen Money-Junkies fragt uns, wie das gehen soll? Wir sagen euch, Pillen und Spritzen bringens' nicht! Schneller, höher, und weiter geht's nicht nur nach Weiterstadt, um mit Volxsport Olympia zum Teufel zu jagen. Glaubt ihr im Ernst, daß die Doitschen schon 1936 und 1972 bewiesen haben, daß sie Olympische Spiele organisieren können? Paah, euer Stumpfsinn macht uns böse und grimmig. Aber das genügt uns nicht: Warum seid ihr nicht in der Limousine von Carrero Blanco mitgefahren? Was haltet ihr davon? Zunächst bezahlt ihr uns alles, dann bezahlt ihr es selbst und zum Schluß bezahlt ihr es teuer!

Showdown: Nach dem heißen August kommt der schwarze September. Und da machen wir eine große wilde Party: In pöbelhafter Lebensgier entfesseln wir unsere Destruktivkräfte. Und mitten im Dschungel, wo wir hausen, nehmen uns nicht nur die Gullideckel sondern, die Straße, den Kiez, die ganze Stadt.

Den Olympia-Bären werden wir rösten und eure Olympischen Ringe ziehen wir den Bullen durch die Nase. Ihr Satansbraten, stopft euch die Säcke voller Geld nur in euer nimmersattes Maul.

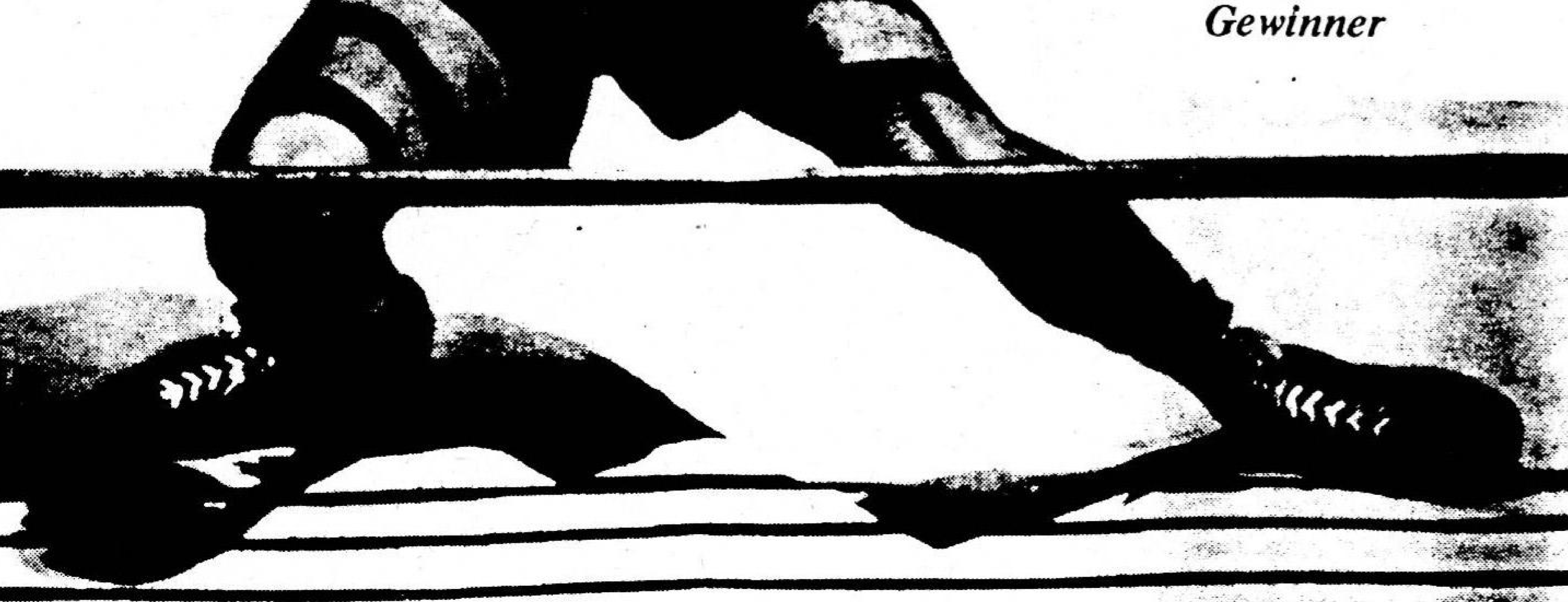
In hämischer Freunde vergessen wir dabei nicht, daß viele IOC-Mitglieder das Jahr 2000 nicht mehr erleben werden.

Hinweg mit eurem ganzen Spuk. Ihr habt schon verloren, bevor es überhaupt angefangen hat. Wir bieten euch schon jetzt das uncondtional surrender an, selbstverständlich. Und nach dem schwarzen September kommt der goldene Oktober.

Die zauberhaften Gewinner

JUGEND TRAINIERT

FÜR OLYMPIA



Samaranch-Besuch

Das ist eine kurze Kritik zum Samaranch-Besuch.
Die Nachricht von Samaranchs Anwesenheit ging glücklicherweise schnell rund. Das sollte öfters so klappen. Die Kürze seines Aufenthaltes (davon die meiste Zeit im Hubschrauber) war leider nicht vorauszusehen. Trotz dreier Artikel zu dem möglichen Besuch des Altfaschisten in der letzten Interim war die Mobilisierung von 250(?) Leuten ein Witz. Olympia läßt sich damit nicht verhindern. Es geht in der Szene anscheinend die Meinung um, Berlin sei chancenlos. Ohne auf die offizielle Propaganda hereinzufallen, hat Berlin sehr gute Chancen auf den Zuschlag. Seit Stuttgart umso mehr, auch Dank der dortigen Bestechungsorgie. Der Senat ist von den Spielen abhängig, nicht zuletzt, um seine Klientel zu füttern. Selbstzufriedenheit und gegenseitiges auf die Schultern klopfen reichen nicht aus. Das Argument, Samaranch sei zum Zeitpunkt der Kundgebung nicht mehr dagewesen, zieht nicht. Der Besuch wäre eine gute Möglichkeit gewesen, dem Senat die breite und radikale Ablehnung der Olympiabewerbung klarzumachen. Eine Antifa-Mobilisierung wäre für Samaranch genauso angebracht gewesen. Es stellt sich die Frage, wo all die Leute mit ihren "vielfältigen und phantasievollen" Aktionen waren. Es gab keine Straßenblockaden, brennende Autoreifen, eingeschlagene Fensterscheiben, etc. die der Huldigung des Faschisten durch Senat und Regierung gerecht gewesen wären. Machen alle Urlaub? Handelt es sich bei der Szene um MaulheldInnen, FreizeitrevoluzzerInnen? Haben wir keine Phantasie? Sind einige Widerstandsformen zu profan? Eine kleine Demo zum Wittenbergplatz wäre mindestens drin gewesen.
Der Reinfall vom Montag läßt schlimmes für die Zeit bis zum 23.September befürchten. Es sollte sich vielleicht jede/r fragen, was er/sie will/nicht will, was die Vorhaben des Senates für uns und die Stadt für Folgen haben werden und welche Rolle wir darin übernehmen. (auch später). Nichtsdestotrotz gibt es noch genügend Pro-Olympiaaktivitäten, gegen die sich anstinken läßt, stellen wir was eigenes auf die Beine und dann?

Volkssport statt Olympia

P.S.: Zu Klasse gegen Klasse: Kommt Ihr eigentlich auch mal aus Eurem Kiez raus?

ENTSCHLOSSEN UND PHANTASIEVOLL GEGEN FASCHISMUS

Zum 11. mal trifft sich am 2. Oktober 1993 die faschistische DVU in Passau.
Die DVU mobilisiert seit Jahren erfolgreich ALt- und Neonazis und deren SympathisantInnen aus dem gesamten rechten Lager der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Südtirol und anderen europäischen Ländern.

Zwar distanzierte sich die DVU bereits im Vorfeld ihres Bundesparteitags am 14.8.1993 in München aus taktischen Gründen von anderen FaschistInnen und deren Organisationen, trotzdem ändert sich nichts an ihrem Programm. Äußerungen wie: "Wir wehren uns dagegen, daß Deutschland zum Sozialamt der Welt wird.", "Deutschland den Deutschen! oder "Scheinasylanten raus" verdeutlichen dies.

Gerade auch im Zusammenhang mit dem verstärkten Rechtsruck in Deutschland ist die Bedeutung der DVU als Propagandistin rechtsradikaler Politik nicht zu unterschätzen. Gerade Gruppierungen wie die DVU haben in den letzten Jahren das gefordert, was mitlerweile deutsche Realität ist: die quasi Abschaffung des Asylrechts, die weitere Entmündigung von Frauen, Sozialabbau und immer mehr rassistisch motivierte Übergriffe, die von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden. Ihre Veranstaltung in der Nibelungenhalle ist in Verbindung mit den Wahlen 1994 zu betrachten, bei denen die DVU ihre Erfolge in Bremen 1991 und in Schleswig-Holstein im April 1992 fortzusetzen versuchen wird.

Daß die DVU gerade am 2. Oktober, dem Vortag des "Tag der Deutschen Einheit", ihre Veranstaltung durchführt , kommt nicht von ungefähr. So kann sie einer breiten Öffentlichkeit ihre nationalistische Wahnvorstellung von einem Großdeutschland nahebringen.

Deshalb gilt es an diesem Tag zu verhindern, daß die DVU ohne Widerstand ihre Propaganda verbreiten kann; es gilt mit den Veranstaltungen und der Demonstration am Aktionstag Position gegen den Rechtsradikalismus zu beziehen und zu verhindern, daß der Tag von der Großveranstaltung der DVU geprägt wird.

KEIN NAZITREFFEN IN PASSAU UND ANDERSWO!

Wir rufen zu einem entschlossennen und Phantasievollen Aktionstag gegen die DVU am 2. Oktober in Passau auf.

An diesem Samstag sollen am Vormittag im ganzen Stadtgebiet von Passau Aktionen wie Infostände, Straßentheater, Frauencafes, etc. stattfinden.
Ab 12.30 Uhr ist dann auf dem Bahnhofsvorplatz der Treffpunkt für einen Demonstrationszug.
Wir möchten Euch bitten, unseren Aktionstag zu unterstützen, indem ihr zur Demonstration kommt oder indem ihr selbst Aktionen für den Vormittag vorbereitet (bitte unter 0851/31140 Bescheid geben, wenn ihr Aktionen vorbereiten wollt).

KEINE MACHT DEM FASCHISMUS!

Bündnis gegen die DVU

Keine Kriminalisierung von Antifaschist/innen

Nach neuesten Informationen ist Jürgen wieder draußen. Viele Grüße aus Berlin!

KLEINE BAUSTELLEN ERMÖGLICHTEN FRANKFURTS BEVÖLKERUNG AM 3.8. ZU SPÄT ZUR ARBEIT ZU KOMMEN.
DAMIT SIE SICH IM STAU NICHT LANGWEILEN, HABEN WIR AN 4 HAUPTSTRASSEN TRANSPARENTE AUFGEHÄNGT:
KEINE KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHIST/INNEN
FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN VON ANTIFA UND WIDERSTAND
EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN

ALLE TAGE DO IT YOURSELF BAUSTELLEN
AUTONOME HÜTCHENSPIELER/INNEN

PS. IN DER PRESSE STAND NATÜRLICH NICHTS, ANBEI NOCH EIN FOTO

Soligruppe
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt/M.

Richtigstellung

Liebe Leute,

in der von uns an euch/Sie verschickten Resolution, zur Freilassung des Antifaschisten "Jürgen", ist uns Aufgrund eines Mißverständnisses ein Fehler unterlaufen.

Da wir unsere Kampange zur Freilassung von Jürgen nicht auf Unwahrheiten aufbauen möchten, klären wir mit den folgenden Zeilen diesen Fehler auf.

Bei den beiden von uns benannten Neonazis Schneiderbauer und Reitz fanden keine Hausdurchsuchungen statt.
Tatsache aber ist das die beiden am Abend des Konzertes versucht haben KonzertbesucherInnen anzugreifen.
Beide waren zu diesem Zweck bewaffnet (siehe aktuelles Flugblatt).
Schneiderbauer hat in der Region Hungen mehrfach Propagandamaterial der verbotenen Nationalistischen Front (NF) verteilt.

Falls ihr in der Zwischenzeit schon eine "alte" Resolution von uns bekommen habt, möchten wir euch bitten diese auszutauschen!

Wir werden euch über die neuesten Entwicklungen auf dem laufenden halten und hoffen das ihr Jürgen und uns auch weiterhin unterstützt.

Soligruppe

Freiheit für die politischen Gefangenen aus Antifa & Widerst...

Spendenaufruf zur Finanzierung der Unterstützungsarbeit:

M. St. "Anna Schie" Konto-Nr. 304801372 BLZ. 50050201

Sparkasse 1822 Frankfurt, Verwendungszweck: Prozesse

Soligruppe
c/o Cafe Exzess Leipzigerstr. 91 60487 Frankfurt/M.

Presseerklärung

Festnahmewelle gegen Autonome in Nordhessen
Mindestens 9 Antifaschistinnen und Antifaschisten in U-Haft



ROTE HILFE GÖTTINGEN
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
37073 GÖTTINGEN

Erst auf Anfragen der Presse wurde öffentlich, daß seit Montag, 16. August 1993, bis zum Donnerstag, 19. August '93, mindestens neun junge Männer und Frauen aus dem Raum Arolsen in Untersuchungshaft genommen und gegen weitere Personen Haftbefehl erlassen wurde. Die Marburger Staatsanwaltschaft wirft den Festgenommenen „Mittäterschaft an versuchtem gemeinschaftlichen Totschlag und schweren Landfriedensbruch" vor.
Vorwand für die Festnahmewelle ist eine Auseinandersetzung zwischen Neonazis und autonomen AntifaschistInnen am 14. August 1993 in Rennertehausen/Raum Allendorf-Eder. Die Neonazis waren auf dem Weg zum diesjährigen Aufmarsch organisierter rechtsextremistischer Gruppen zum Gedenken an den Hitler Stellvertreter Rudolf Hess. Im Zuge dieser Aktion wurde der 22 jährige Thomas Kubiack, der führende Funktionär der „Sauerländer Aktionsfront", lebensgefährlich verletzt.
Kubiack befindet sich inzwischen außer Lebensgefahr.

Die „Sauerländer Aktionsfront" ist eine Vorfeldorganisation der „GdNF" (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) des bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch aus Hamburg. Erklärtes Ziel der „GdNF" ist der Wiederaufbau der NSDAP.
Der „Sauerländer Aktionsfront" sind ca. 60 rechtsextreme Skinheads zuzurechnen. Den Kreisen um Thomas Kubiack werden außerdem gute Kontakte zur örtlichen Polizei nachgesagt.

Die Festnahmewelle war in Polizeikreisen anscheinend schon länger in Vorbereitung. Mit der antifaschistischen Aktion am 14. August '93 war der passende Vorwand zum Zuschlagen gefunden.
Den ersten Verhafteten, einen 21 jährigen Mann aus Arolsen, den die Polizei Tage später als Täter präsentierten, wurde als „polizeibekannt" und „Arbeitsloser" bezeichnet, der bereits bundesweit als „politisch Reisender" aufgefallen sei. Im Zuge der Fahndung fiel auch ein gänzlich Unbeteiligter der Polizeiaktion zum Opfer. Ein Belgischer Soldat, den die Polizei für einen der Verdächtigten hielt, wurde bei seiner Festnahme verletzt.
Die von den Verhaftungen und Verfahren Betroffenen sind ausschließlich Heranwachsende im Alter zwischen 18 und 21 Jahren.
Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden schlagen, wo es gegen Mitglieder aus dem „linken Lager" geht, eine harte Gangart ein. Den Strafverfolgungsinstanzen geht es offenbar darum, an diesem Fall ein Exempel zu statuieren. Der Leiter der Marburger Staatsanwaltschaft, Dr. Hans-Jürgen Karge, will die Inhaftierten „ganz schnell anklagen", um nach eigenen Angaben ein „Zeichen gegen die Selbsjustiz" zu setzen.

Rote Hilfe Göttingen
23. August 1993

Hallo. M.A. Du Arsch! Wegen Dir müssen wir uns jetzt wieder nen Kopf machen. ÄTZ!
Wie letztes Jahr soll auch 1993 ein Einheizfestival zum 3.oktober stattfinden, und genau wie letztes Jahr ist auch Matthias Aberle wieder maßgeblich beteiligt.
Für uns heißt das, daß er sich weiterhin weder mit seiner Vergangenheit noch mit der durch die Interim veröffentlichten Kritik auseinandergesetzt hat.
Das Einheizfestival hat keinerlei politischen Anspruch. Die erzielte Kohle soll die entstehenden Kosten (wie Gagen, Wachschutz...) decken. Ferner sollen 50.000 dm Senatsschulden von M.A. abgezahlt werden. Was mit eventuellen Überschüssen passiert, ist uns nicht klar. Es besteht aber nicht die Absicht, sie Antifa oder anderen politischen Gruppen zur Verfügung zu stellen.
Wir haben die Informationen zu M.A. an die verschiedenen Bands, die auf dem Festival auftreten sollen, weitergegeben und fordern von ihnen eine Stellungnahme.
Unsere Forderungen richten sich zum einen an M.A., zum anderen andie betroffenen Bands und an andere politische Zusammenhänge.
M.A. muß raus aus allen politischen Zusammenhängen, auch aus denen, die auf komerzieller Ebene linke Kultur vermarkten. M.A. darf in dem Festival weder offen noch verdeckt beteiligt sein. Falls M.A. weiterhin als Mitveranstalter dieses Festivals verantwortlich ist, fordern wir den Boykott dieser Veranstaltung!

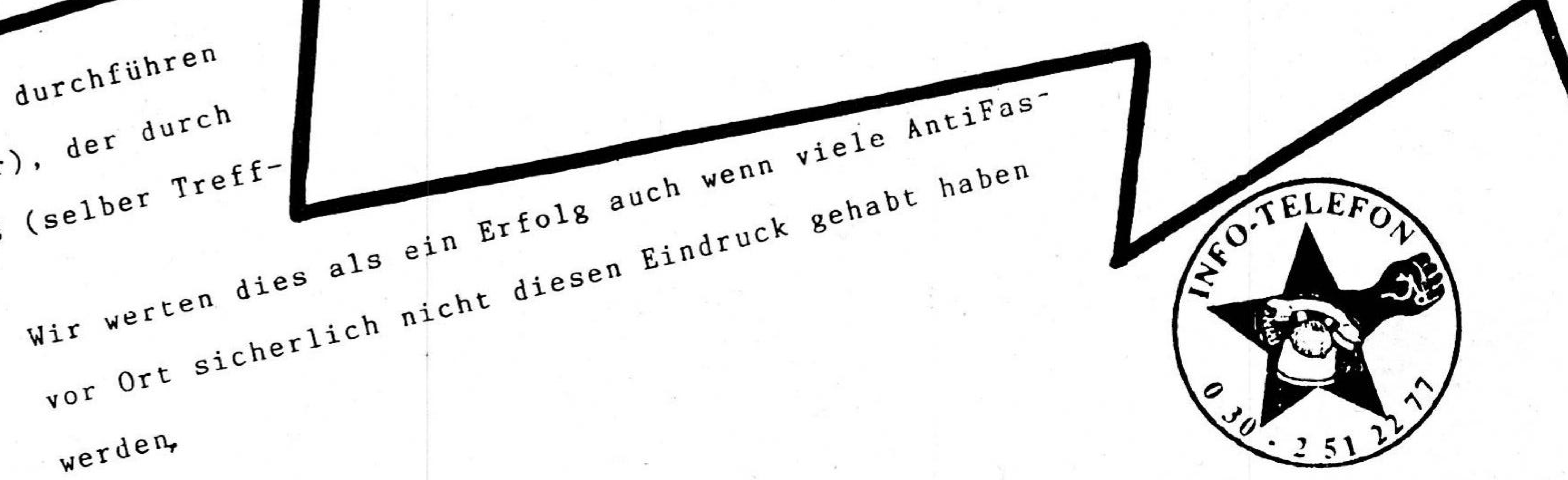
P.S. Wir wurden aus Hamburg auf die Gruppe Daily Terror aufmerksam gemacht, die auch für das Einheizfestival vorgesehen ist: "Es würde uns nicht wundern, wenn Störkraftfans oder Hools, die wohl zur Fangemeinde von D T gehören, auf dem Festival auftauchen." Wenn ihr genauere Infos zu D T habt, gebt sie bitte über die Interim bekannt.

HAUT WEG DEN SCHEISS!!

F A P - A U F M A R S C H V E R H I N D E R T
in Marzahn

Am 04.09.1993 wollte die FAP einen Aufmarsch durchführen (Treffpunkt: S-Bahnhof Springfull um 16 Uhr), der durch ein zahlreiches Erscheinen der AntiFaS (selber Treffpunkt und Zeit) verhindert werden konnte.

Wir werten dies als ein Erfolg auch wenn viele AntiFas-vor Ort sicherlich nicht diesen Eindruck gehabt haben werden.



STOPPT SINGER-PROPAGANDA!

Ab Dienstag, dem 21. September, soll es in der Volkshochschule Friedrichshain ein Seminar des ehemaligen Prof. Klaus Wuttich geben, in dem er an sechs Abenden Peter Singers Machwerk "Die Praktische Ethik" ausbreiten will.

WIR WOLLEN, DAß ER DIES NICHT TUT !

Wer ist dieser Peter Singer? Singer ist einer der schillerndsten Wegbereiter einer neuen Euthanasiebewegung. Seit 1977 Prof. für Philosophie an der Monash-Universität in Melbourne, arbeitet er auch im Bereich der künstlichen Befruchtung und Embryonenforschung und übernimmt 1983 die Leitung des 'Center for Human Bioethics' an selbiger Universität. 1975 erschien sein erstes Buch "Animal Liberation", 1979 wird die "Praktische Ethik" veröffentlicht. Sein Ziel - und das seiner MitarbeiterInnen und VertreterInnen - ist eine Vernichtung von behindertem Leben bzw. eine "Verhütung" desselben mithilfe pränataler Diagnostik.

Singer und Konsorten sind sehr um das "Glück" der Menschen bemüht und möchten das "Leid der Welt" ausradieren.

" Die Gesamtsumme des Glücks ergibt sich,..., wenn mehr glückliche und weniger unglückliche Individuen geboren werden. Bei Singer ist ein unglückliches Individuum ersetzbar durch die Geburt eines glücklichen. Eine Glücksspirale mit tödlichen Folgen."
(Ursula Aurien, Mitarbeiterin der 'Randschau - Zeitung für Behindertenpolitik')

Die einfache tödliche Formel lautet: Behinderung = Leid.

Dies wird von vorneherein gleichgesetzt und nirgends hinterfragt.
" Wenn ein solches Kind existiert, würden wir, weil sein Leben nichts als Elend sein kann, die Summe des Schmerzes in der Welt durch einen Akt der Euthanasie Verringern." (so in Singers "praktischer Ethik"). An Singers Wesen soll die Welt genesen...

Es wird wieder hoffähig, in den Kategorien von 'lebenswert' und 'lebensunwert' zu denken. Behinderten wird das Menschsein abgesprochen. Singer bezeichnet sie als "menschliches Gemüse" und kommt zu der Schlußfolgerung, daß etwa "die Tötung eines Schimpansen schlimmer ist als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist."

"Personalität" ist eines der Zauberworte aus Singers Repertoire. Als Kriterien dafür gelten: Selbstbewußtsein, Selbstkontrolle, Zeitbewußtsein, Beziehungs- und Kommunikationsfähigkeit und Neugierde. Wer diesen Kriterien nach Singers Maßstäben nicht entspricht, wird zur Vernichtung freigegeben.

Singer steht mit dieser perversen Selektionsideologie nicht alleine da.
In einer Zeit, in der die Solidargemeinschaft aufgekündigt wird und Menschen nur noch nach Effizienz beurteilt werden, werden Behinderte zu "unnützen Essern" abgestempelt.
In einer Zeit, in der Gen- und Embryonenforschung zu immer wichtigeren wirtschaftlichen Faktoren werden, gilt es, eine ethische Legitimation zu schaffen, ein moralisches Klima, in dem letztendlich der perfekte Mesch kreiert werden kann.

WIR WOLLEN DIESEM DENKEN KEINEN VORSCHUB LEISTEN !!

Wir sind erschreckt, daß jetzt in einer Einrichtung zur Volksbildung Gedankengut verbreitet werden soll, das auf die Vernichtung von Behinderten ausgerichtet ist. Und dies vor dem Hintergrund einer wachsenden rechtsradikalen Gewalt auch gerade gegen Behinderte.

Wir wollen auf der Veranstaltung am Donnerstag, 16.September, darüber reden, wie mit dieser Veranstaltung umzugehen ist!!

VERANSTALTUNGEN:

DIESTAG 14.9. 20 Uhr
Videokino Anschlag
Kreutzigerstr. 18 Friedrichshain

"Der PANNWITZBLICK"

"Theresia Degener, Nati Radtke, udo Sierck und Wolfgang Röcker alle aus der Behindertenbewegung schreiben und erzählen gegen den tödlichen Zeitgeist- und die Kamera bringt uns nahe, was die anderen Gesprächspartner der Medienwerkstatt, Singer und Atrott uns als schrecklich darzustellen versuchen...eigenartige Bewegungen, Haltungen, die anders sind als die von Nichtbehinderten.."
Tolmein, konkret 4/1992

...der Film "stellt unter anderem die Frage nach der Macht dessen, der abbildet..."

DONNERSTAG 16.9. 20 Uhr
Café Anbiß
Kreutzigerstr. 22

VERANSTALTUNG

mit Referentin Ursula Aurien, Mitarbeiterin der 'Randschau-Zeitung für Behindertenpolitik' zu "Stufenleiter der Vernichtung Hintergründe von Bioethik und Euthanasiediskussion"
und Diskussion über den Umgang mit dem Seminar

Frauenhandel in Friedrichsdorf

In den letzten Jahren blüht der Markt, auf dem ausländische Frauen deutschen Männern zur Heirat angeboten werden. Oft sind es Frauen aus Südostasien, die mit rassistischen Klischees wie "besonders liebevoll", "besonders zärtlich", "besonders anschmiegsam" angepriesen werden. Neuerdings werden auch verstärkt Frauen aus Osteuropa vermittelt, so auch in unserer Nachbarschaft durch die Agentur "Partnerbrücke" des Ehepaars Gabriele und Peter Schmidt in der Taunusstr. 11.
Was offiziell Heiratsvermittlung heißt und harmlos klingt, ist tatsächlich ein Geschäft mit der materiellen Not von Frauen aus armen Ländern, die auf diesem Wege eine Chance sehen, in Westeuropa legal leben zu können. Die oft hohen Gewinne aus diesem Handel streichen die Vermittler ein. Die deutschen Männer profitieren von der Notsituation der vermittelten Frauen, indem sie sich - per Katalog oder Video - die perfekte Wunschfrau aussuchen können.
Die Annonce der Heiratsagentur "Partnerbrücke" - ein schönfärberischer Name angesichts der Ungleichheit der durch sie angebahnten Ehen - spricht für sich:

> Ungarinnen + Polinnen zwischen 18 u. 60 J. Vermitteln wir seit über 2 Jahren mit sehr großem Erfolg. Diese Damen sind sehr anpassungsfähig, gutaussehend, charmant, häusl., fleißig, ehrlich + treu. Sie können ausgezeichnet kochen u. sprechen z.T. schon deutsch und akzeptieren oft einen Altersunterscheid bis zu 20 J. Sie sind ggf. auch bereit, in einem Geschäft, Handwerksbetrieb od. in der Landwirtschaft mitzuarbeiten. Gewünscht wird von ihnen nur ein liebevoller, anständiger Partner, der in geordneten Verhältnissen lebt. INTERESSIERT? Dann rufen Sie uns an. Partner-Brücke, Tel.: 06172/78622

In der Annonce werden Frauen wie Ware im Supermarkt angeboten. Wie Ware, die sich schon seit zwei Jahren gut an den *Mann* bringen läßt. Für die "Qualität" der Frauen spricht, daß sie schön anzusehen und vielseitig einsetzbar sind. Überhaupt weisen sie klassische "weibliche Tugenden" wie Häuslichkeit, Charme und Anpassungsfähigkeit auf. Nach Abschluß des Kauf- bzw. Ehevertrages geht die ausgesuchte Frau in den Besitz des Mannes über - mit der Garantie, daß sie sich seinen Wünschen und Arbeitsanweisungen unterzuordnen hat.

Sollte sich ihr Ehemann als nicht "liebevoll und anständig" erweisen, hat die vermittelte Frau keine Chance, aus dem einmal abgeschlossenen Ehevertrag auszusteigen. Denn nach geltendem Ausländerrecht verlöre sie ihr Aufenthaltsrecht, ohne Ehevertrag folgt für sie die zwangsweise Abschiebung, der Mann kann sich per Katalog neu bedienen. Meist mußte die Frau viel Geld für einen Paß, für Grenzübertritte etc. aufbringen, um überhaupt in die Bundesrepublik zu gelangen. Sie kann sich daher wiederholte Einreisen kaum leisten. Damit hat sie den rechtlichen Status einer "ehrlichen, gutaussehenden und fleißigen" Haussklavin, die noch dazu sexuelle Dienstleistungen verrichten muß - was in der Anzeige der "Partnerbrücke" nicht erwähnt wird, weil es wohl als selbstverständlich angenommen wird.

In der Bundesrepublik ist diese Form des Frauenhandels legal. Wohl berichten die Medien immer wieder über unzumutbare Lebensbedingungen der Frauen während ihrer Anreise und in der Bundesrepublik. Aber selbst in Fällen, in denen eine Frau aufs schwerste mißhandelt, von ihrem Ehemann zur Prostitution gezwungen oder von mehreren Männern zusammen als Dauerprostituierte geteilt wurde, schreiten die Gerichte nicht ein. Wenn eine Frau daraufhin prozessiert, wird sie meist abgeschoben - und der Ehemann immer wieder freigesprochen. Die Frauen, die diese Form der Migration wählen, bringen dafür zwar einige Opfer, haben aber natürlich nicht in eine solche brutale Form der Ausbeutung eingewilligt.

Wir rufen alle Frauen und Männer auf:

*Heiratshandel zu ächten, der Frauen als Ware anpreist
*nicht zu schweigen, wenn Männer eine Frau geheiratet haben, um sie auszubeuten
*zu protestieren, wenn vor Gericht ein Heiratshändler oder Ehemann freigesprochen wird

keine "Partnerbrücke" in Friedrichsdorf !!!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie unsere Empörung teilen, bitten wir Sie, den unten beigefügten Abschnitt zu unterschreiben, abzutrennen und an die Frauenbeauftragte unserer Stadt in der Hugenottenstraße 55 zu schicken.

Ich habe erfahren, daß die Agentur "Partnerbrücke", Taunusstr. 11 in Friedrichsdorf sich auf die Vermittlung von Polinnen und Ungarinnen spezialisiert hat. In ihren gewerblichen Annoncen werden Frauen wie Ware feilgeboten.
Ich bin empört darüber, daß in der BRD unter dem Namen Partnervermittlung ein solches Geschäft mit der materiellen Not ausländischer Frauen geduldet wird und fordere eine rechtliche Absicherung dieser Frauen, damit sie sich gegen mögliche Mißhandlungen durch Händler und Ehemänner besser zur Wehr setzen können.
Ich bitte Sie, Ihre besondere Verantwortung als Frauenbeauftragte wahrzunehmen und entsprechende Schritte gegen die "Partnerbrücke" einzuleiten.

Friedrichsdorf, den ....

In der Nacht vom 12. auf den 13.8.93 haben wir dieses Schreiben an 400 Haushalte in der Nachbarschaft der "PARTNERBRÜCKE" in Friedrichsdorf (Taunus) verschickt. Außerdem haben 40 Farbeier und ein gesprühtes "FRAUENHANDEL" die Fassade der Villa verändert. Sieht super aus!

Anlaß dieses Flugblattes ist die "öffentliche Erklärung" vom "Männerschwarm", schwuler Buchladen in Hamburg, vom 8.4. 1993.

Demnach gab es 1992 zwei Polizeirazzien im "Männerschwarm", bei denen "Fotomagazine und Bildbände" mit dem Vorwurf der Kinderpornografie beschlagnahmt worden sind.
Die Männer vom "Männerschwarm" veröffentlichten die Erklärung, um die "Kriminalisierung" des Buchladens "nicht stillschweigend hinzunehmen" und : um ihre Meinung zu "Pädophilie" und Kinderpornos kundzutun.

Dieses Flugblatt ist kein Diskussionsbeitrag zur Frage der Repression, sondern richtet sich gegen sogenannte "Pädophilie" und gegen Kinderpornografie (hier: Fotografieren von nackten Jungen).

"Pädophilie" ist sexuelle Gewalt

Wir lehnen den Ausdruck "Pädophilie" grundsätzlich ab, weil er die Tatsache der sexuellen Gewalt leugnet. Pädo = Kind, phil = liebend drückt das Gegenteil dessen aus, was mit diesem **Begriff** tatsächlich gemeint ist, nämlich Sexualität von Erwachsenen an Kindern. "Pädophilie" ist sexuelle Gewalt. Um es klarzustellen, unter "sexueller Gewalt" ist zu verstehen:
"eine sexuelle Handlung eines Erwachsenen mit einem Kind, das aufgrund seiner emotionalen und intellektuellen Entwicklung und aufgrund des ungleichen Machtverhältnisses zwischen Erwachsenem und Kind nicht in der Lage ist, dieser sexuellen Handlung frei und informiert zuzustimmen. Bei der sexuellen Ausbeutung nutzt der Erwachsene seine Machtposition und seine Autorität oder die Abhängigkeit des Kindes aus, um das Kind zur Kooperation zu überreden oder zu zwingen." (Zit. nach "Mädchen aus der Türkei", Schriftenreihe Sexueller Mißbrauch, Donna Vita)

Zum Umgang mit sexueller Gewalt

Entsprechend wenden wir uns gegen jede Form von Sexualität von Erwachsenen an Mädchen und/oder Jungen und auch gegen die Akzeptanz und Toleranz, die sogenannten "Pädophilen" von Teilen der autonomen Szene und aus der Schwulenszene entgegengebracht wird.
Der "Männerschwarm" und andere, die von "Pädophilen" als unterdrückter Minderheit sprechen und womöglich für deren "Rechte" eintreten (welche Rechte? Die, Mädchen und/oder Jungen sexuell auszubeuten? Die, den Wunsch nach solcher Ausbeutung gesellschaftsfähig zu machen bzw. zu erhalten und durch sogenannte "Fachliteratur" zu untermauern?) rechtfertigen sexuelle Gewalt an Mädchen und/oder Jungen.

Keine geschlechtsunspezifische Diskussion von sexueller Gewalt

Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen männlicher Täterschaft an Mädchen und Frauen und derer an Jungen:

Sexuelle Gewalt ist vor allem eine patriarchale Handlung, die gesellschaftlich dazu dient, Mädchen und Frauen in lebenslange Unterdrückung und Ausbeutung zu zwingen.
Individuell handelt es sich um einen Akt der Unterwerfung und Gewalt, durch den Männer sich Macht- und Dominanzpositionen gegenüber Mädchen und Frauen sichern oder zu sichern versuchen.
Wenn Männer sexuelle Gewalt gegen Jungen richten, so folgen sie der gleichen Logik patriarchaler Unterwerfung und Ausbeutung.

Wir verurteilen jede Rechtfertigung und Unterstützung dieser Gewalt.

Es kann bei diesem Thema keine Ausnahmefälle geben. Sexuelle Gewalt von Schwulen an Jungen ist kein Sonderfall, für den andere Bewertungsmaßstäbe gelten.
Wenn Schwule und "denkende Heterosexuelle" jetzt solidarisch mit "Pädophilen" sein sollen (siehe Erklärung "Männerschwarm"), so ist dies im Klartext die Forderung nach Solidarität mit Theorie und Praxis sexueller Gewalt. Solidarität mit den Tätern.
Schwule leben nicht außerhalb von patriarchalen Machtverhältnissen. Die Erklärung des "Männerschwarms" unterstützt und nimmt Einfluß auf herrschende Rechtfertigungsmuster auch heterosexueller Gewalt: Gewalt gegen Mädchen und Frauen.

Fotografieren und Vermarkten: Mädchen und/oder Jungen als Sexualobjekte

Wenn Fotos von nackten Jungen gemacht werden, die dazu dienen, "sexuelle Neigungen" von erwachsenen Männern zu befriedigen, dann ist das Teil sexueller Gewalt.
Wir sind der Meinung, daß es nicht möglich ist, anhand von Fotos zu erkennen, ob sich das Kind (hier: der Junge) dabei gut gefühlt hat oder nicht. Es besteht immer die Gefahr, daß das Fotografieren und die Veröffentlichung dieser Fotos einen Eingriff in die Intimsphäre und die Integrität des betroffenen Jungen ist, zumal sich der Junge bedingt durch das Machtgefälle, in dem er zu dem Erwachsenen steht, nicht entsprechend äußern kann.
Wenn Männer sich an Fotos von Mädchen und /oder Jungen aufgeilen, so ist dies ein Vorgang sexueller Gewalt, unabhängig davon, unter welchen Umständen das Foto gemacht wurde.
Getreu patriarchaler Sexualnorm wird das Mädchen /der Junge auf dem Foto zum Objekt gemacht.
Sexuelle Gewalt beginnt nicht erst bei körperlichem oder verbalem Angriff, sondern schon bei der Degradierung zum Sexualobjekt.

Wir lehnen jede weitere Zusammenarbeit mit dem "Männerschwarm" ab.

Die FrauenLesben vom FrauenLesbentag im Schwarzmarkt und
die Frauen aus der gemischten Schwarzmarktgruppe

25.08.93

Berlins lesbischwule Infrastruktur ist in Gefahr!

Rettet die Lesben- und Schwulenberatung Kulmer Straße!

Ein fundamentaler Teil der lesbischwulen Infrastruktur Berlins soll zerstört werden! Die Lesben- und Schwulenberatung, ein Herzstück dieser Infrastruktur, arbeitet bereits seit 12 Jahren. Es wurde als erstes Projekt dieser Szene staatlich gefördert und leistet seitdem Pionierarbeit weit über die Grenzen Berlins hinaus.

5000 Lesben und Schwule nehmen jährlich das Angebot an psychologischer Beratung, Coming-Out-Gruppen, Krisenintervention, Selbsthilfegruppen u.a. wahr.

Wenn dieses Projekt geschlossen wird, werden andere folgen. Auch Schwulenprojekte wie Mann-O-Meter und Lesbenprojekte wie Rat und Tat und selbst das Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind dann als nächste bedroht.

Wehret den Anfängen!

Der CDU-SPD-Senat hat am 22.6.93 beschlossen, die Lesben- uns Schwulenberatung zum 31.12.93 zu schließen. Es liegt nun in der Macht des Abgeordnetenhauses, dies zu verhindern (1.Lesung im Hauptausschuß am 17.9.93).

Was könnt Ihr tun?

Schreibt möglichst bald, spätestens zum 17.9.93, an folgende Abgeordnete - sie sind alle wichtige Mitglieder des Hauptausschusses - und protestiert persönlich oder im Namen von Verbänden, Institutionen, Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen o.ä. bei:
1. Dr. Ditmar Staffelt, Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD
2. Christa-Maria Blankenburg, parlamentarische Geschäftsführerin und haushaltspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion
3. Dr. Hans-Peter Seitz (SPD-Fraktion), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses
4. Dr. Winfried Hampel, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

Sie haben alle ihr Büro im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Straße 5, 10117 Berlin. Bereits unterstützt werden wir vom Bündnis 90/Grüne/UFV und der PDS.

- Protestiert gegen die Zerstörung der lesbischwulen Infrastruktur in der "Weltstadt" Berlin.
- In Zeiten zunehmender Gewalt gegen Minderheiten hat der Staat die Verantwortung, lesbischwules Selbstbewußtsein zu stärken, anstatt die einzige psychosoziale Einrichtung für Lesben und Schwule zu schließen.
- Die Republikaner-Forderung von 1992 nach "Kürzungen in der Lesben- und Schwulenberatung", um damit ein Signal politischer Entsolidarisierung gegenüber Lesben und Schwulen zu setzen, darf nicht 1993 von der Großen Koalition aus CDU und SPD umgesetzt werden. (Gegen die Republikaner hat inzwischen die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Volksverhetzung erhoben.)
-Lesben und Schwule sollen in Zukunft nur noch als Opfer von HIV/AIDS oder Gewalt staatliche Hilfe bekommen. Nehmt diese Ausgrenzung aus der sonstigen Gesundheitsversorgung nicht hin.
- Niemand käme ernsthaft auf die Idee, Heterosexuelle bei Problemen mit Sexualität, Identität, Beziehungen u.ä. an lesbischwule Beratungsstellen zu verweisen. Lesben und Schwulen, die bisher aus gutem Grunde von Heterosexuellen an die Lesben- und Schwulenberatung verwiesen wurden, wird das zugemutet.
- erzählt von den Erfahrungen, die Ihr oder Eure Freunde und Freundinnen mit der Lesben- und Schwulenberatung gemacht haben.

Bereits ein kurzer Brief ist eine große Hilfe!

Falls Ihr Fragen oder Ideen habt, ruft uns an.
Lesbenberatung: 217 27 53
Schwulenberatung: 215 37 42

Vielen Dank für Eure Unterstützung!

BLEIBERECHT FUER ALLE ROMA - JETZT UND IMMER

Am Samstag, den 28.8.1993, haben wir mit mehreren Frauengruppen im "Renaissance-Theater", der "Schaubuehne" und dem "Maxim-Gorki-Theater" eine Solidaritaets-Aktion zur Unterstuetzung der kaempfenden Roma in Kehl und denen, die in Richtung Genf marschieren, gemacht. Wir sind vor Beginn der Vorstellungen mit Transparenten auf die Buehne und haben einen 5-minuetigen Redebeitrag gehalten, der sich sowohl auf die seit Monaten andauernden Aktionen der Roma im Kampf um ihr Bleiberecht bezog wie auch Geschichte und Gegenwart der Verfolgung zusammenfasste. Die Aktion hat grossen Spass gemacht, wir haben uns zum Teil ueberzeugend gut verkleidet. Die Reaktionen des Publikums waren sehr unterschiedlich, im Maxim-Gorki hoerten die Leute interessiert zu und nahmen bereitwillig die verteilten Flugblaetter, in den beiden anderen Theatern gerieten interessierte und ignorante ZuschauerInnen miteinander in Streit und hatten sicherlich noch genuegend Gespraechsstoff fuer Pause und Zuhause.

Mit einer solchen Aktion, die relativ schnell vorbereitet werden kann, ist es auf jeden Fall moeglich, mehrere hundert Leute ausserhalb unseres Spektrums zu erreichen und - wie doch nicht wenige positive Reaktionen zeigten - zu informieren und zum Nachdenken anzuregen. Bis zum naechsten Mal!!!!!!!!!!!!!!!

NIEDERLÄNDISCHE BULLEN NEHMEN GENOSSEN JAKOB THEO WEGEN

SPRENGSTOFFANSCHLAG DER RARA FEST !!

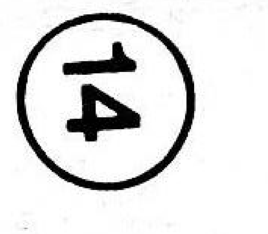
thomas kraemer
rara/derzeit jva willich
02.09.1993

in der nacht vom 30auf dem 1 juli 1993 wurde das sozialministerium von minister de vries durch ein kommando der rara beschädigt.genosse jakob theo soll der rara den sprensgstoff hierfür geliefert haben. seit dem 10 juni 1993, also vor dem anschlag ist jakob allerdings in haft.er sitzt in alkmaar in total isolation.
wie der staatsanwalt in alkmaar mitteilte soll jakob theo für die rara sprengstoff geliefert haben.u.a. für den anschlag vom april 1988 und november 1991 auf das haus des staatssekretärs von justitie kosto, der noch seine katze hat retten können.
im gegenteil zu der brd sitzt jakob nicht wegen unterstützung einer "terroristischen" vereinigung in haft, sondern wegen besitz und verkauf von tnt und anderen waffen.
da jakob bereits am 10 juni verhaftet worden ist, also weit vor dem anschlag auf das sozialministerium, soll er als mittelsmann eingesetzt worden sein.
es ist also davon auszugehen, daß unser genosse jakob theo beim neuen haftprüfungstermin im september entalssen werden wird.

unterstützung kann er allerdings allemal gebrauchen.solidaritätsbriefe an. jakob theo/ gevangenis alkmaar niederlande.

● De gevel van het ministerie van Sociale Zaken in Den Haag werd op 1 juli van dit jaar totaal verwoest bij een RaRa-bomaanslag.





ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
ANTIRASSISTISCHES TELEFON
ZAG REDAKTION



Antirassistische Initiative Yorckstraße 59 1000 Berlin 61
Neue Postleitzahl: 10965

E i n l a d u n g

FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES BLEIBERECHT

Ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen, ihre aufenthaltsrechtliche und soziale Situation; politische Forderungen zur Durchsetzung eines bedingungslosen Bleiberechtes

Eine Wochenendtagung des Bildungswerks für Demokratie und Umweltschutz Zeughofstr. 20, 10997 Berlin

Wann: Am 18. und 19. September 1993
jeweils von 10.00 - 17.30 Uhr

Wo: Im Haus der Demokratie, Großer Saal
Friedrichstr. 165
10117 Berlin

Mit englischer und vietnamesischer Übersetzung

Die Teilnahme ist kostenlos, aber verbindlich!

Seminarleitung: Peter Finger, Antirassistische Initiative e.V.
Irmgard Geyer, Antirassistische Initiative e.V.

Als die Bundesinnenministerkonferenz am 14. Mai 1993 den Beschluß zum sogenannten Bleiberecht für ehemalige VertragsarbeiterInnen verkündete, herrschte bei Betroffenen und Basisgruppen Freude und Erleichterung. Bei näherem Hinsehen stellte sich heraus, daß in der neuen Regelung das Recht, in Deutschland zu bleiben, an Bedingungen geknüpft ist, die die Wenigsten der noch in Deutschland lebenden VertragsarbeiterInnen erfüllen. Beratungsstellen schätzen, daß ab dem 17.12.1993 ca. 80 % dieser Menschen mit ihrer Abschiebung rechnen müssen. Das heißt, die Situation der VertragsarbeiterInnen hat sich nicht entschärft - ganz im Gegenteil.

Auf dieser Tagung geht es darum, die Geschichte der VertragsarbeiterInnen in der DDR nachzuzeichnen und über deren heutige Situation in der Bundesrepublik und über die beschlossene "Bleiberechtsregelung" zu informieren. So soll eine Basis geschaffen werden, um gemeinsam Strategien zur Durchsetzung des Bleiberechts zu erarbeiten und zu diskutieren.

Wir wollen mit diesem Treffen die sich in Ansätzen konstituierende Bleiberechtsbewegung stärken und verbreitern. Der Schwerpunkt liegt deshalb auf der Entwicklung und Umsetzung politischer Forderungen und Handlungsmöglichkeiten.

Aufgrund der Tatsache, daß viele VertragsarbeiterInnen schon im Dezember von Abschiebungen bedroht sein werden, sind die Arbeitsgruppen praxisorientiert, d.h. es sollen dort konkrete Aktivitäten zur Durchsetzung des Bleiberechts geplant und teilweise auch umgesetzt werden.

Antirassistisches Telefon 030-7857281
Yorckstraße 59 1000 Berlin 61 Telefon/-fax ARI e.V. 030-7869984
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500 Kto 3039600 / Kennwort „ZAG" 3039601

Programm:

Samstag, 18. September 1993

10.00 - 13.00 Uhr:

Vorstellungsrunde

1. Geschichte der VertragsarbeiterInnen in der DDR
Referentin: Tamara Hentschel
2. Entwicklung der Situation der VertragsarbeiterInnen nach der "Wende"
Referent: Georg Classen
3. Die neue "Bleiberechtsregelung" - ein politischer Schwindel?
Referent: Georg Classen

13.00 - 14.30 Uhr: Mittagspause

14.30 - 17.30 Uhr:

Forderungen und Perspektiven zur Durchsetzung des Bleiberechts aus der Sicht von VertreterInnen politischer Organisationen der VertragsarbeiterInnen
Referenten/Referentinnen:
Thach Nguyen Son, Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg,
Jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin einer cubanischen, einer angolanischen und einer mozambiquanischen Initiativgruppe

Anschließend: Gemeinsame Diskussion

Sonntag, 19. September 1993

10.00 - 13.00 Uhr:

Arbeitsgruppen zur Entwicklung konkreter Handlungsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Bleiberechts:

Arbeitsgruppe 1: Öffentlichkeitsarbeit und Medien
Arbeitsgruppe 2: Parlamentarische Initiativen
Arbeitsgruppe 3: Gegenstrategien zu rassistischer Polizeigewalt

13.00 - 14.30 Uhr: Mittagspause

14.30 - 17.30 Uhr:

Auswertung der Arbeitsgruppen und abschließende Diskussion
Diskussionsleitung: Biplab Basu

kundgebungsbeitrag zur roma soli demo

"mit mutigem herz
mit witendem mund
mit hoffenden augen

leisten wir nun widerstand
gegen die vergangenheit
und die gegenwart."
abet

der kampf der roma, den wir mit unserer heutigen demonstration unterstützen, hat geschichte!
wir wollen im folgenden redebeitrag aufzeigen,wie er sich in den letzten zwanzig jahren ent-
wickelt hat und wie die aktuelle situation ist.
sinti und roma haben aus ihrer geschichte gelernt. deportationen und vernichtung im natio-
nalsozialismus, die verweigerte rehabilitation deutscher behörden, haben deutlich gemacht,
daß sie um ihre rechte kämpfen müssen.
in den letzten jahren haben sich die lebensbedingungen für roma in diesem land wieder drastisch
verschlechtert: rassistische hetze in den medien, schickanierung und angriffe aus der bevöl-
kerung und die wachsende zahl der abschiebungen. doch die roma sehen dieser entwicklung nicht
mehrt tatenlos zu, sondern organisieren ihren protest und widerstand. die geschichte ihrer
atkionen ist auch gleichzeitig die geschichte von immer wieder gebrochenen zusagen deutscher
behörden.
1972 gab es nach der ermordung des sinti anton lehmann durch einen bullen die erste demonstra-
tion von sintis in heidelberg.
1980 den ersten hungerstreik auf dem gelände des ehemaligen kz dachau gegen diskriminierung.
seit 1988 dann gibt es regelmäßig in der gesamten brd verteilt größere aktionen für das bleibe-
recht an denen bis zu 1000 roma teilnehmen.
ob in hamburg, bremen, köln, düsseldorf, dachau, tübingen oder anderswo; ob kirchenbesetzungen
wie die des kölner doms mit 800 roma, ob wochenlange bittmärsche durch die republik, ob land-
tagsbelagerung, hungerstreiks, konsulatsbesetzungen oder grenzblockaden, die formen sind viel-
fältig - doch die zusagen der politiker für ein bleiberecht wurden immer wieder gebrochen,
und immer häufiger wurden roma abgeschoben.
abgesehen von vereinzelten unterstützern und einigen anschlägen der revolutionären zellen
auf zuständige ämter mit denen diese es nicht schafften eine debatte zur problematik der
abschierbungenund diskriminierungen innerhalb der linken zu entfachen, hilt sich die linke
zu diesen aktionen ziemlich bedeckt, leckte sich lieber ihre eigenen wunden und verweigerte
ihre solidarität.
mit dem november 1992 zwischen rumanien und der brd abgeschlossenen depotationsabkommen
hat sich die abschiebepraxis drastisch verschärft. so wird allein in berlin schönefeld täglich
ein flugzeug nach rumänien oder mazedonien geflogen.
am 16. mai dieses jahres versuchten deshalb die roma mit der aktion fluchtburg auf dem gebiet
des ehemaligen kz's neuengamme, in dessen lagern viele ihrer angehörigen ermordet und ver-
schleppt wurden, gegen die massiven abschiebungen anzugehen. diese aktion wurde schon im vor-
feld durch einen massiven bulleneinsatz verhindert. ein großes polizeiaufgebot sperrte wochen-
lang das gelände ab, die roma lagerten vor der sperre, bis sie begriffen, daß es nicht darum
gehen kann sich it den hamburgern lokalbehörden zu verzetteln und schickten so im juni einen

konvoi nach bonn. auf der strecke dorthin legten sie einen kranz in solingen nieder. ihr ziel
in bonn war es, vom vertreter des UNHCR, dem flüchtlingskommisariat der UN, eine anerkennung
als staatenlose zu bekommen. dieser verwies die delegation weiter nach genf.
zeitgleich mit der versuchten bestzung, bestzten zunächst 50 konkret von abschiebungen bedrohte
roma das gelände des kz's dachau und kamen im anliegenden kirchengelände unter.
mit einem ausgedehnten programm machten sie auf dem mitte juni dort stattfindenden kirchentag
auf ihre lage aufmerksam. trotz der anfänglichen zusagen nicht zu räumen, wurden die dort
untergekommenen roma vertrieben. nach dieser vertreibung am 8. juli sind mehrere hundert rome
in richtung straßbourg aufgebrochen und hatten bei kewhl ihr neues lager errichtet. ziel ist
es, über die europäische menschenrechtskomission ein abschiebestopp zu erwirken, bis das ergeb-
nis der klage vor dem europäischen gerichtshof vorliegt. dort klagen die roma-vertretungen
wegen völkerrechtsbruch (verstoß gegen die genfer konvention) gegen die bundesrepublik.
seit dem 23. juli darf sich nur noch eine kleine gruppe von dreißig personen als eine art
mahnwache in kehl aufhalten. ein teil der roma befindet sich seitdem auf einem symbolmarsch
durch baden württenberg und bayern an die schweizer grenze, um beim UNHCR in genf vorstellig
zu werden
sdsolidarische grüße von hier aus berlin!
wirunterstützen die forderungen der roma in der brd:

-die anerkennung als ethnische und kulturelle minderheit vor dem hintergrund der besonderen
verantwortung des deutschen volkes gegenüber den überlebenden des holocaust
-roma aus dem ehemaligen jugoslawien im rahmen der einmaligen humanitaren aktion ein gesicher-
tes bleiberecht zu gewähren, analog zu der aufnahme von juden aus der ehemaligen sowjetunion
-die finanzierung der für roma eingerichteten "townships" in den ghettos osteuropäischer staa-
ten sofort einzustellen
-romaflüchtlinge gemäß der genfer konvention zu behandeln, und ihnen im einklang mit der kon-
vention flüchtlingspässe auszustellen
-sich verbindlich zur konkreten umsetzung der bisherigen europäischen resolutionen und em-
pfehlungen durch besondere maßnahmen zu verpflichten
-die resolution 62 der menschenrechtskonvention der UN vom 5.3. 1992 mit dem titel "schutz
der roma" nachträglich zu unterzeichnen (die brd ist das einzige europäische land, daß sich
dem bisher verweigert hat)
-bei der vergabe von deutschen hilfen, staaten auszuschließen, die menschenrechtsverletzungen

Geldspenden auf dem Marsch der Kali-Bergleute

ADN **Eisleben**

Die Bischofferöder Kali-Bergleute haben am Wochenende ihren am Mittwoch begonnenen Protestmarsch zur Treuhandanstalt in Berlin fortgesetzt.

Die 15 ständigen Teilnehmer des Marsches erfahren viele Bekundungen von Sympathie. In vielen Orten spenden Menschen Geld. Drei Bischofferöder Kali-Bergleute befinden sich noch im Hungerstreik. Am Sonnabend schlossen sich 50 Gewerkschafter der IG Metall aus Stuttgart für die Tagesetappe von Sangerhausen nach Hettstedt dem Protestmarsch an. Die Bergleute wollen am 19. September in Berlin ankommen. Auf dem Alexanderplatz ist eine Demonstration gegen die Treuhand geplant.

Protokoll des 3. berlinweiten Häuser- und Wagenburgentreffens vom 1. September in der Köpi

Es waren knapp 50 Leute da; leider hatte es keine Vorbereitung gegeben, weshalb die Diskussionen z. T. etwas schleppend und durcheinander liefen. (Wink mit dem Zaunpfahl, vielleicht machts eineR für's nächste Mal?)

Zuerst kamen die Berichte von den Stadtteilplena:

Prenzlberg: Es waren 7 Häuser da. Die Themen in Stichworten:
- Situation der Häuser (Es gibt offenbar keinen akuten Räumungsdruck.)
- Wagenburgen: Vorschlag, einen gemeinsamen Umzug der Häuser und Wagenburgen zu machen.
- Aktionswoche: Idee einer Ausstellung in der Duncker im Kiezladen gemeinsam mit Potse\Drugstore.
- Hinweis auf Antifa-Aktionstage ab 18. 9.

Westen: Nur 4 Projekte waren da, es sollen aber noch mehr angesprochen werden.
- Situation: Die BVV Kreuzberg hat gerade gegen einen Erhalt des Kinderbauernhofes nebst Wagenburg gestimmt. In 2-3 Jahren ist Baubeginn.
- Aktionswoche: Idee, in jedem Bezirk einen Tag zu gestalten, z. B. mit VoKüs, Stadtspiel

Friedlhain: 50 Leute aus 20 Häusern waren da; allerdings war den meißten anscheinend nicht nach Arbeit zu Mute.
- Infoaustausch: erschreckend viele Häuser sind bedroht, mindestens 10 mit konkreten Räumungsdrohungen bzw. Rückübertragung ohne Absicherung.
- Patenschaftsmodell: nichtbedrohte Häuser fühlen sich konkret verantwortlich für ein bestimmtes, gefährdetes Haus, unterstützen die Leute und entwickeln gemeinsam Ideen und Aktionen.
- Im Fall von Zwangsräumungen einzelner "normaler" Wohnungen soll sofort Alarm geschlagen werden, um die Räumung möglichst zu verhindern.
- Spekulanten im Kiez: hinmobilisieren, nerven, fotographieren, angreifen.
- Aktionstage: Fest mit Aktionen, evtl. wo viele Touris sind, gemeinsame Neubesetzung, Leerstandslisten neu erstellen\überprüfen, in Wohnungsämter\Bezirksämter reingehen, Wochenmarkt- und U-Bahnaktionen machen, Veranstaltungen zu Spekulation und Mieten abhalten. (Alles nur Ideen, stehen tut noch nix!)

Mitte:
- Situation: Es gibt einen BVV-Beschluss, das Engelbecken nicht vor dem 23. 9. anzurühren. Der Schwarze Kanal hat eine Duldung bis Baubeginn (wahrscheinlich `94). Die Häuser haben Verträge oder Vertragsangebote.
- Aktionswoche: "Stadtbau" nach unseren Vorstellungen am Alex
- Termin: Am 15. 9. ist abends ein Varieté am Schwarzen Kanal.

Als Nächstes kam ein Bericht der Vorbereitungsgruppe für den Häuser- und Wagenblock in der NOlympia-Demo am 18. September:
- Es gibt eigene Plakate und einen Aufruf. Die Plakate sind fertig und wollen geklebt werden!
- In der Woche vor der Demo soll eine Vormobilisierung in der Stadt, auch in Schulen, laufen.
- Der B-Chor wurde angefragt (Lieder im Block).
- Es gibt einen eigenen Lauti und ein eigenes Transparent.
- Es braucht noch Redebeiträge aus Wagenburgen\Häusern!
- Die Route geht u. A. durch Mittes Prachtstraßen, aber es gibt derzeit noch verschiedene Vorschläge.
- Denkt euch was aus, damit's keine Latschdemo wird (Transpis, Sprüche...)!

Außerdem gibt es an diesem Tag drei (Straßen-) Feste, von denen eins in der Waldemarstr. und eins in der Köpi ist.

Zu den Aktionstagen wurden zunächst einige Ideen aus den Bezirken aufgegriffen und andiskutiert. Daraus entstand die Idee, eine Koordinationsgruppe für berlinweite Aktionen zu gründen.
Über den Termin der Aktionstage wurde sehr lange gesprochen und sich schließlich auf

18. - 23. OKTOBER

geeinigt. Der Ablauf soll etwa folgendermaßen sein:
Am 17. 10. könnte es, falls die Kräfte dafür reichen, eine berlinweite Auftaktveranstaltung mit möglichst hoher Mobilisierungswirkung geben. Die nächsten vier Tage sollen von je einem der Bezirke nach den eigenen Ideen gestaltet werden. Der 22. 10. (Freitag) wird wahrscheinlich der Vorbereitung des großen Wagen- und Häuserumzuges vorbehalten sein, welcher dann Sonnabend Höhepunkt und Abschluß sein soll. Abends könnte es noch ein Fest geben; evtl. in einer der Wagenburgen.

Am Sonntag, d. 12. 9. um 12 Uhr findet in der Kastanie 77 das erste Vorbereitungstreffen für den Wagenumzug statt. Bis jetzt haben genau zwei Leute verbindlich erklärt, daß sie da hingehen werden... Da es umständlich wäre, für eine Koordinierung noch wieder ein Extratreffen zu machen, soll dieser Termin auch dafür genutzt werden. Es ist also sehr sehr wichtig, daß viele Leute da auftauchen und auch bereit sind, Organisationskram zu übernehmen!

Am Mittwoch den 8. 9. wird es (hoffentlich) wieder überall Bezirkstreffen gegeben haben.

Das nächste berlinweite Treffen ist am 15. September um 20 Uhr in der Yorckstr. 59 HH

Presseerklärung der BewohnerInnen der Pfarrstr. 88

Der Terror geht weiter !!!

In der Nacht vom **20./21. 8.93** stürmten eine Hundertschaft Bullen unser besetztes Haus Pfarrstr. 88 im Bezirk Lichtenberg .
Ca. um 3°° Uhr morgens drangen die Bullen in die im Erdgeschoß befindliche Konzertkneipe "Zum Eisenbahner" ein , wo gerade eine Dark Wave Party stattfand. Sie begründeten ihr vorgehen damit , daß ein "Straftäter" , welcher zuvor einen bewaffneten Raub begangen haben soll, sich in die Kneipe geflüchtet habe und sie so nach dem " Allgemeinen Sicherheits - und Ordnungsgesetz " (ASOG) freie Handhabe hätten. Sie erläuterten uns dazu daß sie sowieso in der Nachtzeit nach ASOG machen können was sie wollen. Gemeint war daß sie sie sich nicht an Gesetze und Vorschriften halten bräuchten !!
Zunächst führten sie das angebliche " Opfer " zwecks Identifizierung des Täters durch den Eisenbahner, jedoch erfolglos. Auf der Straße, in einiger Entfernung wurde ein Typ festgenommen, welcher bei der Gegenüberstellung als angeblicher Täter identifiziert wurde. Der nun plötzlich in ihrer Argumentation auftauchende zweite Täter blieb aber unsichtbar. Damit schienen sie ihr " plötzlich " erwachtes Interesse auch in den Wohnbereich einzudringen und diesen zu durchsuchen rechtfertigen zu wollen. aus der Tatsache, daß es bis dahin möglich war, ohne Schwierigkeit den Wohnbereich durch die zur Straße befindliche Eingangstür zu verlassen, wurde deutlich daß das polizeiliche Interesse keinem Straftäter galt, welcher sich nun ins Haus geflüchtet haben könnte.
Nun begannen sie die verschlossene Durchgangstür zwischen Kneipe und Wohnbereich aufzubrechen, wozu sie einige Zeit benötigten.
Die sich im Haus befindenden Menschen wurden vorläufig festgenommen und in die Wannen verfrachtet. Dort wurden die Personalien überprüft und anschließend verweigerten die Bullen den Zutritt zum Haus. Somit wurden die Hausbewohnerinnen daran gehindert von ihren im Grundgesetz verankerten Recht auf Unversehrtheit der Wohnung, d.h. auch bei Durchsuchungen dieselbe überwachen zu können, Gebrauch zu machen. Die Grünbemantelten Einbrecher fotografierten im ganzen haus , drangen in alle Räume ein, beschmierten teilweise Einrichtungsgegenstände, Kunstwerke, sowie Wände und Türen.Lediglich zwei Räume wurden gezielt durchsucht,alle anderen Räume blieben bis auf Schmierereien größtenteils unversehrt.
Erst als die Bullen nach circa vier Stunden wieder abgezogen waren konnten wir unser Haus betreten und den angerichteten schaden betrachten : Es fehlten Telefon, Funkgerät, Werkzeuge, Maschienen, KFZ-Papiere sowie diverse andere Gegenstände und mehr als 1000 DM ! ! ! ! !
Die elektrischen Anlagen waren beschädigt worden und abgeschaltet, Türen zerbrochen und vieles mehr. Da wir trotz Verlangens keinen Konfiszierungsschein erhielten erscheint und die Durchsuchung mehr als mittelalterlicher Raubzug den als angebliche verfolgung eines Straftäters. den Charakter eines räuberischen Diebstahls bekam das Ganze zudem dadurch, daß beobachtet werden konnte wie die Herren Beamten das erbeutete Geld unter sich aufteilten.
Der als Raub ausgelegte Vorfall mit einem Rechten oder Agent Provokateur als Zeugen diehnte offensichtlich nur dazu, den Bullen die Legitimation zu verschaffen sich Zutritt zum Haus zu verschaffen. Der Mensch, welcher als Straftäter mit zur Wache genommen wurde kam tagsdarauf wieder auf freien Fuß mit der Mitteilung, daß die Anzeige zurückgezogen wurde.

Wir BewohnerInnen sehen die Durchsuchung als Teil der zunehmenden Repression gegen ehemals und noch besetzte Häuser und Wagenburgen in Folge der berliner Olympiabewerbung und Hauptstadtplanung.

Wir fordern
- **die sofortige Entlassung des zuständigen Einsatzleiters**
- **den Rücktritt von innensenator Heckelmann**
- **die Rückgabe aller geraubten Gegenstände ! ! ! !**

Berlin , den 23.8.93

Die Häuser und Wagenburgen denen die drin wohnen ! ! !
Berlin NOlympic-city
Gegen Berlin , Gegen Bonn

Presseerklärung der BewohnerInnen der Pfarrstraße 88 und AugenzeugInnen zum Abendschaubericht vom 23.08.93

GEZIELTE DESINFORMATION

In der Abendschau wurde der Polizei die Möglichkeit gegeben, ihre Sicht der Vorfälle in der Nacht zum Samstag darzulegen. Herausgekommen ist dabei ein abstruses Sammelsurium von Lügen und Halbwahr- heiten mittels derer ein öffentliches Interesse an der Räumung des Hauses konstruiert werden sollte.
So wurde z. Bsp. aus einem zu unserer Sicherheit vor Überfällen durch Faschisten genutzten Funkgerät und einem in Privatbesitz befindlichen, namentlich angemeldeten Funktelefon eine "Kommandozentrale der autonomen Szene". Das "Falschgeld" setzt den Tatsachenverdrehungen letztendlich die Krone auf.
Hierbei handelte es sich um Schwarz-Weiß-Kopien von 100-DM-Scheinen auf einfarbig blauem Papier, das im Rahmen einer Demonstration als Spaßaktion verteilt wurde. Daß uns bei der Hausdurchsuchung über 1000 DM Echtgeld gestohlen wurden, welches einige Polizisten unter sich aufteilten, ist die Kehrseite der Medaille. Da die BewohnerInnen der Durchsuchung nicht beiwohnen durften und ihnen auch keinerlei Beschlagnahmungsprotokolle ausgehändigt wurden, kann die Polizei leichthin von gefundenem "Diebesgut" sprechen. Demzufolge wird es uns fast unmöglich gemacht, das Gegenteil zu beweisen. Der Öffentlichkeit wird somit das Bild von HausbesetzerInnen als gewalttätige und kriminelle Wesen vermittelt; durch diese Art von Meinungsmache soll polizeiliche Willkür gerechtfertigt werden.





Zum taz - Artikel vom 03.09. "Widersprüche statt Ansprüche"

Das Interview hat an einem Abend stattgefunden das im nachhinein eher an eine nette Gesprächsrunde als an ein ernsthaftes Interview erinnert. Keine von uns hat sich darauf vorbereitet und es gab vorher keine Auseinandersetzung über den Inhalt, die Zielsetzung und die Konsequenzen eines solchen Interviews. Jede von uns hat damit die Verantwortung auf andere abgewälzt, nach dem Motto "die werden schon wissen was sie tun". Der Höhepunkt dieser Verantwortungslosigkeit ist, daß nur eine von uns den Artikel vor der Veröffentlichung gegengelesen hat, wir also das Medium Zeitung nicht ernst genommen haben.

Uns hätte klar sein müssen, daß der Artikel für die Öffentlichkeit bestimmt ist und ein vertrauensvolles Plaudern aus dem Nähkästchen völlig unangebracht ist, auch wenn der Interviewer ein guter Bekannter ist und zudem hier noch gewohnt hat.

In dem Artikel hat Uwe Tatsachen verdreht, Zitate aus dem Zusammenhang gerissen, verfälscht und dazugedichtet. Aus seiner eigenen Erfahrung hätte er wissen müssen, daß politische Werdegänge, samt Namen und Adresse (ohne die Beteiligten zu fragen), nix in einer Zeitung zu suchen haben. Uwe ist in Teilen der Szene gut bekannt und bekommt jede Menge Informationen, die z. B. andere Pressemenschen nicht bekommen. Er hat zwar schon einige faire Artikel über alles mögliche geschrieben, in diesem Fall ist aber klar geworden, daß er eben doch nur ein Journalist ist.

Abgesehen von der weinerlich - selbstgerechten Darstellung distanzieren wir uns auch von den üblen Unterstellungen und der Arroganz, mit der die politische Arbeit anderer Leute durch den Dreck gezogen wird - z. B. der Vorwurf einigen Leuten wäre der Mord an Silvio recht gewesen um mal wieder politische Action in den Kiez zu bekommen. Das hat keine von uns behauptet und wir entschuldigen uns bei allen, die nach dem Mord an Demovorbereitung, Kiezanlaufstelle, Pressearbeit, Mahnwache, usw. gearbeitet haben. Wir finden dies nach wie vor richtig und wichtig. Es ist sicher einiges schiefgelaufen (und z. T. auch diskutiert worden) aber das rechtfertigt keine Verurteilung der gesamten Arbeit.

Zum Schluß nochmal (gähn!) der Apell an alle, Presseleuten nicht blind zu vertrauen und alles was veröffentlicht werden soll, vorher zu lesen und zu diskutieren.

Vorsicht beim Umgang mit der Presse!

TAZ LÜGT!

die frauen wg

Aufruf zur Kundgebung

Weil wir in unseren Häusern bleiben wollen.

Weil besetzte Häuser nicht nur vor Gericht verteidigt werden, sondern auch auf der Strasse.

Weil wir uns nicht still und heimlich räumen lassen werden.

Weil wir über unsere Häuser bestimmen, und nicht Spekulanten,Richter und Rechtsanwälte.

Weil das Gesetz sowieso auf der Seite der Hauseigentümer steht, wenn wir uns nicht wehren.

Deshalb kommt zur Prozeßkundgebung !

Kurzen Prozeß für Spekulanten, statt Räumungsprozesse gegen HausbesetzerInnen und MieterInnen !

Keine Räumung der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer

ORT: Landgericht Berlin, Littenstraße 12-17 (Berlin Mitte, U-Klosterstr. , S-Alex)

DATUM: 16.September 1993

UHRZEIT: 10.45 Uhr

VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR EINE ANTRASSISTISCHE DEMONSTRATION AM 3.10.93

GEGEN DEN RASSISTISCHEN NORMALZUSTAND!

Hiermit laden wir Euch zu einem Treffen ein, wo wir uber die Vorbereitung einer antirassistischen Demonstration und anderer Aktionen am 3.10.93 in Berlin reden wollen.

Wir wollen diesen Tag nutzen, an dem die Herrschenden sich und ihre Politik feiern, den staatlichen Rassismus zu benennen und dem inhaltliche Alternativen entgegenzustellen. Wir sollten diesen Tag nicht den Herrschenden überlassen und eine antirassistische Aktion (u.a. Demonstration) mit MigrantInnen, Flüchtlingen und Deutschen gemeinsam organisieren.

Das Treffen findet am Freitag,den 10.9.93 um 19.30 im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165 U - Bhf. Französische Str. im Raum 205 statt.

SchülerInnen und Leute aus der Alternativen Linken



Wir sind verdutzt!

Da schreibt ihr im Interim-Vorwort der Nr. 249: "Weiterhin finden wir es schade, daß kaum etwas zum Bundeswehreinsatz in Somalia praktisch gelaufen ist."
Nein, denken wir, da werdet ihr euch ja über unsere Aktion gegen 2 BW-LKWs nebst Erklärung freuen, und was dazu bringen. Aber falsch gedacht: außer den 3 Worten "Erklätung zu Mackenstedt" unter der Rubrik "Ordner" in der Nr. 250, nix weiteres.
Woran liegt's? - war das Bedauern über ausbleibende Anti-BW-Aktionen gar nicht so ernst gemeint?
- ist der Aktionsort zu weit weg von Interim-Town?
- ist die Erklärung zu lang, politisch falsch, zu(un)verständlich oder was?
Vielleicht könnt ihr euch zumindest mal kurz dazu äußern, was gegen eine Veröffentlichung spricht - würde uns brennend interessieren!

AVANTI DESERTANTI

[redacted]RSTER KREISBLATT, 7[redacted]

Täter wollten „Zeichen setzen"

Sprengstoffanschlag: „Bekennerbrief" deutet auf politische Motive hin

fil Stuhr-Groß Mackenstedt. Mit dem Sprengstoffanschlag auf zwei Lastwagen der Bundeswehr sollten „deutliche Zeichen gesetzt" werden gegen den Einsatz der Bundeswehr in Somalia und die Machenschaften der Politiker. Das geht aus einem „Bekennerbrief" hervor, der die Polizei am Donnerstag zum Ort des mißglückten Anschlages an der Steller Straße in Groß Mackenstedt führte. Dort fanden die Beamten auf dem Gelände einer LKW-Vertretung in zwei abgestellten Bundeswehrlastwagen Sprengsätze mit Zeitzündermechanismus. Dieser hatte aus noch nicht bekannten Gründen versagt. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. Die Kriminalpolizei geht davon aus, daß sie keiner kriminellen Organisation angehören.

Kurz nach Eingang des Schreibens am Donnerstagvormittag im Bremer Pressehaus hatte die Bremer Kriminalpolizei aufgrund vager Ortshinweise in den Randbereichen der Hansestadt nach ausgebrannten Lastwagen gefahndet. Nach erfolgloser Suche war das für den Stuhrer Bereich zuständige Kriminalkommissariat in Syke hinzugezogen worden. Auf einem Firmengelände an der Steller Straße in Mackenstedt entdeckten die Beamten schließlich ein Loch im Zaun sowie zwei Bundeswehrfahrzeuge mit zerschlagenen Frontscheiben.

In den Fahrerkabinen lagen jeweils drei Plastikflaschen mit leicht entflammbarer Flüssigkeit. Darin steckten Papierlunten, die durch Drähte mit Streichholzschachteln sowie einem Zeitzündmechanismus verbunden waren. Es habe schon einiger Fertigkeiten bedurft, um eine solche Vorrichtung zu basteln, so die Auskunft der Kripo. Hätten die Sprengsätze gezündet, würden die Lastwagen mit Sicherheit gänzlich ausgebrannt sein.

Nachdem die nahegelegene Bundesstraße B22 am späten Nachmittag aus Sicherheitsgründen vollständig gesperrt worden war und Feuerwehr und Notarzt an Ort und Stelle bereit standen, entschärften Fachleute des Landeskriminalamtes die Sprengsätze. Die Ermittlungen dauern an.

Großveranstaltung der Bürgerbewegung gegen geplanten Großflughafen

Protestworte verschluckte der Fluglärm

Wie auf Stichwort donnerten zwei große Maschinen über die Köpfe der etwa 600 Menschen hinweg, die am vergangenen Sonnabend auf dem Brandenburger Platz in Blankenfelde versammelt waren. Blankenfeldes Bürgermeister Berger mußte seine Begrüßungs- und Protestworte zum Großflughafenprojekt Schönefeld/Süd vorübergehend unterbrechen.

Es war dies die erste große öffentliche Veranstaltung, zu der die am 4. August auf einer stark besuchten Gründungsversammlung in Zeuthen ins Leben gerufene „Bürgerbewegung Berlin-Brandenburg e.V." gemeinsam mit den Gemeindevertretungen Mahlow und Blankenfelde aufgerufen hatte.

Neben Kommunalpolitikern kamen auch diesmal Vertreter der Flughafenholding und der Landesregierung zu Wort, doch wie schon zu anderen Gelegenheiten und Debatten zum „Dauerbrenner" Großflughafen: Die Beteuerungen, es werde nicht über die Köpfe der Bürgerinteressen hinweg entschieden, Schönefeld werde nicht „scheibchenweise" zum Giganten hochgetrimmt, die Untersuchungen zum Raumordnungsverfahren würden, wie es das Gesetz vorschreibt, objektiv durchgeführt, konnten und können die Besorgnisse nicht ausräumen. Aus der Menge sprach z. B. Professor Meier aus Zeuthen und meinte unter dem Beifall der Zuhörer: „Wenn schon die jetzige Ausbauphase eine Kapazität von 15 Millionen Passagieren pro Jahr ermöglicht, dann liegt doch wohl bei der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland klar auf der Hand, daß man sich in etwa zehn Jahren nicht noch ein zusätzliches Milliardenprojekt leisten wird, um auf die prognostizierte Kapazität von 30 bis 60 Millionen Fahrgästen zu kommen." Schönefeld sei also programmiert, alles andere sei Augenauswischerei.

Auch Landrat Giesecke aus Zossen forderte, bei der Entscheidung die menschlichen Aspekte in den Vordergrund zu rücken. 1 000 Menschen würden gegen ihren Willen ausgesiedelt, fast 100 000 zwischen Ludwigsfelde und Müggelheim von Lärm und Schadstoffemissionen belastet. Flughafenholding und Politiker würden gern mit Zahlen operieren, beispielsweise, ob an diesem Standort weniger, an einem anderen mehr Betroffene zu erwarten seien, sagte die Initiatorin der „BBB", Frau Stieler, eine Friseuse aus Rotberg im Kreis Königs Wusterhausen.

300 Frauen und Männer traten am Sonnabend dem Bürgerverein bei. Beitrittserklärungen, so erfuhren wir, gehen dem Vorstand seit der Gründung täglich ein. Inzwischen ist die Zahl auf über 4 000 Mitglieder gestiegen. Das bestätigt wohl nachhaltig die Feststellung des Geschäftsführers der Flughafenholding, Hölzel, die er kürzlich auf einer Anhörung in Potsdam machte: Man rechne im Raum Schönefeld mit dem stärksten Widerstand. Die „BBB" hat inzwischen auch ein Büro eingerichtet: Rotberg, Mühlenstraße 13, Tel.: 033762-3440. Sprechstunden sind dienstags von 10 bis 19 Uhr.

Die Zerstörung Somalias durch den Internationalen Währungs Fundamentalismus

Von "Desert Storm" zu "Restore Hope"
Nahrungsmittelabhängigkeit und "humanitäre Invasion"

(Michel Chossudovsky, Dèpendance alimentaire, "ingèrence humanitaire" en Somalie,Le Monde diplomatique, Juli 1993. Übersetzung aus dem Französischen: SILSILA.)

Somalia, wo die Viehzüchter früher 50 % der Bevölkerung ausmachten, besaß eine auf den Austausch zwischen viehzüchtenden Nomaden und Kleinbauern gegründete Wirtschaft. Trotz der Dürren konnten sich die Somalier in den 60er und 70er Jahren mit Nahrungsmitteln nahezu selbst versorgen. Während der 70er Jahre ermöglichten die Programme zur Umsiedlung der Bevölkerung die Entwicklung eines bedeutenden Handelssektors im Bereich der Viehzucht: bis 1983 belief sich der Erlös aus dem Viehexport auf 80 % der Exporteinnahmen des Landes.

Anfang der 80er Jahre legten der IWF und die Weltbank der Regierung ein Reformprogramm auf, das das prekäre Gleichgewicht zwischen den nomadischen und seßhaften Sektoren in Gefahr brachte. Eine der Funktionen dieses Austeritätsplanes war die Freisetzung von Geldern zur Rückzahlung der von Mogadischu eingegangenen Schuldverpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs und vor allem gegenüber - dem IWF selbst.[1]

In einem Untersuchungsbericht der ILO (International Labour Organisation) heißt es dazu: "Als einziger unter den Hauptkreditgebern Somalias lehnt der IWF eine Umschuldung ab. Er unterstützt de facto die Finanzierung eines Anpassungsprogrammes, dessen Hauptziel die Rückzahlung an den IWF selbst ist."

Das Strukturanpassungsprogramm hat die Nahrungsmittelabhängigkeit vergrößert, vor allem im Bereich des Getreides. Zwischen 1975 und 1985 hat sich die Nahrungsmittelhilfe verfünfzehnfacht, das bedeutet eine jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 31 %.[2] Dieser Zufluß von Weizen und Reis, der auf dem lokalen Markt verkauft wird, zusammen mit der Zunahme der Importe verursachte die Migration von Produzenten und erhebliche Veränderungen in den Verbrauchsgewohnheiten zum Nachteil der traditionellen Produkte Mais und Sorgho.

Die Abwertung des somalischen Schilling, die im Juni 1981 vom IWF auferlegt wurde und der weitere Paritätsverluste folgten, zog Preissteigerungen aller Importe für die Landwirtschaft nach sich: Treibstoff, Düngemittel etc.. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Regenkulturen, wie auch in den Bewässerungsgebieten, und führte zum Zusammenbruch. In den Städten sank die Kaufkraft dramatisch, die Entwicklungspläne der Regierung wurden Opfer scharfer Einschnitte, die Infrastrukturen brachen zusammen, die Ströme der "Nahrungsmittelhilfe" verursachten die Verarmung der Agrargemeinschaften.[3]

Gleichzeitig eigneten sich die der Regierung nahestehenden Beamten, Militärs und Händler einen Großteil der besten kultivierten Böden an. Statt die Nahrungsmittelproduktion für den lokalen Markt zu fördern, bevorzugten die Geldgeber die Produktion von angeblich "höherwertigen" Gütern (Früchte, Gemüse, Ölpflanzen, Baumwolle), die für den Export bestimmt sind und auf den fruchtbarsten bewässerten Böden angebaut werden.

Anfang der 80er Jahre stiegen aufgrund der Abwertung die Preise der Medikamente für das Vieh. Die Weltbank bewegte die Verantwortlichen dazu, daß der Veterinärdienst, der den Nomaden zur Verfügung gestellt wurde (vor allem die Impfung der Tiere), bezahlt werden mußte. Ein privater Markt für Medikamente wurde eingerichtet. Das Ministerium für Viehzucht wurde ausgeschaltet, sein Veterinärdienst sollte ausschließlich durch die vollständige Bezahlung seiner Leistungen finanziert werden. Laut Weltbank "spielen die Veterinärdienste eine wesentliche Rolle in der Entwicklung des Viehbestands in allen Regionen und sie können hauptsächlich vom privaten Sektor geleistet werden (...). Da weniger private Tierärzte bereit sein werden, in den entlegenen Weidegebieten zu arbeiten, hängt die Verbesserung der Versorgung der Tiere auch von 'Para-Veterinären' ab, die für den Verkauf von Medikamenten bezahlt werden."

Diese Privatisierung der veterinären Versorgung ging einher mit dem Fehlen von Nahrungsmittel-Notprogrammen für die Dürreperioden, während das Wasser zur Handelsware wurde und seine Konservierung vernachlässigt wurde, wie auch die Weiden. Vorhersehbare Konsequenzen: die Herden wurden dezimiert, genauso wie die viehhaltende Bevölkerung. Das "verborgene" Ziel dieser Politik war die Elimination der Viehzüchter-Nomaden, die in ein traditionelles Austauschnetz eingebunden waren. Laut Weltbank ist es in jedem Fall günstig, den Umfang der Herden "anzupassen", denn die Hirten-Nomaden des subsaharischen Afrika werden beschuldigt, zu der Umweltzerstörung beizutragen.

Der Zusammenbruch der Veterinärdienste ist indirekt den reichen Ländern zugute gekommen: 1984 sanken die somalischen Viehexporte nach Saudi-Arabien und in die Golfländer drastisch, und die saudischen Käufe wurden in Australien und in der EG getätigt.

---

1 Der Anteil der somalischen Schulden bei IWF und WB betrug 1983-85 20 %.

2 Mitte der 80er überstieg diese Hilfe den Verbrauch um 35 %.

3 Laut ILO spielte die staatliche Gesellschaft für landwirtschaftliche Entwicklung (ADC) eine große Rolle bei der Stützung der hohen Preise, die den Bauern gezahlt wurden. "Die ADC hat die Produktion von Mais und Sorgho zuviel - und nicht zuwenig - gefördert." (ILO) Die Angaben der WB ihrerseits besagen, daß es eine Steigerung der Produktion von Mais und Sorgho nach der Deregulierung der Preise 1983 gegeben habe.

Die Restrukturierung des Staatshaushaltes unter der Aufsicht der internationalen Institutionen trug auch entscheidend zur Zerstörung der Landwirtschaft bei. Die Infrastruktur zerfiel und die landwirtschaftlichen Ausgaben sanken um ca. 85 % im Vergleich zu Mitte der 70er Jahre.[4] Die Regierung wird vom IWF daran gehindert, die nationalen Ressourcen zu mobilisieren; harte Zielvorgaben wurden festgesetzt, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Die "Geber"-Länder stellen ihre Hilfe mehr und mehr in der Form von Nahrungsmitteln bereit, statt Finanzleistungen oder Ausstattungen. Diese Hilfe wird dann von der Regierung auf dem lokalen Markt verkauft, und die so gewonnenen Einnahmen (die "Rückflüsse") sollten die Entwicklungsprojekte finanzieren. Ab Anfang der 80er Jahre bilden diese Geschäfte die Hauptquelle der Staatseinnahmen, was den Gebern de facto die Kontrolle über das gesamte Budget erlaubt.[5]

Die ökonomischen Reformen bedeuten auch die Auflösung der Gesundheits- und Ausbildungsprogramme.[6] 1989 waren die Ausgaben für Gesundheit um 78 % niedriger als 1975. Laut Weltbank betrug das laufende Ausbildungsbudget 1989 ungefähr 4 Dollar pro Jahr für einen Grundschüler, im Gegensatz zu ungefähr 82 Dollar 1982. Zwischen 1981 und 1989 fielen die Schuleinschreibungen um 41 % (trotz einer starken Zunahme der schulfähigen Bevölkerung), Bücher und Material verschwinden aus den Klassenzimmern, die Schulen verfallen, nahezu ein Viertel der Grundschulen mußten schließen.

Ruin der Ökonomie und Zusammenbruch des Staates

Die Ökonomie in ihrer Gesamtheit wurde so in einen Teufelskreis gerissen: die Schäden, die die Herden erlitten hatten, waren die Ursache des Hungers bei den Hirten-Nomaden, die sich an die Bauern wendeten; diese verkauften oder tauschten ihr Getreide gegen Vieh. Die ganze Weidewirtschaft wurde dadurch sozial auseinandergerissen. Der Verfall der Deviseneinnahmen aufgrund des Rückgangs der Viehexporte und der Geldüberweisungen der in den Golfländern arbeitenden Somalier hatte auch fatale Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz und die öffentlichen Finanzen, was die Durchführung der staatlichen Programme unmöglich machte.

Die Kleinbauern wurden ruiniert durch die Dumpingpreise des subventionierten amerikanischen Weizens und die Erhöhung der Einfuhrpreise. Die Verarmung der Stadtbevölkerung verursachte auch einen Rückgang des Nahrungsmittelverbrauchs. Die Unterstützung des Staates für die Bewässerungsgebiete wurde eingefroren, und die Produktion auf den Staatsgütern sank, die somit der Schließung oder Privatisierung unter den Auspizien der Weltbank anheimfielen.

4 Von 1975-89.

5 Die "Fonds der Rückflüsse" waren die einzige Finanzierungsquelle für die Entwicklungsprojekte; die meisten laufenden Ausgaben hängen auch von den Gebern ab.

6 Der Anteil der Militärausgaben blieb hoch, doch dieser Haushaltsposten sank real.

Nach den Schätzungen der Weltbank waren 1981 die Reallöhne im öffentlichen Sektor um 90 % niedriger als Mitte der 70er Jahre. Das monatliche Durchschnittseinkommen war auf 3 Dollar gefallen und beschleunigte damit den Zerfall der Verwaltung.[7] Ein Plan zur Wiederherstellung des Lohnniveaus des öffentlichen Dienstes wurde von der Weltbank vorgeschlagen, aber das sollte in demselben Haushaltsrahmen geschehen mittels der Entlassung von ca. 40 % der Beamten - die Verwaltung würde dann 1995 nur 25 000 Stellen zählen bei einer Bevölkerung von 6 Millionen Einwohnern - und mittels der Abschaffung verschiedener Prämien. Mehrere Geberländer haben sich bereit erklärt, die Kosten dieses Stellenabbaus zu finanzieren...[8]

Das Desaster war all diesen Maßnahmen, die den somalischen Staat auf ein Nichts reduzierten, schon einbeschrieben. Dennoch unternahm die internationale Gläubigergemeinschaft nichts, um die ökonomischen und sozialen Infrastrukturen wieder zu beleben, den Lebensstandard zu erhöhen und die Verwaltung wieder aufzubauen: ein Jahr vor dem Fall des Regimes des General Siad Barre im Januar 1991, während der Bürgerkrieg bereits wütete, schlugen die Gläubiger neue Anpassungsmaßnahmen vor zur weiteren Verringerung der öffentlichen Ausgaben, Restrukturierung der Zentralbank, Liquidation nahezu aller Staatsbetriebe und Liberalisierung des Kredits (das heißt nichts anderes als die Erstickung des Privatsektors!).

1989 betrug der Schuldendienst 194,6 % der Exporteinnahmen. In diesem Jahr wurde der Kredit des IWF wegen der Rückstände annuliert, und die Weltbank fror einen Strukturanpassungskredit über 70 Mio. Dollar für mehrere Monate ein: die ökonomischen Ergebnisse Somalias waren zu schlecht.[9] Die Neuverhandlung der Schulden sowie jeglicher neuer Angebote wurden an die Kondition der Zahlung der Rückstände geknüpft! So wurde das Land in den Fesseln der Strukturanpassung gefangengehalten, um die Gewährleistung des Schuldendienstes zu erzwingen. Die Folgen sind bekannt: der Zusammenbruch des Staates, der Bürgerkrieg, der Hunger und schließlich "Restore Hope".

Somalia ist eine beispielhafte Erfahrung, zunächst für Afrika, wo es andere hirtennomadische Gesellschaften gibt, deren Elimination die Programme des IWF und der Weltbank betreiben. In allgemeiner Hinsicht bestätigt die jüngste Geschichte des Horn von Afrika die Gefahr dieser Anpassungsprogramme für die Dritte Welt, die den Staat schwächen und zur Implosion und zum Bürgerkrieg führen.

7 Die Gehälter des öffentlichen Sektors entsprachen 1989 0,5 % des BNP.

8 Eine Kürzung der Stellen im öffentlichen Sektor um 40 % in fünf Jahren (1991-95). Laut WB wird es 1995 27 000 Staatsbedienstete geben.

9 Die erste Tranche dieses Kredits wurde von der IDA, einer Filiale der WB, ausgezahlt, Die zweite wurde 1990 eingefroren. Der Kredit wurde im Januar 1991 nach dem Sturz der Regierung Siad Barre eingefroren.

Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken:

Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert

Von Karl Heinz Roth

Das folgende Referat wurde von Karl Heinz Roth auf dem Konkret-Kongreß am 12.6.1993 in Hamburg gehalten. Die von uns abgedruckte Fassung ist etwas gekürzt. Konkret wird demnächst einen Kongreß-Reader mit allen auf dem Kongreß gehaltenen Referaten herausbringen.

Seit einigen Monaten berichten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aller Couleur über eine für sie überraschende Entdeckung. Die von ihnen seit längerem beschriebene Auseinanderentwicklung der Bevölkerung in ein marginalisiertes Drittel der unterbeschäftigt Verarmten und eine weiterhin an den Wohlstandssegnungen der Leistungsgesellschaft teilhabende Mehrheit gehe mit Riesenschritten in eine polarisierte Klassengesellschaft über, in der ein immer breiter werdendes Proletariat mit einer sich immer aggressiver bereichernden Schicht der Vermögensrentiers und Kapitaleigner konfrontiert sei. Diese Entwicklung werde zusätzlich dadurch verstärkt, daß sich auch der Staat mehr und mehr aus seinen bisherigen sozialen Umverteilungsfunktionen zurückziehe.

Bei der Beschreibung dieser Tendenzen bilden sich zwei unterschiedliche Deutungsmuster heraus. Die einen sprechen von einer „Wiederkehr" von Klassenlagen, die seit der nach-nazistischen Soziologie als überwunden galten: die integrierte „Arbeiterschaft" schmelze wie Schnee in der Sonne und werde zunehmend durch die klassische „Proletarität" und den Pauperismus des 19. Jahrhunderts überlagert. Ihnen stehen Analysen gegenüber, die den neuartigen Charakter dieser Entwicklung hervorheben. Sie betonen die in der aktuellen Weltwirtschaftsdepression angelegte Grundtendenz zu sozialen Polarisierungen, die direkt aus dem Umbruch der bisherigen fordistischen Arbeits-und Produktionsverhältnisse zu einem postfordistischen bzw. „toyotisierten" Akkumulationsmodell hervorgingen. Vor allem von den Spitzenmanagern der transnationalen Konzerne werde seit neuestem eine weltweite Anpassung an die Strukturen sehe ich in dieser zunehmenden Trennung von linker Diskussion und realer Klassenentwicklung eine große Gefahr. Darüber sollte nicht zuletzt auch deshalb gesprochen werden, weil sich inzwischen viele Linke aufgrund der neuesten Proletarisierungstendenzen selber in den unteren und „prekär" gewordenen Segmenten der deregulierten Arbeitsmärkte wiederfinden. Ich halte das für ein paradoxes Phänomen, das möglicherweise die zunehmende Fremdheit der Linken gegenüber einer in die Reproletarisierung hineingetriebenen Arbeiterklasse erklärt. Wir sind selbst zunehmend Objekt dieses Prozesses und flüchten uns vielleicht ge. de deshalb auf metaphorische Ersatzebenen, um die eigene reale Verelendung zu verdrängen. Gerade weil sie immer häufiger den eigenen



ren, wurden durch eine brutale politische Repressionskampagne zerschlagen.

Ein Jahrzehnt bitterster politischer und sozialer Unterdrückung zog in Italien herauf. Die Konsequenzen für die Arbeiterklasse, die Initiativen der „Arbeiterautonomie" und nicht zuletzt auch die Gewerkschaften wurden im Ausland kaum wahrgenommen. Der fordistische Betriebsdespotismus wurde durch technologische Neuerungen gefestigt und mit einer großangelegten Dezentralisierung des gesamten Produktionsapparats bis hinunter zu den traditionellen Handwerksbetrieben verbunden. Die Folge war ein dramatischer Funktionswandel des italienischen Arbeitsmarkts. Aus allen Sektoren der dreigeteilten Arbeitsmarktpyramide (öffentlicher Sektor, privater Sektor mit systematische Politik der „komparativen Kosten- und Standortvorteile" heraus, wobei sich die Mobilisierung möglichst billiger Arbeitskräfte als wichtigster Faktor für die Anziehung neuer Auslandsinvestitionen erwies. Der staatliche Mindestlohn und die Tariflöhne fielen zwischen 1980 und 1991 preisbereinigt um jeweils 56 Prozent. Massenarbeitslosigkeit kombinierte sich mit einem umfassenden staatlichen Sozialabbau, der schließlich auch die Gesundheitseinrichtungen und das Bildungswesen zur Privatisierung freigab. Heute leben 41 von 90 Millionen Mexikanerinnen und Mexikanern unter dem offiziellen Existenzminimum, davon 17 Millionen in extremer Armut.

Als einziger Wachstumssektor blieben zuletzt die „maquiladoras", die freien Produktionszonen, übrig. Sie konsolidierten sich vor allem an der Grenze zu den USA, befinden sich zu 90 Prozent in der Hand von US-Konzerntöchtern und erbringen 80 Prozent der mexikanischen Exporterlöse. Dieser neue Niedriglohngürtel für arbeitsintensive und umweltschädliche Zwischenprodukte der US-Unternehmen kennt kein Arbeitsrecht mehr für die Beschäftigten, deren Löhne bei etwa 16 Prozent der durchschnittlichen US-Lohneinkommen stagnieren. Es gibt keinerlei Sicherheits- und Umweltschutzauflagen. Durch die terroristischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse werden die ArbeiterInnen (70 Prozent Frauen, das Durchschnittsalter liegt weit unter dem der Arbeiterklasse im untergegangenen staatlichen Industriesektor) genauso ruiniert wie die Gesamtbevölkerung, deren Kinder und Alte zunehmend dem verseuchten Grundwasser zum Opfer fallen. (...)

Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems und globale Proletarisierung

Wie die Fallbeispiele zeigen, erfolgte die Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse im Verlauf der achtziger Jahre unter unterschiedlichen Voraussetzungen. In Italien zerstörte der für die dortigen Klassenbeziehungen seit der Jahrhundert- in einen weiteren Radikalisierungsschub. Die neoliberale Deregulierung avancierte zur Handlungsmaxime aller politischen Eliten, die der Umbruch in Ost- und Südosteuropa an die Macht spülte. Sie mauserte sich in ihren Händen und unter der diskreten Steuerung durch die internationalen Finanzinstitutionen zu einer Philosophie der vollständigen und möglichst raschen Zerstörung aller staatlichen Wirtschaftsstrukturen. Industriepolitische Reorganisationsprogramme waren damit nicht verbunden. (...) Der globalisierte Kapitalismus wird die aus den Staatsunternehmen herausfallenden hochqualifizierten Arbeitskräfte des Ostens zynisch in die unteren Ränge seiner inzwischen weltweit funktionsfähig werdenden Niedriglohnketten einbauen. Und er wird im Interesse einer möglichst unbeschränkt verfügbaren industriellen Reservearmee die um ihre Marktexistenz kämpfenden „neuen Selbständigen" wie inzwischen überall auf der Welt in ihrer überwiegenden Mehrheit so weitgehend wie möglich auf den Status von „selbständigen *Arbeitern*" festnageln. Die selbständigen Arbeiter stellen seit den Entwicklungen in Osteuropa eine weltweit vorhandene neue Form von überdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften dar, die riesige Arbeitspensen übernehmen, aber für immer größere Teile davon nicht mehr entlohnt werden. (...)

Bis zu den osteuropäischen Umwälzungen von 1990/91 war es durchaus noch strittig, inwieweit die Angebotstheorie des neoliberalen Monetarismus nicht doch mehr zu bieten hat als eine wirtschaftspolitische Legitimationsgrundlage für die globale Reorganisation und Radikalisierung der Ausbeutungsverhältnisse. Diese Frage ist inzwischen entschieden, denn die osteuropäische Praxis zeigt nachdrücklich, daß der Neoliberalismus disparate ökonomische Strukturen grundsätzlich nur zerstört, um die als selbstgesetzlich definierten und keiner weiteren ökonomischen Steuerung mehr bedürftigen Verwertungsstrategien des kapitalistischen Weltsystems zu optimieren. Die Folge ist tendenziell *ein* neues Proletariat in *einer* kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten und dritten Welt werden

der japanischen Klassengesellschaft erzwungen. Die bisherigen Arbeitsmarktregulierungen sowie die kollektiven Tarifsysteme würden aufgesprengt und die sozialstaatlichen Verteilungsmechanismen tendenziell gegen Null gefahren, um der inzwischen sogar vom Daimler-Benz-Vorstand proklamierten „Revolution in den Fabriken" ein sprunghaft verbilligtes Arbeitskräftepotential zur Verfügung zu stellen.

Beide Deutungsmuster haben eine Menge für sich. Wer beispielsweise die herrschende Sozialgeschichtsschreibung kennt, der wird rasch bemerken, daß die neuesten gesellschaftlichen Entwicklungen den von ihr behaupteten Determinismus des hundertfünfzigjährigen Aufstiegs des einkommens- und landlosen „Pöbels" zur Proletarität der Lohnarbeiter und von dort zur integrierten „Arbeiterschaft" mit Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Rentengarantie drastisch Lügen strafen. Insoweit haben wir eine echte Wiederkehr von „Proletarität" vor uns, denn hinter diesem verächtlich-zynischen Kampfbegriff mehrerer Generationen von reaktionärer Sozialpolitik steckt alles das, was die Verkäuferinnen und Verkäufer von Arbeitskraft inzwischen wieder massenhaft erleben: unsichere Arbeitsplätze, wegbrechende „Normalarbeitszeiten", plötzliche Lohnsenkungen, wackelig werdende Garantien für die Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter. Zugleich ist diese neu heraufziehende Proletarität aber durch sehr spezifische Merkmale charakterisiert, die den Erfahrungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts schon deshalb widersprechen, weil sie sich nicht zu Beginn der kapitalistischen Industrialisierung, sondern in einer späten und wesentlich durch Deindustrialisierungsphänomene geprägten Phase der Reorganisation des kapitalistischen Weltsystems ereignen. Es handelt sich also ganz offensichtlich um zwei Seiten einer Medaille.

Wenn inzwischen sogar schon die sozialwissenschaftlichen Berater der kapitalistischen Machtzentren aus der Deregulierung der „Zweidrittel-Gesellschaft" ein neues Proletariat hervorgehen sehen, dann sollten wir als Linke diese Entwicklungstendenzen eigentlich sehr viel früher analysiert und diskutiert haben. Das aber war in den vergangenen Jahren immer weniger der Fall. Da ich „Linkssein" noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet,



Demonstration zur Erhaltung der Stahlstandorte, 1987

Alltag beherrschen, können die unreflektiert hingenommenen neuen Proletarisierungsprozesse dann bei vielen von uns nur noch mit Hilfe von Angstmechanismen beantwortet werden. Im folgenden Beitrag will ich den Nachweis versuchen, daß die Klassenanalyse noch immer das beste Instrumentarium liefert, um die sich verändernden proletarischen Lebenslagen zum Ausgangspunkt für neue Handlungsbezüge zu machen, die eine Alternative zu der um sich greifenden Angst- und Selbstbezichtigungskultur einer vom Untergang bedrohten Linken anbieten. (...)

Das Aufkommen der offenen Klassengesellschaft seit den achtziger Jahren

1. Der Fall Italien

Nach den Werksferien des Sommers 1980 entließ das Management des Automobilkonzerns Fiat in Turin 24.000 Beschäftigte in eine eigens dafür geschaffene staatliche „Integrationskasse" (Cassa Integrazione) mit zunächst 18monatiger Befristung und staatlichem Lohnausgleich. Die Fiat-Arbeiter reagierten darauf mit einem erbitterten Streik, der von den Metallgewerkschaften zunächst mitgetragen wurde. Während der 35 Streiktage kam es zur Polarisierung der Konzernbelegschaft. Nachdem die Fiat-Angestellten am 14. Oktober eine Antistreikdemonstration durchgeführt hatten, stimmte auch die stärkste Metallarbeitergewerkschaft, die FIOM, noch am gleichen Abend der Entlassung ihrer eigenen Mitgliederbasis zu. Diese Niederlage wuchs sich rasch zur Katastrophe aus. Bis Mitte der achtziger Jahre war die Fiat-Belegschaft halbiert, die Integrationskassen verwandelten sich in repressive Dauereinrichtungen. Der Gewaltstreich Agnellis erwies sich als Startschuß für die Entmachtung der in den Betriebskommissionen der „Massenarbeiter" verankerten Gewerkschaften und zur Zerstörung der seit Ende der sechziger Jahre gefestigten Arbeitermilitanz in ganz Italien. Versuche, die nun nach dem Vorbild Fiats einsetzende Dezentralisierung aller Großunternehmen und die damit verbundene Zersplitterung der Arbeiterbelegschaften mit Hilfe „proletarischer Runden" in den Industriegürteln zu blockieren, wie sie sich in Anknüpfung an die formalisierten Arbeitsbeziehungen in den Mittel- und Großbetrieben einerseits und kleine Familien- bzw. Handwerksbetriebe andererseits, Sektor der Unterbeschäftigung) wurden Lohnabhängige entfernt, die wegen ihrer Militanz oder aufgrund verminderter Leistungsfähigkeit diskriminiert waren. Die sozialen Sicherungsnetze wurden durchlässig gemacht und mit neuen staatlichen wie unternehmensspezifischen „Parkplätzen" für Unterbeschäftigte ausgestattet. Die Gewerkschaftsverbände schwenkten auf den Sozialabbau ein. Es entstand eine neue Struktur von Kleinstunternehmen mit „selbständigen Arbeitern" („lavoro autonomo" in der Analyse Sergio Bolognas), die bis Ende der achtziger Jahre auf sechs bis sieben Millionen anwuchsen, die gesamte Arbeitsmarkthierarchie durchdrangen und nach allen Richtungen hin „verflüssigten". Und wieder war es Anfang der neunziger Jahre das Fiat-Management, das nach einem Jahrzehnt dramatischer Umstrukturierungen eine neue Initiative startete, um sich die Ergebnisse unter Anlehnung an das Vorbild des japanischen Modells der vertikalen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Konzernzentralen, Zulieferern und Kleinstproduzenten („schlanke Produktion" des Toyotismus) systematisch zunutze zu machen.

2. Mexiko

Zwischen 1980 und 1982 geriet das gemischte Wirtschaftssystem Mexikos in eine nicht mehr beherrschbare Schuldenkrise. Die Regierung verkündete im Anschluß an eine alle Steuerungsversuche durchkreuzende Kapitalflucht 1982 den Staatsbankrott. Die neoliberale Internationale der Finanzmärkte (IWF und Weltbank) erzwang den ersten „big bang" der Deregulierung einer gesamten Volkswirtschaft. Eine restriktive Haushaltspolitik wurde durchgesetzt, die Privatisierung der Staatsunternehmen eingeleitet. Um die Sanierung der Außenschulden zu sichern, wurden negative Wachstumsraten in Kauf genommen. Die Binnenmärkte wurden dem Auslandskapital unbeschränkt zugänglich gemacht. Als einziger subventionierter Sektor blieb nur noch die exportorientierte Privatwirtschaft übrig. Aus diesen Einzelmaßnahmen kristallisierte sich bis Mitte der achtziger Jahre eine wende „signalgebende" Konzern die Ergebnisse eines zwölfjährigen Zyklus von militanten Arbeiterkämpfen. In Mexiko wurde von den internationalen Finanzinstitutionen ein korporatistischer Industrialisierungsweg zunichte gemacht, der mit Hilfe eines starken staatlichen Sektors Importabhängigkeiten und zu starke Bindungen an die internationalen Rohstoffmärkte überwinden sollte. In Frankreich wurde der postkeynesianistische Stabilisierungsversuch einer gerade an die Macht gekommenen sozialistischen Regierung, die ihren Handlungsspielraum gegen die sich konsolidierende Deregulierungsstrategie der internationalen Finanz- und Devisenmärkte sichern wollte, schon im ersten Ansatz vereitelt. In allen Fällen waren aber die arbeits- und sozialpolitischen Folgen völlig identisch: Die Öffnung und Entkopplung der Arbeitsmärkte von ihren bisherigen Regulierungsmechanismen leitete eine dramatische Umstrukturierung und Reproletarisierung der Arbeiterklasse ein, und im Ergebnis wurden alle Instrumente des bisherigen klassenpolitischen Status quo: korporatistische (Mexiko), basisdemokratisch-militante (Italien) und sozialstaatliche (Frankreich) marginalisiert. In immer mehr Sektoren mußten die Lohnabhängigen einschneidende Eingriffe in jene sozialen Existenzgarantien hinnehmen, die sie sich seit den vierziger und vor allem den sechziger Jahren wieder erkämpft hatten: Normalarbeitstag, Vierzigstundenwoche, Lohnstabilität, staatlich garantierte Lohnersatzleistungen für Krankheit und Alter. Der überakkumulierte Kapitalismus der globalisierten Finanzmärkte „öffnete" an immer neuen Angriffspunkten die Arbeitsmärkte und wischte mit den Kollektivverträgen und Sozialtransfers auch die sozialpartnerschaftlichen Integrationsleistungen von Hochlohnpolitik und Sozialstaatlichkeit beiseite. Da sich Investitionen im vergangenen Zyklus immer weniger rentiert hatten, suchte er schließlich weltweit in seiner aggressivsten Geld-Form nach verbesserten Verwertungsbedingungen. In immer neuen Sektoren wurde Lohnarbeit flexibilisiert, freigesetzt und fortschreitend verbilligt. Die skizzierten Länderbeispiele sind Teil eines flächendeckenden Umstrukturierungsversuchs, der auch dort, wo er bis Ende der achtziger Jahre keine gravierenden Umbrüche zustandegebracht hatte, deutliche Spuren hinterlassen hat.

Diese Entwicklungen gerieten im Gefolge des Zusammenbruchs des verstaatlichten Sozialismus in Osteuropa 1990/91 zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt. Die gleichzeitig zu beobachtende vertikale Hierarchisierung der horizontal miteinander vernetzten Arbeitsmärkte durch die „Triade" Japan-Südostasien, Nordamerika und Westeuropa strukturiert sie zusätzlich ausgehend von drei territorialen Zentren. Es gibt jedoch auch an diesen neuen Schnittstellen tendenziell keine nationalen oder blockgebundenen Handlungsspielräume für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen mehr, denn der (nationale oder supranationale) Staat kommt ihnen als „Intermediär" für sozialpartnerschaftliche Status-quo-Vermittlungen zunehmend abhanden. (...)

Von diesen neuen Machtverhältnissen ausgehend etabliert das Kapital inzwischen weltweit ein neues Akkumulationsmodell. Seine Vordenker denunzieren die bisherige fordistische Produktionsweise als starr, etatistisch und hochlohnfixiert. Seit Beginn der neunziger Jahre dominiert nicht mehr Ford, sondern die „postfordistische" Rentabilitätsphilosophie Toyotas, die sich in Japan seit der blutigen Niederwerfung der SANYO-Gewerkschaften in den fünfziger Jahren durchgesetzt hatte, die strategischen Investitionsentscheidungen der transnationalen Konzerne. Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten „Betriebsgemeinschaften" der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, höchstens 15-20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten. Von diesen technologischen Zentren ausgehend werden abhängige Zulieferpyramiden aufgebaut, wobei entsprechend abgestufte Ausbeutungsverhältnisse bis hin zu den Schwitzbuden und zur Zwangsarbeit ethnischer oder kriminalisierter Randgruppen etabliert werden. Als stille Reserve und Leistungsressource für alle Stadien „schlanker Produktion" gelten drittens die „selbständigen Arbeiter" der sogenannten Schattenökonomien, die nach oben den Transfer von billigem technischen Wissen und nach unten den Kontakt zu einem sich ausweitenden Szenario von Unterbeschäftigung und struktureller Arbeitslosigkeit herstellen. Kommt es innerhalb dieser neuen Ausbeutungspyramiden der Transnationalen dennoch einmal zu Reibungsverlusten und Widersetzlichkeiten, dann kann mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien und Produktionsverfahren (vor allem CIM) die horizontale, inzwischen alle Kontinente umspannende Niedriglohnkette ins Spiel gebracht wer-

den. Swissair hat gerade seine bislang in der Region Zürich domizilierte Buchhaltung nach Indien verlagert. Die Hardware-Multis der USA legen inzwischen in Silicon Valley ganze Entwicklungsabteilungen still, weil sie sich die fünfzigmal billigere kombinierte Arbeitskraft von Moskauer physikalischen Forschungsinstituten gekauft haben. Noch nicht einmal mehr die hochqualifizierten Sektoren der Arbeitspyramide bleiben von der Deregulierung und Neuzusammensetzung der Arbeitsmärkte ausgespart.

Die Wiederkehr und Neuschöpfung der Proletarität erfolgt also unter den Bedingungen eines strukturellen Umbruchs des gesamten Weltsystems. Ihre Voraussetzung ist die Transformation und Nivellierung unterschiedlicher Entwicklungsstadien der kapitalistischen Entwicklung. Scheitert diese Transformation, dann wird die Deindustrialisierung und Pauperisierung ganzer Subkontinente die Folge sein und die schon im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre geschrumpften Zonen relativer ökonomischer Stabilität noch weiter verkleinern. Trotzdem ist der Postfordismus kein Deindustrialisierungsmodell, sondern ein weltweit radikalisiertes Kapitalverhältnis. Er hat im Ergebnis der bisherigen Deregulierungen und Strukturbrüche die weltweite Jagd nach verbilligten Arbeitskräften in bisher ungekannter Intensität verallgemeinert. Der Postfordismus/Toyotismus stellt den aktuellen Versuch der Weltfinanzmärkte dar, die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und zur Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen. Die dafür erforderliche Profitabilität soll überall auf der Welt vor allem durch die Vermehrung unbezahlt angeeigneter Arbeitsverausgabung erzwungen werden.

Die Entwicklung in der BRD vor und nach dem Anschluß der DDR

Auch die Bundesrepublik nahm in den achtziger Jahren an den globalen Umstrukturierungen teil, einen radikalen Umbruch hat es dabei aber zunächst nicht gegeben. Ausgangspunkt der Veränderungen war die strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die trotz des Booms seit 1983/84 auf relativ hohem Sockel bestehen blieb. Unter dem Mantel scheinbar unveränderter kollektiver Tarifverträge entkoppelten die Unternehmen die Fertigung zunehmend von der Normalarbeitszeit und verlagerten arbeitsintensive Teilbereiche nem defizitfinanzierten Rüstungsboom gekoppelt hatten, kombinierte die konservative BRD-Regierung ihr neoliberales Zerstörungsprojekt mit einer arbeitsmarktpolitisch begrenzten Kreditschöpfung. Diese inzwischen an ihre Grenzen geratene Verbindung einer geographisch begrenzten Deregulierung mit keynesianistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möchte ich als „Kohlonomics" bezeichnen. (...)

Von ehemals knapp zehn Millionen DDR-Beschäftigten ist fast die Hälfte arbeitslos, vier Millionen von ihnen leben inzwischen teilweise oder vollständig vom arbeitsmarktpolitischen Budgettransfer aus dem bundesdeutschen Westen. Offiziell hat die in Gang gebrachte arbeitsmarktpolitische Pumpstation eine „Brückenfunktion". Das gewerblich qualifizierte Arbeitskräftepotential soll in Reserve gehalten werden, bis der aus der Privatisierungspolitik erwartete selbsttragende Wirtschaftsaufschwung anspringt. Schon Anfang 1992 befanden sich zwei Millionen ehemalige DDR-Bürger in Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder waren in den Vorruhestand geschickt. Inzwischen hat sich ihre Gesamtzahl verdoppelt, die mittelfristigen Instrumente zur Herausbildung von Sonderparkplätzen des Arbeitsmarkts (Fortbildung und Umschulung, ABM-Gesellschaften usw.) wurden weiter ausgebaut. Bei insgesamt 1,2 Millionen registrierten Ost-Arbeitslosen und etwa einer halben Million Pendlern stabilisieren sich neue Formen der gelenkten Unterbeschäftigung, um den Strukturbruch sozial abzufedern. Im Schatten dieser gewaltig aufgeblähten Integrationskassen der Arbeitsmarktpolitik hat sich die Zusammensetzung des ostdeutschen Arbeitskräftepotentials dramatisch gewandelt. In den privatisierten bzw. zur Privatisierung anstehenden Unternehmen wurde ein hochselektiver Personalabbau betrieben. Frauen, Ältere, unqualifizierte Jugendliche und Fremdarbeiter sind besonders betroffen. Es bildete sich ein flexibilisierter Reservearbeitsmarkt heraus mit einem im Vergleich zum Westen halbierten Einkommensprofil. Die vor zwei Jahren abgeschlossenen Tarifverträge mit ihren zeitlich befristeten Anpassungsversprechen an das westdeutsche Lohnniveau wurden inzwischen gestreckt und weitgehend durchlöchert. All diese Entwicklungen machen es ziemlich wahrscheinlich, daß die zur sozialpolitischen Absicherung der neoliberalen Zerstörung etablierte arbeitsmarktpolitische „Brückenfunktion" nicht am Nachbarbeitsverhältnisse. Subunternehmen und Zeitleihfirmen haben sich überall darauf spezialisiert, die personalpolitischen Bruchstellen bei der Umstrukturierung von immer mehr Wirtschaftssektoren abzufedern und zur Senkung der Lohnquoten beizutragen. Über das Ausmaß des Booms in den sogenannten Jobbersegmenten erfahren wir aus der offiziellen Sozialstatistik fast nichts. Ein noch größerer Schleier der Nichtinformation ist über die selbständigen ArbeiterInnen gebreitet, die als neueste Form der Erwerbsabhängigkeit überhaupt nicht registriert werden. Ihre Wurzeln reichen in Westdeutschland bis in die frühen achtziger Jahre zurück, als sich immer mehr arbeitslos und prekär Gewordene vom offiziellen Arbeitsmarkt verabschiedeten und als „neue Selbständige" reussierten. Mehr als fünfzig Prozent dieser sogenannten Existenzgründungen gingen innerhalb von fünf Jahren gesellschaftsrechtlich wieder ein und verstärkten das Spektrum ökonomisch abhängiger Minibetriebe mit „grauen" Durchschnittseinkommen an der Grenze des offiziellen Existenzminimums. Sie erhielten seit dem Anschluß der DDR schlagartig Zuwachs. Die Zahl der LKW-Fahrer, die als Subunternehmer der Speditionen schuften, stieg von 30.000 auf 70.000. Während die Mittel- und Großunternehmen einen Teil der etwa 400.000 hochqualifizierten EDV-Mitarbeiter im Anschluß an die erste



Postfordismus/Toyotismus als nationalstaatliches Segment globalisierter Klassenverhältnisse

(...)

1. Die Kapitalstrategie

Das Modell Japan ist inzwischen auch in den Leitungsetagen der deutschen Groß- und Mittelunternehmen angekommen. Zunächst hatten nur einzelne Großkonzerne, vor allem VW, Opel, Krupp und einige EDV-Unternehmen, mit der „Gruppenarbeit" experimentiert. Seit einigen Monaten hat sich die Anwendungsebene rapide verbreitert, und die Anverwandlung des „Toyotismus" im Ergebnis von Studienreisen, internationaler Kongresse, der Auseinandersetzung mit der berühmten MIT-Studie von 1991 und den Kopien bei Fiat und den angelsächsischen „transplants" der japanischen Automobilindustrie beherrscht nun auch die gesamte deutsche Unternehmerkultur. Zunächst standen dabei die produktivitätsfördernden Verheißungen der „Partizipation" einer in „Betriebsgemeinschaften" zusammengeschmiedeten Elite von hochentlohnten Gruppenarbeitern im Vordergrund. Fertigung und Qualitätskontrolle wurden wieder zusammengelegt, die Fertigungstiefen abgeflacht, die despotischen Stab-Linie-Strukturen des Verwaltungsapparats zugunsten einer „schlanken Produktion" aufgebrochen. Im Zeichen der unterbezahlte Teilzeitverträge für Saisonspitzen, Doppel- und Dreifachschichten ohne Zulagen, Ausgrenzung der indirekten Lohnanteile durch Abkopplung immer größerer Belegschaftsteile von der Sozialversicherung, völlig rechtlose Niedriglohnarbeiter der jüngsten Migrationswellen. Auch die Transportsektoren werden als Zeit- und Lagermedien in die flexibilisierten Produktionsketten einbezogen. In den kleinen und mittleren Speditionsunternehmen herrschen inzwischen barbarische Arbeitsbedingungen.

Am Beispiel von Daimler-Benz möchte ich kurz zeigen, wie die Umstrukturierungen konkret durchgesetzt werden. Es gab mehrere Kongresse, auf denen die Führungskräfte auf die neue „Leitlinie" der Toyotisierung eingeschworen wurden, zuletzt eine Tagung mit 1.900 Teilnehmern in Berlin (Motto: „Der Konzern denkt nach"). Parallel dazu wurden Belegschaftsversammlungen zum „neuen Leitbild" abgehalten, um die zusammen mit externen „Moderatoren" erarbeiteten Konzepte der jeweiligen Konzernbetriebe propagandistisch abzusegnen. Daß es dabei keineswegs nur den Beschäftigten in den Zulieferbetrieben an den Kragen geht, zeigt die kürzlich bekanntgewordene Betriebsvereinbarung für das LKW-Werk von Mercedes-Benz in Wörth. Der Betriebsrat und die IG Metall wurden dabei mit der Drohung erpreßt, im Fall der Weigerung das gesamte Werk zu schließen und als joint-venture-Unternehmen in der Tschechischen Republik neu zu eröffnen. Alle Vorgabe- und Richtzeiten wurden um 20 Prozent gekürzt. Die Gruppenarbeit wurde als vorherrschende Produktionsform durchgesetzt. Im Rahmen eines „Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses" (KVP) mußten sich die jeweiligen Gruppen zu einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 7 Prozent verpflichten und dem Dreischichtbetrieb sowie der kostenneutralen Nacharbeit bei schlechter Qualität zustimmen. Das alles ist mit einem kontinuierlichen Personalabbau bis ins mittlere Management verbunden, und es kommt schon auf dieser Spitzenebene zu einer drastischen Ausweitung von Teilzeitarbeit. Umfragen in linken Gewerkschaftsgruppen und die Berichterstattung in den noch vorhandenen linken Betriebszeitungen machen deutlich, daß Wörth längst kein Einzelfall mehr ist. Hinter dem partizipatorischen Schein der „Toyotisierung" wird eine radikale Sanierungsstrategie sichtbar, die auf die weitere Steigerung der Kapitalintensität verzichtet und eine sprunghafte Erhöhung der Ausbeutungsraten auf die Tagesordnung setzt.



noch stärker als bisher zur „Lohnveredelung" ins Ausland. Der Normalarbeitstag wurde als Modell des arbeits- und sozialpolitischen Status quo weitgehend brüchig. Zusätzlich beseitigte die Mitte der achtziger Jahre einsetzende Privatisierung der Staatsunternehmen viele privilegierten Formen der „öffentlichen Arbeit". Von großer Bedeutung war des weiteren die Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik, die die Bruchlinien zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zunehmend verwischte und neue Parkplätze für Unterbeschäftigte (ABM, Umschulungsfirmen usw.) einrichtete. Schließlich wurde der staatliche Transfer der indirekten Lohnanteile mehr und mehr ausgehöhlt: Die Sozialleistungsquote (das Verhältnis zwischen Sozialleistungen und Sozialprodukt) unterschritt Ende 1992 wieder die Dreißigprozentgrenze, während die komplementären Lohnabzüge in die Höhe schnellten. Im Gesamtergebnis „fransten" die Arbeitsbeziehungen auf allen Strukturebenen allmählich „aus", blieben aber formell unangetastet. Den Gewerkschaften gelang es 1984/85 sogar, die Arbeitgeberverbände bei der Umstrukturierung der High-tech- und Hochlohnsektoren mit ausgeklügelten Partizipationsmodellen („Humanisierung der Arbeit") zeitweilig auszubremsen. Während die Tarifparteien den Mantel der Sozialpartnerschaft über den schleichenden Transformationsprozeß breiteten, wurde seit Mitte der achtziger Jahre eine „Deregulierungskommission" der Bundesregierung aktiv, um die Vorarbeiten zur Anpassung des westdeutschen Arbeitsmarkts an den globalen Deregulierungstrend zu beschleunigen.

Ein gravierender und irreversibler Einbruch erfolgte erst durch den Anschluß der DDR, deren volkswirtschaftliche Substanz im Herbst 1990 mit Hilfe monetärer Instrumente schlagartig zerstört wurde. Parallel dazu wurden die bislang eher zögerlich gehandhabten Deregulierungsmodelle in Gestalt der Treuhandanstalt mit voller Wucht auf die „neuen Bundesländer" übertragen. In der untergehenden DDR wurde ein neoliberaler Privatisierungsexzeß in Gang gebracht, dem unzweideutig experimentelle Funktion für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland zukommt. Dabei wurde, um sozialen Revolten unkontrollierbaren Ausmaßes vorzubeugen, der nun auf breiter Front in Gang gebrachte Deindustrialisierungsprozeß mit ausgedehnten arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumenten gekoppelt. Wie im Fall der „Reagonomics" der achtziger Jahre, die die Deregulierung der US-Wirtschaft mit einer EDV-Umstellungswelle wieder entließen, ufer, sondern mitten im reißenden Fluß enden wird.

Im Ergebnis des DDR-Anschlusses haben wir nun auch in Deutschland Gettos der Deindustrialisierung (wie in Frankreich), kombiniert mit Zonen einer diffusen Massenverarmung (wie in Italien und Mexiko), und das alles vor dem Hintergrund eines aufgeblähten Reservearbeitsmarkts der Unterbeschäftigten, dessen Steuerungsmechanismen aufgrund der sich weiter östlich etablierenden Niedriglohngebiete zusätzlich unter Druck geraten. Im Jahr der „Vereinigung" hat sich das größer werdende Deutschland schlagartig und zugleich auf spezifische Weise in die Deregulierungsperspektive des kapitalistischen Weltsystems hineinkatapultiert. Schon jetzt beherbergt es vier Millionen Sozialhilfeempfänger, 3,5 Millionen registrierte Arbeitslose (2,3 Millionen in West-, 1,2 Millionen in Ostdeutschland) und 3,7 Millionen Unterbeschäftigte, die in Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „geparkt" werden. Der Anteil der registrierten und der „geparkten" Arbeitslosen am gesamten Arbeitskräftepotential ist auf 20,6 Prozent angestiegen. 11,2 Millionen der lohnabhängigen Bevölkerung von 34 Millionen sind beschäftigungslos oder marginalisiert. Die Grenzen zu den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vergleichsgrößen der durch die Präsidialdiktatur Brünings 1930/31 eingeleiteten Deflationspolitik sind inzwischen überschritten.

Aufgrund einer derart dramatischen Entwicklung in den angeschlossenen Gebieten konnten die Rückwirkungen auf den nationalen Gesamtarbeitsmarkt nicht ausbleiben. Die in den Zentren der Hochtechnologie beschäftigten ArbeiterInnnen geraten zunehmend unter Druck. Entlassungswellen verflechten sich mit gezielten Säuberungsaktionen in den Zuliefersektoren und umfassenden Angriffen auf das Normalarbeitsverhältnis. Prekäre und irreguläre Arbeitsbedingungen werden in immer mehr Sektoren zur vorherrschenden Norm. Im Postdienst sind inzwischen 70 Prozent aller Beschäftigten Teilzeitarbeitskräfte. Es gibt mittlerweile 2,3 Millionen geringfügig Beschäftigte ohne Ansprüche auf die Transferleistungen der Sozialversicherung. 20 Prozent aller Studierenden sind hauptsächlich abhängig erwerbstätig. In den Zeitungsbetrieben verfügen inzwischen mehr als 60 Prozent der Beschäftigten nur noch über individuelle Werkverträge. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe stabilisieren sich unterentlohnte Saison- und Wanderar-

EDV-Umstellungswelle wieder entließen, entwickelte sich ein breites Spektrum von PC-TexterfasserInnen, Software-Verkäufern und Informatikberatern, dessen Umfang sich inzwischen auf mindestens 300.000 selbständige Arbeiter beläuft. Hinzu kommen 15.000 Stadtkurierdienste, wahrscheinlich ebensoviele Kleingutzusteller, eine gewaltig gestiegene aber nicht bekannte Zahl von Taxifahrern und von neuen Selbständigen der Ausländercommunities, von denen nur diejenigen wahrgenommen werden, die als Kleinhändler oder Kfz-Reparateure den Sprung von der Subsistenzarmut des Familienbetriebs zur kommerziellen Rentabilität geschafft haben. Alle erreichbaren Informationen sprechen dafür, daß sich die BRD auch bezüglich der prekären und der informellen Arbeitsverhältnisse mit Riesenschritten an die arbeitsmarktpolitischen Deregulierungsmethoden des Weltsystems annähert. Zusammen mit den JobberInnen durchdringen inzwischen auch in West- und Ostdeutschland die selbständigen Arbeiter die gesamte Pyramide des zunehmend segmentierten Arbeitsmarkts. Objektiv bringen sie die Tendenz des Postfordismus zum Ausdruck, den Lohncharakter der selbständigen Arbeit so weit wie möglich abzustreifen und die mit ihr verknüpften sozialen Risiken aus dem Beschäftigungsverhältnis auszulagern. Die selbständige Arbeit wird tendenziell auch in Deutschland zur vorherrschenden Arbeitsform in den nachgeordneten Schwitzbuden-Bereichen des postfordistischen Produktionsverhältnisses. Dabei wird zugleich ein wichtiges subjektives Moment der sich wandelnden Arbeitskultur ausgebeutet: das Bedürfnis nach individueller Autonomie, nach selbstbestimmten Arbeitsinhalten und Arbeitszeiten. Die aus den etablierten Arbeitsmarktstrukturen ausgestiegenen oder verdrängten selbständigen Arbeiter sind überdurchschnittlich qualifiziert und verfügen über vielfältige Verbindungen zu den Arbeitsmarktparkplätzen in Bildung und Wissenschaft. Sie befinden sich trotzdem in einer permanenten Auseinandersetzung mit der Armutsfalle. Ein Produktionssystem, dem es als sozialem Herrschaftsverhältnis gelingt, diese neuen Arbeitsformen langfristig am Rand des Existenzminimums zu fixieren, kann sich in der Tat auf indirekte Weise ein hochmotiviertes subjektives Arbeitsverhalten subsumieren, das trotzdem von der Einkommensdynamik und den sozialen Sicherheitsgarantien der Gruppenarbeit in den Konzernzentralen und den privilegierten Zulieferbetrieben abgekoppelt bleibt. (...)

Rezession gehen die Managementspitzen inzwischen dazu über, die gesamte Zuliefersphäre zu reorganisieren und als Ausbeutungskette neu zu hierarchisieren. Drei Viertel der gesamten Produktionskapazität werden inzwischen „nach unten" ausgelagert und an die Kette der „just-in-time"-Zulieferungen nachgeordneter Produzenten und Lagerhalter gelegt. Wo sich Widerstand gegen das Diktat regt, kommt die inzwischen international gewordene Niedriglohnkette ins Spiel.

In den Entwicklungs- und Fertigungszentren der neuen Konzernkonglomerate wird das informelle Produktionswissen der Arbeitsgruppen zunehmend abgeschöpft, und zwar durch gezielte Kompetenzerweiterungen. Qualitätszirkel sorgen im Kampf mit steigenden Fertigungsvorgaben für „Quantensprünge" der Produktivität. Der bisherige Betriebsdespotismus fordistisch zerlegter Arbeitsverrichtungen wird feierlich zu Grabe getragen, um zu einer sprunghaften Potenzierung des Leistungsprofils der Gruppen übergehen zu können. Der bisherige Zeit- und Materialaufwand für ein neues Produkt soll halbiert werden, ebenso die Investitionsquote in Vorrichtungen und Werkzeuge. Drastisch reduzierte Lagerbestände sollen zusammen mit fortlaufenden Freisetzungen beim Verwaltungs- und Fertigungspersonal das bisherige Leistungspotential verdoppeln. Das alles ist nur möglich, wenn sich die Belegschaften in einem bisher nicht gekannten Ausmaß mit dem Betriebsziel identifizieren. Bis hinunter zu den Gruppen an den Taktstraßen sollen nun alle „unternehmerisch denken", „selbstreguliert" handeln und Firmentarife, firmeninterne Ausschüsse und Schlichtungseinrichtungen als ausschließliche Vermittlungsform zur Konfliktsteuerung akzeptieren. Wie in Japan soll es zu einer klaglos verinnerlichten Rundum-Abschöpfung aller körperlichen, mentalen und kognitiven Komponenten der Leistung kommen.

Auch die neue Hierarchie der den Konzernkonglomeraten zugeordneten Zuliefer-Segmente gewinnt deutliche Konturen. Es wird zwischen Systemlieferern, Serienlieferern und Sublieferanten unterschieden. Bei den Systemlieferern wird im allgemeinen versucht, das betriebsgemeinschaftliche Integrationsmodell der Zentralen mit relativ stabilen Lohn- und Beschäftigungsgarantien zu kopieren. In den nachgeordneten Segmenten kann das Preis- und „just-in-time"-Diktat der Konzernspitzen dagegen nur noch durch überwiegend „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse realisiert werden: Wochenendarbeit,

Was hier in den Konzernbetrieben geschieht, wird in den Zulieferbereichen mit noch größerer Härte und Kompromißlosigkeit durchgesetzt werden. Zusätzlich zeigt sich, daß die Gewerkschaften mit ihrer oft durch die Konzernbetriebsräte erzwungenen Zustimmung zu dieser Reorganisation der sozialen Produktionsverhältnisse sehenden Auges ihre Selbstzerstörung in Gang bringen.

2. Die Strategie der Regierung

Die konservative Regierung steht unmittelbar vor dem Scheitern ihres monetär-neoliberalen Transformationsexperiments in der ehemaligen DDR. Die arbeitsmarktpolitische „Brücke" zwischen industriepolitischer Zerstörung und dereguliertem Neuanfang ist inzwischen hoffnungslos überspannt. Gleichzeitig hat eine internationale Devisenspekulation die Axt an die Fundamente der „harten D-Mark" und damit an die europäische D-Mark-Blockstrategie zu legen begonnen, um nun auch in der BRD einen irreversiblen Strukturbruch zu erzwingen. Dabei ist jedoch unklar, ob die nun manifest werdende Krise der „Kohlonomics" nicht auch von der Bonner Ministerialbürokratie bewußt gewollt wird, denn nur unter den Bedingungen eines deutlichen Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts und spektakulärer Devisenabflüsse kann das inzwischen in der Ex-DDR erprobte Experiment der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und des Umbaus der sozialen Transfersysteme als gesamtdeutsche Norm durchgesetzt werden. Die Pläne, mit denen die Deregulierungskommission der Bundesregierung seit Ende der achtziger Jahre hausieren geht, mausern sich inzwischen zu entschiedenen Handlungsstrategien. Das gesamte Spektrum der Arbeitsvermittlung soll kommerzialisiert werden. Es wird nach geeigneten Bruchpunkten gesucht, um das kollektive Tarifvertragssystem aus den Angeln zu heben. Die Option zur Privatisierung des gesamten Sozialtransfers im Sinn einer Einbindung in die private Kreditwirtschaft gewinnt deutlich an Boden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die neuerlichen Initiativen zur Überschreitung der gerade beschlossenen „föderalen Konsolidierung" (Solidarpakt) durch die weitere Demontage der Sozialleistungen als die nächste taktische Etappe in die Richtung einer noch nie dagewesenen arbeits- und sozialpolitischen Destabilisierung: stufenweise Einschränkung der Parkplätze der Unterbeschäftigung

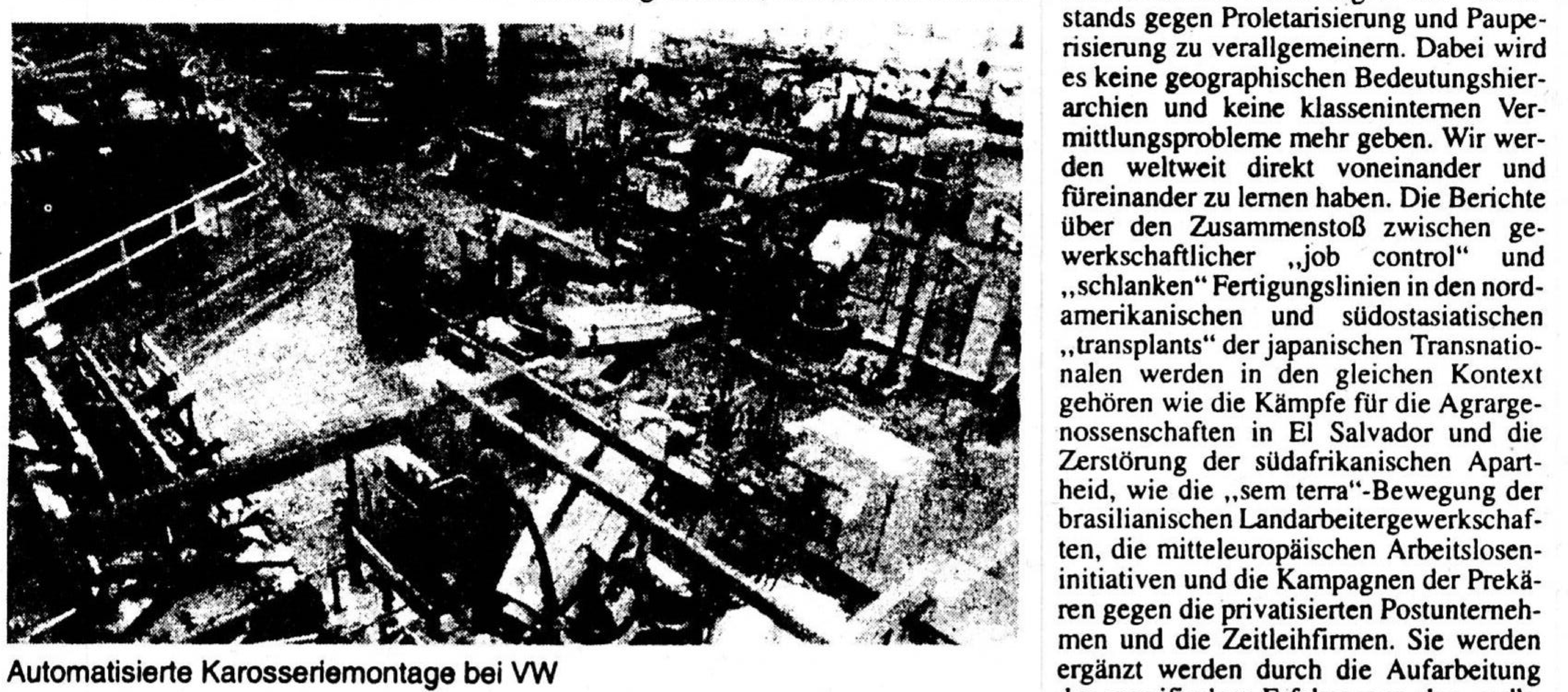
(ABM, Fortbildung und Umschulung), Kontraktion des Gesundheitswesens, Einschränkung der Lohnersatzleistungen für Arbeitslose, Kranke und Invalide auf allen Ebenen, Demontage der Sozialhilferichtsätze. Die Regierung ist gewillt, noch in diesem Jahr vom überwiegenden deficit spending zugunsten der arbeitsmarktpolitischen Brückenfunktionen in der Ex-DDR zur direkten Umverteilung der lohnabhängigen Einkommen überzugehen. Insgesamt schließen die beschleunigten Etappenschritte des Sozialabbaus immer deutlicher zu einem strategischen Szenario auf, das nun die gesamte bundesdeutsche Sozialverfassung weitgehend „entschlackt" und im „Standort Deutschland" selbst abgestufte Lohnskalen bereithält, die das bisherige soziale Existenzminimum in Ost und West gleichermaßen auflösen. Dem arbeitspolitischen Wildwest der toyotisierten Ausbeutungspyramide soll durch die völlige Öffnung der Arbeitsmarktstrukturen und die weitgehende Austrocknung der Sozialtransfers ein Wertschöpfungsmodell zur Verfügung gestellt werden, in dem schließlich mehr als zwei Drittel des Sozialprodukts auf prekäre Ausbeutungsverhältnisse zurückgehen.

3. Der Anpassungskurs der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Grünen

Unter Berufung auf ihre Partizipationsmodelle der achtziger Jahre („Humanisierung der Arbeit") sind die Gewerkschaften dazu übergegangen, sich den Unternehmensleitungen und Wirtschaftsverbänden als „Intermediär" für den neuen betriebsgemeinschaftlichen Toyotismus anzudienen. Sie verweisen darauf, daß sie für den propagierten produktivistischen Konsens zwischen Belegschaften und Management unverzichtbar seien, denn nur ihre Einschaltung in die neuen betrieblichen wie überbetrieblichen Kooperationsbeziehungen garantiere auch weiterhin den von ihnen bis jetzt behüteten sozialen Frieden. Gleichzeitig versuchen sie, dieses Modell einer „gemäßigten" Toyotisierung auf EG-Ebene durch die Institutionalisierung von Europa-Betriebsräten und europäischen Partizipationsgremien abzusichern. (...) Inzwischen liegen die politischen Ersatzoptionen ausgearbeitet vor. Da sich die „Intermediär"-Konzeption zur Befriedung der kommenden Stammarbeiterminderheit schon jetzt als illusionär erwiesen hat, rücken die nachgeordneten prekären zur Re-Regulierung des entfesselten Kapitalismus durch — Zwangsarbeit. Wenn nicht alles trügt und wenn die Linke sich diesem Phänomen nicht schleunigst zuwendet, werden wir in Bälde nur noch zwischen Teufel und Beelzebub zu wählen haben. Die konservativen Eliten des Staubeckens Deutschland proben unter dem Druck der Wirtschaftskapitäne und des internationalen Finanzkapitals den freien Fall von Arbeitsmärkten und Sozialtransfers mit allgemeiner Prekarisierung, Massenverarmung und Gettoisierung. Der ehrbare Ex-Reformismus kämpft um sein institutionelles Überleben, indem er alternativ dazu Subsysteme der Zwangslenkung und abgestufter Zwangsarbeitsverhältnisse andient.

Möglichkeiten und Grenzen einer erneuerten sozialistischen Klassenorientierung

Aus den Perspektiven des offensichtlich irreversibel werdenden Strukturbruchs lassen sich optimistische Erwartungen wahrlich nicht ableiten. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die bundesdeutschen Verhältnisse, denn hier vollziehen sich



Automatisierte Karosseriemontage bei VW

ausgehend vom DDR-Anschluß in extremer zeitlicher Verdichtung gesellschaftliche Umwälzungen, die sich in der übrigen kapitalistischen Welt seit Anfang der achtziger Jahre weitaus stetiger entwickelten. Der von den „neuen Bundesländern" ausgehende dramatische Pauperisierungsprozeß führt mehr und mehr zu gewalttätigen Protestformen, die sich überwiegend

patorische sozialistische Politik. Erst aus der klassenanalytischen Klärung der ihr zugrundeliegenden Mechanismen lassen sich Ansatzpunkte zu einer Alternative von sozialer Befreiung gewinnen, und unter dieser Voraussetzung kann es dann sehr wohl geschehen, daß sich aus der „großen Furcht" vor Rassismus und Zwangsarbeit sozialrevolutionäre Antworten formieren, die angesichts der aktuellen Verhältnisse zunächst illusorisch oder zumindest utopisch wirken müssen. In diesem Sinn sollten auch wir bereit sein, das scheinbar undenkbar Gewordene neu zu durchdenken und von den sich abzeichnenden Strukturen der postfordistisch geöffneten neuen Klassengesellschaft auszugehen. Wenn wir uns auf diese Vorbedingungen verständigen, dann sehe ich in den aktuellen Umbrüchen auch neue Chancen und Möglichkeiten für eine vorwärtsgewandte sozialistische Politik.

Den ersten Pluspunkt sehe ich darin, daß wir Linke im Gegensatz zu den sechziger und siebziger Jahren seit einiger Zeit von den sozialen Umschichtungen direkt betroffen sind. Die Älteren unter uns können sich noch sehr gut an die Konflikte erinnern, die früher die politische Entscheidung auslöste, sich aus der Umwelt der „educated society" zu verabschieden und „in die Arbeiterklasse zu gehen". Diese Problematik ist heute obsolet. Der größte Teil der Linken ist inzwischen selbst prekär, an flexibilisierte Arbeitsverhältnisse gefesselt oder freiwillig-unfreiwillig in das Lager der selbständigen ArbeiterInnen übergewechselt. Wie Umfragen zeigen, hat sich diese Entwicklung den Differenzierungen entsteht im Übergang zum 21. Jahrhundert eine weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur „nationalen" Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen. Auch wird es zwischen der globalen Zirkulation von Klassenkampferfahrungen und der sich abzeichnenden Unterwerfung der Relikte der sozialpartnerschaftlichen Arbeiterbewegungen unter die Angebotstheorie tendenziell keinerlei Vermittlungen mehr geben. So wie die soziale Befreiung als Alternative zum globalisierten Postfordismus nur noch international gedacht und praktiziert werden kann, so wird sie auch nicht mehr durch den quälenden Ziel-Mittel-Konflikt um Reform oder Revolution zu deformieren sein. Als radikalisiertes soziales Herrschaftsverhältnis geht das toyotisierte Weltsystem mit seiner Negation schwanger. Eine sich international erneuernde Linke sollte die daraus erwachsende Chance wahrnehmen und ein weltweites Informationsnetz aufbauen, um die sich auf allen Ebenen der horizontalen und vertikalen Ausbeutungskette herauskristallisierenden Erfahrungen des Widerstands gegen Proletarisierung und Pauperisierung zu verallgemeinern. Dabei wird es keine geographischen Bedeutungshierarchien und keine klasseninternen Vermittlungsprobleme mehr geben. Wir werden weltweit direkt voneinander und füreinander zu lernen haben. Die Berichte über den Zusammenstoß zwischen gewerkschaftlicher „job control" und „schlanken" Fertigungslinien in den nordamerikanischen und südostasiatischen „transplants" der japanischen Transnationalen werden in den gleichen Kontext gehören wie die Kämpfe für die Agrargenossenschaften in El Salvador und die Zerstörung der südafrikanischen Apartheid, wie die „sem terra"-Bewegung der brasilianischen Landarbeitergewerkschaften, die mitteleuropäischen Arbeitsloseninitiativen und die Kampagnen der Prekären gegen die privatisierten Postunternehmen und die Zeitleihfirmen. Sie werden ergänzt werden durch die Aufarbeitung der spezifischen Erfahrungen der „selbständigen Arbeiter" Osteuropas im Kampf gegen sub contract-Systeme, Siebentagewoche und Verarmung, die die bisherigen Debatten um den „lavoro autonomo" in ungeahnte Dimensionen ausweiten. Voraussetzung ist allerdings die jeweilige lokale bzw. regionale Bündelung aller Aktivitäten des neuen Proletariats, um die grundsätzlich gleiche und nur quantitativ me"-Ketten ganzer Gruppen von Konzernkonglomeraten lahmlegen. Sie würden dabei zugleich einen enormen Beitrag zum Kampf gegen die Umweltzerstörung leisten.

Zweifellos steht und fällt dieser Vorschlag mit der Frage, ob sich für die zersplitterten Teilarbeitsmärkte tatsächlich Kampfformen definieren lassen, die im Fall ihrer Anwendung eine breite Kollektivierung von proletarisierten Verhaltens- und Lebensweisen zur Folge haben. Ich glaube, daß es solche Möglichkeiten gibt, vorausgesetzt die Proletarischen Zirkel verstehen sich als basisdemokratisch verfaßte und ausbaufähige Einrichtungen, in denen soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Interessen eine Einheit darstellen. Im Interesse dieser Einheit wäre zunächst die soziale und kulturelle Isolierung des neuen Proletariats durch die zur zweiten Wirklichkeit transformierten Massenmedien des toyotisierten Kapitalismus zu durchbrechen: Aufbau eigener Informationssysteme, die eine entkommerzialisierte und ihrer sozial isolierenden Strukturen entledigte Kultur mit Nachrichten über die kleinen Sozialkämpfe des Alltags verbinden. Zweitens müßte mit wirtschaftlichen Kampfformen experimentiert werden, die eine radikale Negation des ohnehin dem Untergang geweihten zentralistisch-einheitsgewerkschaftlichen collective bargaining darstellen: lokale Kämpfe um Einkommen und Arbeitsbedingungen „on the job", die die segmentierten Teilarbeitsmärkte wieder von unten her miteinander verbinden. Politisch wäre diese neue Basismilitanz dann auch in der Lage, den Kahlschlag des Sozialleistungstransfers zu stoppen und gegen die rassistische Radikalisierung des staatlichen Gewalt- und Selektionsmonopols genauso wie gegen die Etablierung von zweiten und dritten Zwangsarbeitsmärkten vorzugehen.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von Rekollektivierung spreche, dann meine ich nicht die politisch-zentralistischen Autoritätsstrukturen der untergegangenen Arbeiterbewegung. Vielmehr müssen Formen der Selbstorganisation gefunden werden, die auch im Fall ihres Erfolgs basisdemokratisch, dezentralisiert und internationalistisch bleiben. Der neue Subjektivismus des deregulierten Proletariats sollte mit all seinen multiethnischen Strukturen, seinen vielschichtigen Qualifikationen und seinem Insistieren auf autoritätsfreie zwischenmenschliche Beziehungen als kardinaler Bezugspunkt sozialistisch-proletarischer Identitätsfindung anerkannt werden. Er sollte eine



Arbeitsmärkte des Toyotismus immer mehr in das Blickfeld der gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen Strategen. Sie votieren dafür, das segmentierte Hauptfeld der neu heraufziehenden Proletarität unter ihre politische Auftragsverwaltung zu nehmen. Die erste programmatische Umorientierung wurde Anfang der 90er Jahre im Umfeld der Gewerkschaft ÖTV hoffähig („Die Zukunft der öffentlichen Dienste"), ihre vorläufige Synthese ist im neuesten Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung nachzulesen. Danach soll die „Brückenfunktion" der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus der Ex-DDR repatriiert werden, um ausgehend von ihren Strukturen einen gesamtdeutschen „zweiten Arbeitsmarkt" zu etablieren. In ihm sollen bis Ende der neunziger Jahre insgesamt fünf Millionen Menschen in infrastrukturorientierten ABM- und Fortbildungsgesellschaften geparkt und unter den Voraussetzungen eines deutlichen Lohnunterschieds als industrielle Reservearmee des „ersten" Hochlohn- und Stammarbeitermarkts zur Verfügung gehalten werden. Darunter soll ein weiterer, nämlich ein „dritter Arbeitsmarkt" aufgezogen werden, der unter Zusammenfassung der bisherigen Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe usw. die Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Anbrüchigen in einen „Öko-Sozial-Kulturellen Dienst" (ÖSK-Dienst) einbringt. Nur wer die dort angebotenen Arbeiten verrichtet, soll einer aus Steuerumverteilungen gespeisten „Grundsicherung" teilhaftig werden. Der damit verbundene Einkommensanspruch soll wiederum „angemessen" unter den Durchschnittsbezügen der ABM- und UmschulungsarbeiterInnen liegen. Die Hauptaufgabe des dritten Arbeitsmarkts wird darin gesehen, die soziale Destabilisierung des Gesamtsystems zu verhindern und die notorischen Arbeitsverweigerer zur Räson zu bringen. Während die Vordenker des ruinierten und sich selbst zerstörenden Reformismus an eine effizient administrierte Ausweitung der Verwaltung prekärer Arbeitsverhältnisse — und damit an einkommenssichere Nischenfunktionen für sich selbst — denken, halten sie für das Proletariat des heraufziehenden Postfordismus neuartige Gewaltmechanismen bereit, die so neuartig nicht sind, wenn wir in die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückblicken und die Versuche zur Regulierung von Massenarbeitslosigkeit und Pauperisierung während der Depression der dreißiger Jahre Revue passieren lassen. Ausgerechnet aus dem gewerkschaftlich-sozialdemokratisch-grünen Spektrum kommen Initiativen innerhalb der zerklüfteten neuen Massenverarmung entladen. Eine neue rassistische Jugendbewegung hat sich etabliert, die auf den Konsens mit dem regierungsoffiziellen Rassismus zielt und innerhalb der pauperisierten Gettos die Ellbogenmoral der postfordistischen Gesellschaft gewalttätig zu reproduzieren beginnt. Das Bündnis zwischen Baseballschläger und Staatssekretärssuite hat inzwischen gefährliche Ventile geöffnet, um den Verlust an sozialer Sicherheit und Zukunftsperspektive auf Kosten der neuesten Migrationswellen und der nach wie vor ausgegrenzten ausländischen Bevölkerung zu kompensieren. Angesichts dieser bis vor kurzem noch für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit — also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig „nach noch weiter unten tretenden" Segmente — als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die „soziale Frage" ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut. Das Syndrom des subproletarischen Rassismus kann nur überwunden werden, wenn wir die zweifellos notwendigen Aktivitäten zum Schutz seiner Aggressionsobjekte mit strategisch-politischen Initiativen verbinden, die ausgehend von allen Segmenten des neuen Proletariats glaubwürdige Perspektiven einer sozialrevolutionären Klassenpolitik aufzeigen. Tun wir dies nicht, dann überlassen wir sehenden Auges die soziale Frage der „Re-Regulierung" durch die Neofaschisten und die Ministerialbürokratie, die im Interesse der rassistischen Verschleierung des gesellschaftlichen Proletarisierungsprozesses immer größere Teile des staatlichen „Gewaltmonopols" an rechtsextreme Herrschaftsgrenzträger zu delegieren beginnt.

Es sind vor allem diese neuen rassistischen Überlagerungen des proletarischen Konstitutionsprozesses, die uns, den marginalisierten oder durch den Untergang des verstaatlichten Sozialismus diskreditierten Linken, Angst machen. Furchterregend ist aber auch die parallel dazu zu beobachtende Selbstzerstörung der institutionalisierten Arbeiterbewegung und ihr Zugriff auf die subalterne Strukturierung von Zwangsarbeitsverhältnissen. Angst aber ist keine Voraussetzung für emanzi- seit Anfang der 90er Jahre in Westdeutschland weiter verstärkt, während sie im Gefolge der politischen Säuberungen in Ostdeutschland fast die gesamten Funktionseliten der DDR betrifft. Die Kluft zwischen subjektiver Klassenlage und sozialistischem Anspruch hat sich im Sog der allgemeinen Reproletarisierung weitgehend aufgelöst. Sozialistische Politik kann, wenn wir uns selbst nicht länger von den Voraussetzungen und Trends der aktuellen Klassenentwicklung ausklammern, zunehmend unmittelbar als proletarische Politik durchbuchstabiert werden.

Als zweiten — wenn auch besonders paradox wirkenden — Pluspunkt möchte ich die Tatsache verbuchen, daß inzwischen alle bewaffneten wie unbewaffneten Varianten und Ansatzpunkte von sozialistischer, kommunistischer, sozialrevolutionärer oder anarchistischer Politik gescheitert sind. Gerade die neue Linke der BRD hatte sich im Verlauf der siebziger Jahre durch fraktionelle Auseinandersetzungen zunehmend paralysiert. Hinzugekommen ist inzwischen der Untergang des verstaatlichten Sozialismus, aber auch die sich rapid beschleunigende Selbstzerstörung des institutionalisierten Arbeiterreformismus. Legen wir als Minimalkonsens für eine linke Reorganisationsdebatte die Analyse der aktuellen Klassenpolarisierung und die grundsätzliche Ablehnung von Ausbeutungsverhältnissen mitsamt ihren sozialrassistischen Projektionsfeldern zugrunde, so können wir uns folglich unbefangen auf einen breiten Diskurs über die Frage, was im Übergang zum 21. Jahrhundert zu tun sei, verständigen. A priori verbiet es sich jedenfalls, irgend jemanden wegen seiner/ihrer vergangenen Orientierung innerhalb des linken Spektrums auszugrenzen. Immer unter der Voraussetzung, daß sie ihre eigene Subjektivität auf das neu eröffnete Terrain der „sozialen Frage" beziehen, können Sozialrevolutionäre, Autonome, Sozialisten, Kommunisten und linke Gewerkschaftler wieder miteinander ins Gespräch kommen. Die Tatsache, daß Phönix, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht aus den Ruinen linker Vergangenheiten und Staatssozialismen wiederauferstehen wird, sollte die Bemühung um einen offenen, vorurteilslosen und basisdemokratisch gesicherten Neuanfang wert sein.

Der möglicherweise wichtigste Pluspunkt für einen sozialistischen Neuanfang besteht schließlich darin, daß das von mir vorgeschlagene Wieder-Gemein-Werden mit der Proletarität tendenziell in einem zunehmend globalisierten Kontext stattfindet. Bei allen auch weiter fortwirken- unterschiedliche Segmentation der deregulierten Arbeitsmärkte für „Stammarbeiter", Prekäre, selbständige Arbeiter und Arbeitslose zu durchbrechen. In ihnen ließen sich sodann die spezifischen Instrumente der lokalen Gegeninformation unmittelbar mit dem internationalen Erfahrungsaustausch kombinieren. Das Ergebnis wären Kerne einer erneuerten proletarischen Gegenkultur, die im Fall Deutschland in kürzester Frist einen sozial fundierten Antirassismus konsolidieren könnten, indem sie an einem exemplarisch ausgewählten „sozialen Brennpunkt" alle Segmente des neuen Proletariats in militante Kampagnen für verbesserte Einkommen und Arbeitsbedingungen einbeziehen und auf diese Weise den nach innen und unten durchgeschlagenen Sozialrassismus des „Standorts Deutschland" beispielgebend in eine Kultur der vaterlandslosen proletarischen Egalität auflösen.

Ausgehend von diesen drei Grundannahmen votiere ich für die Gründung von lokalen bzw. regionalen *Proletarischen Zirkeln*. Sie sind als Orte des Informationsaustauschs und der Koordination zu verstehen, um auf der Grundlage eines basisdemokratisch verfaßten Delegiertensystems zur Reaktivierung von Arbeitsloseninitiativen, Jobberbewegungen, Flüchtlingsarbeitskreisen und linksgewerkschaftlichen Betriebsgruppen in den oberen Bereichen der Arbeitsmarktpyramide beizutragen. Sobald sich erste Tendenzen zur Stabilisierung regionaler Aktivitäten „from the bottom up" abzeichnen, sollten die Proletarischen Zirkel dazu übergehen, die besonderen Bedingungen der lokalen Ausbeutungspyramide zu untersuchen und die wichtigsten Schnittstellen zur Konsolidierung einer multiethnischen proletarischen Gegenkultur aufzeigen. Von hier aus könnten dann erste Initiativen zur Ausweitung und Internationalisierung der Aktionsfelder gestartet werden. Hierher gehören schon in einem sehr frühen Stadium Bemühungen um die Homogenisierung des Widerstands der Belegschaften der transnationalen Konzernkonglomerate, aber auch Anstrengungen zur Unterminierung der Niedriglohnketten durch international koordinierte Kämpfe um höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen. In allen Fällen werden dabei die „selbständigen Arbeiter" eine besondere Rolle spielen, weil sie auf allen Ebenen der toyotisierten Arbeitsmarktpyramide aktiv sind und in allen Weltregionen zirkulieren. Beispielsweise könnten die überwiegend „selbständigen" LKW-Transportarbeiter mit gezielten punktuellen Streikaktionen innerhalb kürzester Zeit die „just-in-ti- authentische und attraktive Alternative zum hyperegoistischen Karrierismus des postfordistischen Ellbogenmenschen darstellen, der die elementaren Voraussetzungen der conditio humana verhöhnt. Organisatorische Kollektivierungsformen wären nur insoweit anzustreben, als dies unabdingbar erscheint, um die fortschreitende Subsumtion des vor allem bei den prekären und selbständigen Arbeitern konsolidierten selbstbestimmten Lebensprofils unter den deregulierten Kapitalismus rückgängig zu machen und die dramatisch voranschreitende Verarmung zu stoppen. Die zentrale Ausbeutungsfalle des Postfordismus, die sich die neue Subjektivität aneignet, indem sie sie sozial atomisiert und zunehmend aus dem Lohnverhältnis entläßt, muß zerstört werden. Zu diesem Zweck sollten Konfliktstrategien entwickelt werden, die Lernprozesse zu selbstbestimmter Subjektivität sozialisieren: kreative Kampfformen von kurzer Dauer, auf rasch wechselnden Terrains und mit kurzen Vertragszeiten eines jederzeit wieder aufkündbaren Status quo. Der neuen Mobilität des Kapitals und der neuen Vielfalt seiner Ausbeutungsmechanismen müssen hochmobile, dezentrale, basisdemokratische und kreative Kampfmethoden entgegengesetzt werden: von der militanten Ausmarchung (Ausgrenzung, Anm. ak) einer Zeitleihfirma durch kurzfristig assoziierte Jobbergruppen über klug miteinander kombinierte Miet- und Häuserkämpfe bis hin zu den vielfältigen Sabotagestrukturen an den computerisierten Arbeitsplätzen. In einem reiferen Entwicklungsstadium der Internationalen Proletarischen Zirkel sollten wir dann auch versuchen, dem kapitalistischen Weltsystem eine globale sozialistische Perspektive entgegenzusetzen. Thinking the unthinkable heißt auch, schon jetzt und heute über das Erbe von Karl Marx, Rosa Luxemburg und Michal Kalecki hinaus weiterzudenken.

Die Toyotisierung der Weltgesellschaft läuft und wird uns nicht verschonen. Sie setzt eine globale Reproletarisierung der Arbeitsbeziehungen auf die Tagesordnung. Wir sollten uns als Linke auf das daraus hervorgehende neue Klassensubjekt beziehen und unsere Erfahrungen einbringen, ohne es hegemonisieren zu wollen. Statt uns weiter in engstirnigen Teilaktivitäten zu erschöpfen oder uns gegenseitig mit unseren Angstprojektionen lahmzulegen, sollten wir die Chancen des neuen Klassenverhältnisses nutzen und uns an der Profilierung kreativer Experimentierfelder für sozialistisch-egalitäre Praxis beteiligen.

"in der notwendigkeit des antagonismus, in den wir uns, unsere politik kämpfend stellen, also seine gewalt und ihren komplexen zwang für den einzelnen, ist freiheit, befreiung möglich." (andreas baader, gefangener aus der raf, stammheim, jan.76)

wir haben in den vergangenen jahren versucht, mit militanten aktionen unterschiedlichster art politisch zu intervenieren, und wollen das weiter tun.
wir halten es jetzt (5.9.1993) für den richtigen zeitpunkt, uns wieder grundsätzlich zu fragen militanter politik in der brd zu äußern, nachdem wir dies im letzten jahr mit den erklärungen vom 22.4./22.5.1992 getan haben.
die entwicklung in der brd nach rechts hängt auch damit zusammen, daß diejenigen, die sich als linksradikal begreifen, im allgemeinen wenig wert darauf legen, sich über ihren politischen anspruch im klaren zu sein. ein ausdruck davon ist u.a. die geringe anzahl an relevanten publikationen/zeitschriften, wie z.b. der interim, in denen einigermaßen kontinuierlich über systemantagonistische politik berichtet und diskutiert werden kann. auch dadurch reproduziert die linke ihr ghettodasein.
für die herrschenden medien sind aktionen/erklärungen aus dem militanten widerstand entweder als krimimaterial vermarktbar oder nicht zu gebrauchen. was das bedeutet, haben wir in der vergangenheit z.b. an der berichterstattung über unseren angriff auf das "rechtshaus" in hamburg (21.11.1992) gesehen: die sensationsmedien haben ihrem publikum details zum "sachschaden von 1,8 millionen dm" und von den "ermittlungen gegen eine eigenständige terroristische vereinigung" erzählt, und sonst nichts.

wir verstehen unsere erklärung jetzt auch als beitrag zu dem diskussionsprozeß, in dem alle "erstmal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt, und warum", wie es brigitte mohnhaupt (gefangene aus der raf) ausgedrückt hat. hoffentlich wird diese diskussion in zukunft mehr von einem solidarisch-kritischen verhältnis zwischen allen, die sich für die weiterentwicklung militanter politik in der brd verantwortlich fühlen, geprägt sein, als das bisher der fall war.
wir begreifen uns als militante autonome. "autonomos" bedeutet, wörtlich übersetzt, "nach eigenen gesetzen lebend". uns ist klar, daß wir diesem anspruch nicht einmal ansatzweise genügen können.
wenn wir uns als kommunist(inn)en bezeichnen, dann müssen wir sofort sagen, was wir damit meinen, weil der begriff des kommunismus durch die realität in den "realsozialistischen staaten" und die politik einer reihe von sich "kommunistisch" nennenden gruppen (zu recht) in verruf gebracht wurde/wird. "der kommunismus ist für uns nicht ein zustand, der hergestellt werden soll, ein ideal, wonach die wirklichkeit sich zu richten haben wird. wir nennen kommunismus die wirkliche bewegung, welche den jetzigen zustand aufhebt. die bedingungen dieser bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden voraussetzung."(marx,1845). in den stalinistischen systemen dagegen war der "marxismus" lediglich die legitimationsideologie für die herrschaft einer parteiclique, also ein instrument der unterdrückung. es wäre andererseits aber auch unhistorisch und falsch, unerwähnt zu lassen, daß es kommunist(inn)en waren, die von paris (1871) über petrograd (1917) bis peking (1968) dafür gekämpft haben, daß eine gesellschaft entsteht, in der die ausbeutung des menschen durch den menschen beendet wird. diese historischen versuche haben in niederlagen geendet. nach dem scheitern der pariser kommune hat auch der ansatz von 1917 nicht weitergeführt. "in rußland konnte das problem nur gestellt werden. es konnte nicht in rußland gelöst werden." (rosa luxemburg, 1919). der versuch von chinesischen kommunist(inn)en ende der 60er jahre ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie gegen die "kommunistische" regierung militant versuchten, die etablierten strukturen anzugreifen. für sie war einfach klar, daß der kommunistische kampf permanent ist. dem "großen vorsitzenden" ging das alles viel zu weit.

"das ziel ist der kampf. der kampf, der kampf erzeugt - und das geht nie gegeneinander, das geht nur zusammen... zusammen ist die aufhebung der konkurrenz und aller zwänge und ansprüche, die daran hängen. zusammen - würd ich schon sagen - ist die keimform des kommunismus, des unmittelbaren verkehrs der produzenten, worin das geld negiert ist. es ist weg, und neue verkehrsformen treten an seine stelle - die sind aber nur im kampf, im krieg gegen den imperialismus zu entwickeln." (ulrike meinhof, gefangene aus der raf, märz 76)

jede analyse einer konkreten situation kommt dann auf die füße, wenn die ausbeutungsverhältnisse begriffen werden. es ist dagegen wenig hilfreich, wenn die genoss(inn)en aus der raf von "den menschen" sprechen und sie "dem staat" gegenüberstellen. in der diskussion der linken hat sich in den letzten jahren die erkenntnis durchgesetzt, daß von einer "triple oppression" gesprochen werden muß, d.h. die gegenwärtige realität ist gekennzeichnet durch patriarchale, rassistische und kapitalistische unterdrückungs- und ausbeutungsverhältnisse. die gesellschaft ist von diesen widersprüchen durchzogen. die politik des staates (als überbau begriffen) zielt ab auf die aufrechterhaltung des herrschenden systems, ist also eine funktion der herrschaft von patriarchat, rassismus und kapitalismus. wenn wir von imperialismus im weiteren sinne sprechen, meinen wir damit die überlagerung/verflechtung dieser 3 herrschaftsverhältnisse. illusionen über die "tiefste krise des zusammenbrechenden kapitalistischen systems" (raf, 6.7.93) bewegen hier nichts. bei realistischer betrachtung der situation in der brd muß vielmehr festgestellt werden: "die politischen möglichkeiten des imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen variante erschöpft, seine fähigkeit, die von ihm erzeugten widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am ende." (konzept stadtguerilla, raf, 1971).
wir stimmen den genoss(inn)en aus der raf zu, wenn sie die "scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch" (raf, 30.3.93) kritisieren. uns ist wichtig, daß die aufbrechenden sozialen widersprüche weder in ihrer brisanz noch in ihrer gesellschaftlichen begrenztheit unterschätzt werden. am beispiel des arbeitskampfs von bischofferode wird einerseits deutlich, daß es sich um einen ökonomistischen konflikt handelt, andererseits steckt in der verteidigung der arbeitsplätze gegen die kapitallogik eine erhebliche brisanz. revolutionäre politik muß darauf abzielen, selbstorganisierungsprozesse zu fördern; angesichts der ökonomischen schwierigkeiten und der

korruptheit der gewerkschaftsbonzen scheint uns antikapitalistische politik ein bereich zu sein, der in den letzten jahren von der revolutionären linken viel zu wenig beachtet worden ist. es tat uns weh zu sehen, wie in der vorbereitung zum 1.mai richtige ansätze in dieser diskussion unter die räder kamen, als der konflikt mit den held(inn)en von der folklorefront (gonzalo-t-shirts + mao-luftballons) begann alles zu überlagern.
michael dietiker, ali jansen und bernhard rosenkötter (gefangene aus dem antiimperialistischen widerstand) sprechen in ihrem wichtigen text vom juli 1992 von der "notwendigkeit, im kampf einen sozialen sinn zu entwickeln, der diese transzendiert."
wenn wir sagen, daß der soziale aneignungsprozeß im antiimperialistischen kampf real wird, vernachlässigen wir dabei nicht die unterschiedlichkeit der menschen, die von ihrer subjektiven unterdrückung ausgehen und sich dagegen wehren. wir sind aber davon überzeugt, daß sich soziale gegenmacht von unten nur wird durchsetzen können, wenn zusammen gekämpft wird.

"wenn wir von befreiungskampf sprechen, meinen wir den kampf gegen alle diese 3 arten von unterdrückung. wir sprechen nicht von 3 verschiedenen stadien oder 3 verschiedenen kämpfen; nein, wir sprechen von einem einzigen kampf! ich sagte bereits, daß freiheit unteilbar ist. du kannst dich nicht frei nennen, solange noch die eine oder die andere dieser unterdrückungsformen weiterbesteht." (neville alexander)

wenn wir von imperialismus im engeren sinne sprechen, verstehen wir darunter die ausbeutung der mehrheit der menschen im trikont aufgrund der imperialistischen internationalen arbeitsteilung. als ergebnis der 500 jahre kolonisierung/ausbeutung ist die situation für die mehrheit der menschen im trikont im vergleich zu der der mehrheit der menschen in den metropolen so fundamental verschieden, daß die neubestimmung revolutionärer politik hier zur farce werden muß, wenn das nicht berücksichtigt wird. diejenigen, die hier in der brd widerstand leisten, müssen sich völlig darüber im klaren sein, daß die mehrheit der brd-gesellschaft von der imperialistischen arbeitsteilung profitiert und sich dessen auch mehr oder weniger bewußt ist. wenn die raf die realität hier am 30.3.93 mit "24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz" sowie "leben, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt" beschreibt, trifft das die realität der mehrheit(!) der menschen hier nicht. die meisten menschen in der brd haben vieles, v.a. materielle dinge, an dem sie freude haben und das sie verteidigen werden. dies ist für das funktionieren des systems in den metropolen von zentraler bedeutung. und es geht sogar noch weiter: das system in den imperialistischen zentralen "kann es sich leisten, soziologisch und ideologisch räume für formen der selbstverwaltung freizugeben (die allerdings von jeder entscheidung in grundsatzfragen ausgeschlossen bleiben). räume für die meinungsäußerung und das abreagieren, die bis ins unendliche besetzt werden können", wie es ein kommunistischer militanter in frankreich mal ausgedrückt hat. die radikalität und schärfe, mit der der antiimperialistische kampf hier in der brd zu intervenieren hätte, müßte sich ganz wesentlich aus dem widerspruch trikont - imperialistische zentralen bestimmen.

insbesondere in den metropolen gibt es keinen quasi-automatischen zusammenhang zwischen dem bestehen von unterdrückungs-/ausbeutungsverhältnissen (kapitalismus, patriarchat,...) und der existenz revolutionärer bewegungen. auch hier in der brd führen v.a. subjektive prozesse zum bruch mit dem system. jan-carl raspe (gefangener aus der raf) hat 1974 in seinem fragment zur vertikalen klassenanalyse, die situation im metropolitanen kapitalismus betreffend, erkannt, "daß die spaltung nicht quer durch das volk verläuft, sondern innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen klassen - sozusagen vertikal." das, was für den widerstand gegen kapitalismus/rassismus/patriarchat in jedem land gilt, gilt erst recht im internationalen zusammenhang: widerstand funktioniert nur als zusammen kämpfen. die französische feministin francoise d'eaubonne hat im oktober 76, den widerstand gegen das patriarchat in den metropolen betreffend, festgestellt:

"es besteht die dringende erfordernis - ganz besonders für die frauen - , sich als teilhaber der 'gegengewalt' zu begreifen, die für das weltproletariat (und nicht für das 'lokale') notwendig ist, ohne jedoch etwas von ihren spezifischen strukturen des antipatriarchalen kampfes aufzugeben; ganz im gegenteil."

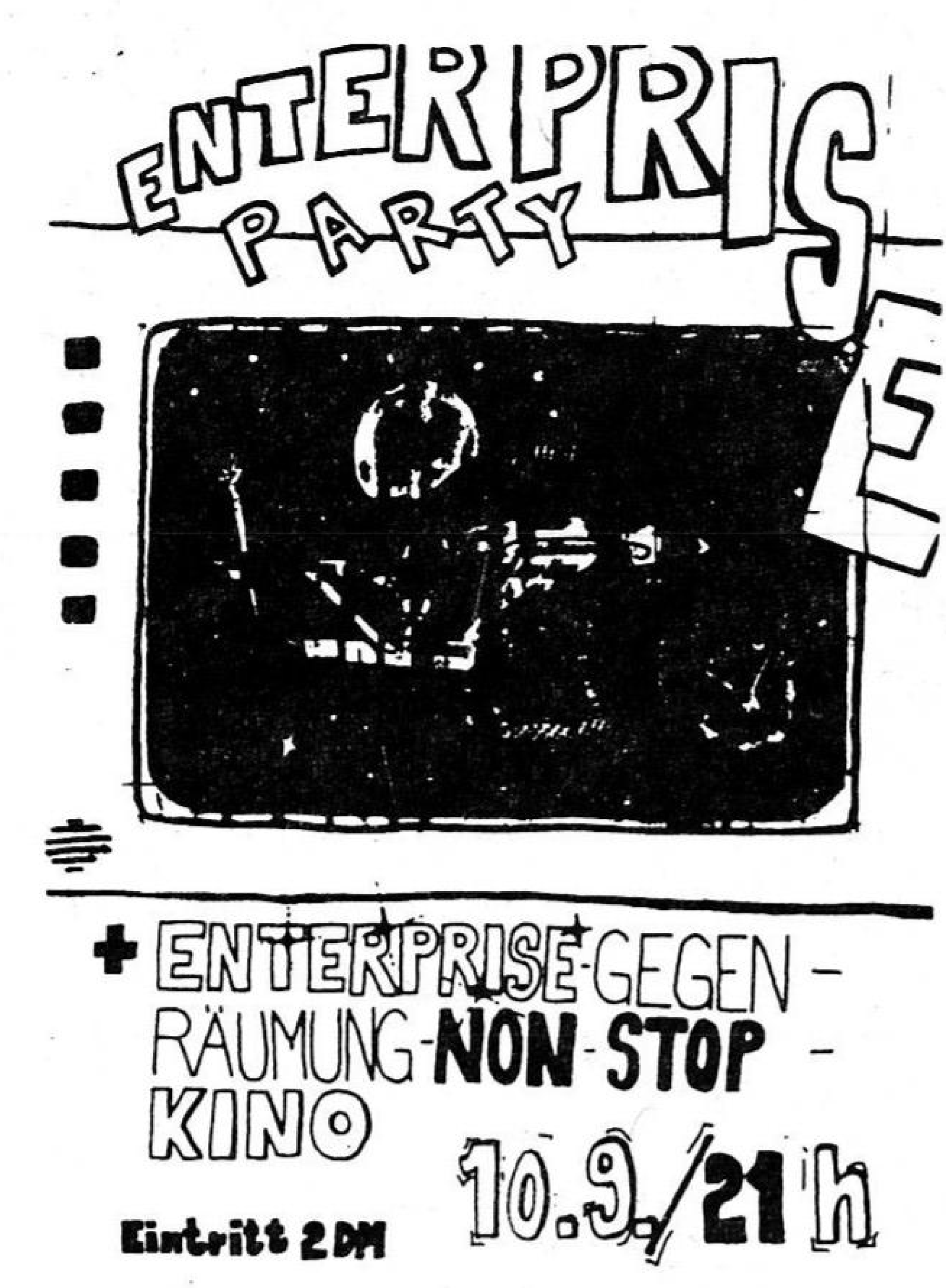
wir wollen jetzt was sagen zu unseren erklärungen vom 22.4.92/22.5.92: für uns wurde im laufe des jahres 91 klar, daß eine einfache fortsetzung unserer bisherigen politik als militante autonome politisch nicht mehr viel bringt. wir waren ziemlich ratlos, so wie viele andere auch, und haben angefangen, grundsätzlich über militante politik in der brd nachzudenken. was uns besonders beschäftigt hat, war die tatsache, daß selbst der angriff auf rohwedder durch die guerilla politisch kaum etwas weitergebracht hatte. wir fanden die aktion legitim und in der erklärung dazu kam (zum ersten mal seit jahren wieder) zum ausdruck, daß sich die guerilla um ein verständnis der situation der unterschiedlichsten menschen hier bemüht (räumung der mainzer str., veränderungen in der ex-ddr etc.). andererseits war auch diese erklärung keine "konkrete analyse der konkreten situation" (lenin). wir haben uns dann ausführlich mit verschiedensten texten von bewaffneten/militanten gruppen auseinandergesetzt.
dabei haben wir festgestellt, daß insbesondere die längeren texte aus der anfangszeit der raf auch heute noch für die militante linke gebrauchswert haben. auch durch die beschäftigung mit texten der gefangenen aus pce(r)/grapo wurde uns klarer, daß wir noch viel genauer überlegen müssen, wenn hier in der brd militante kommunistische politik entwickelt werden soll.
als die raf dann ihren schritt vom 10.4. machte, fanden wir das als ihre eigene entscheidung nicht falsch. die politische wirkung war trotzdem eine katastrophe: ihre erklärung konnte nur als ein deeskalationsangebot an den staat als reaktion auf das angesehen werden, was in den medien als "kinkel-initiative" rumgeisterte. anstatt den schwerpunkt auf die einforderung von diskussion mit der gesamten linken über die neubestimmung revolutionärer politik in der brd zu legen, war die wesentliche aussage der erklärung eine andere: es wurde dort die frage an die staatsapparate gestellt, ob diese in zukunft freiwillig politischen raum für "vernünftige" lösungen an eine "gegenmacht von unten" abzugeben bereit wären. die meisten in der linken ha-

Debatte zu Geheimdiensten und dem Mord an Wolfgang durch die Bullen entgegnen. Die Ziele unseres politischen Kampfes bleiben mit oder ohne Spitzel die gleichen. Der VS hat nur dann eine Chance, wenn wir mit dem Rücken zur Wand stehen bleiben.

Die Auseinandersetzung muß auf einem politischen Weg erfolgen, von dem die praktische Aufarbeitung streng zu trennen ist. Das ist etwas, was die Öffentlichkeit nichts angeht! Deshalb halten Artur und Anna immer noch das Maul, wenn über Namen oder die Praxis von Gruppen und Einzelpersonen spekuliert wird. Das ist für die meisten von Euch sowieso nicht entscheidend. Diejenigen, die das unmittelbar angeht, wissen das selbst am besten und können darauf reagieren. In der Öffentlichkeit können wir nur politisch argumentieren. Wir hoffen, daß es dazu in nächster Zukunft eine brauchbare Diskussion geben wird und werden unseren Anteil daran haben.

Deshalb: Keine Spekulationen über Namen oder Praxis von Gruppen !!!
Den Geheimdienstschergen das Handwerk legen !!!
Für eine Aufklärung des Modes an Wolfgang Grams !!!
Für die sofortige Auflösung aller SEK's der Bullen !!!

SpinnenNetzMainz/Wiesbaden 02.09.93



Prozesskostenparty Einsteinufer 41

TERMINE 10.-11.9.

KREUTZIGER 2000

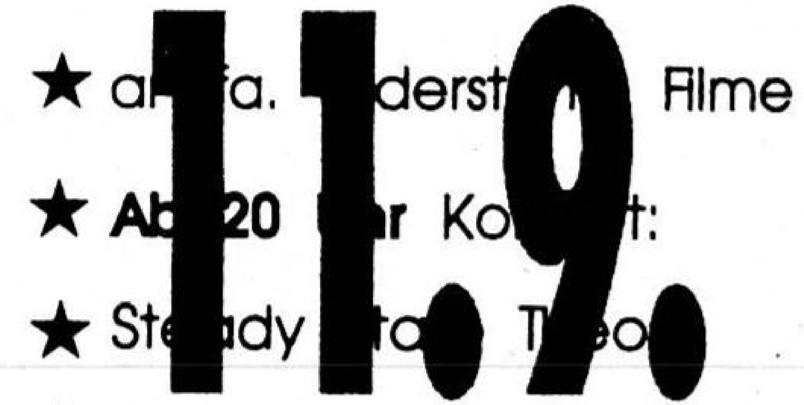


NOlympisches Straßenfest
Kreutzigerstr. - Berlin - F'hain

SAMSTAG
11. Sept.
ab 12 Uhr

LUCKENWALDE

KLAB, Goethestraße



★ Ab 15 Uhr: Veranstaltung über
★ a... fa. ...derst... Filme
★ Ab 20 ...r Ko...t:
★ Ste...dy ...ta... T...eo...
★ Cash for Chaos, Sokrates
★ Ultimate warning





11.9. ab 23°°
SO 36 - Oranienstr. 190. 1/2



Den revolutionären Kampf gegen die Neue Weltordnung, gegen Ausbeutung und Unterdrückung organisieren !!!

Gegen die imperialistischen UN-Interventionen !!!

DEMONSTRATION
AM SAMSTAG 11.9.93
12 Uhr ALEXanderplatz

AGIT PROP

presents:

Äktschen on da Streets







Anti-Sexistische Plakatperfomance - Trouble an der Startbahn, April 93 - Anti-Olympia Übungen (Besuch beim IOC in Lausanne 21.6.) - Kurdistan Demo in Bern, 24.6. - Wolfgang Grams Soli-Demo in Wiesbaden, 8.Juli - Aktionstag in Bischofferode am 1.August - Demmo für Offene Grenzen und Bleiberecht für alle in Frankfurt/Oder, 4.September....



in the X Mehringhof, Gneisenaustreet 2

sunday, 12.september
after the Hells Kitchen 22.00 o'clock



Mitwoch, 15. 9.
KUNDGEBUNG gegen den japanischen Kaiser
gegen Nationalismus und Großmachtstreben

nach dem Mittagessen vor der Humboldt-Universität, Unter den Linden (genaue Uhrzeit in der taz und auf der Tafel im Ex)

KONZERT
DO OR DIE
♀BAND AUS AMSTERDAM
SONNTAG 12-9-93
21⁰⁰
SUB BRUNNENSTR. 7
anschl. party
der vb7 lädt ein.

antifaschistische
KUNDGEBUNG
zum Prozeß gegen die Mörder von Silvio

13.09.93 11.00 Uhr

vor dem Gerichtsgebäude in der Turmstraße (Moabit)

Lassen wir nicht zu, daß die faschistischen Morde der vergangenen Jahre in Vergessenheit geraten.

Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren !

Ökologische Linke Berlin

Veranstaltungsreihe

Hintergründe des Krieges in Somalia

Dias, Vortrag und Diskussion

Referentin: Jasmin Touati (Dipl.Soz.)

Zeit: 13.9.93, 20 Uhr

Ort: Kreuzbüro, Großbeerenstr.89
(Nähe U-Bhf.Möckernbrücke)

DIE FRÜCHTE DES ZORNS

ID-Archiv im IISG (Hg.)

Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

Sorgfältig bearbeitete und mit rund 200 Seiten Kapiteleinleitungen, Anmerkungen, Literaturverweisen und Register versehene Dokumentensammlung. In dem Buch werden die oftmals zensierten Texte der Stadtguerillagruppen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ein Beitrag zur notwendigen Auseinandersetzung mit linker Geschichte und militanter Politik in der BRD von 1968 bis heute.

800 Seiten, 2 Bände, 68,– DM (ab 1.6.93)

VERANSTALTUNGEN: STOPPT SINGER-PROPAGANDA!

DIENSTAG 14.9. 20 Uhr
Videokino Anschlag
Kreutzigerstr. 18 Friedrichshain

"Der PANNWITZBLICK"

"Theresia Degener, Nati Radtke, udo Sierck und Wolfgang Röcker alle aus der Behindertenbewegung schreiben und erzählen gegen den tödlichen Zeitgeist- und die Kamera bringt uns nahe, was die anderen Gesprächspartner der Medienwerkstatt, Singer und Atrott uns als schrecklich darzustellen versuchen...eigenartige Bewegungen, Haltungen, die anders sind als die von Nichtbehinderten.."
Tolmein,konkret 4/1992

...der Film "stellt unter anderem die Frage nach der Macht dessen, der abbildet..."

DONNERSTAG 16.9. 20 Uhr
Café Anbiß
Kreutzigerstr. 22

VERANSTALTUNG

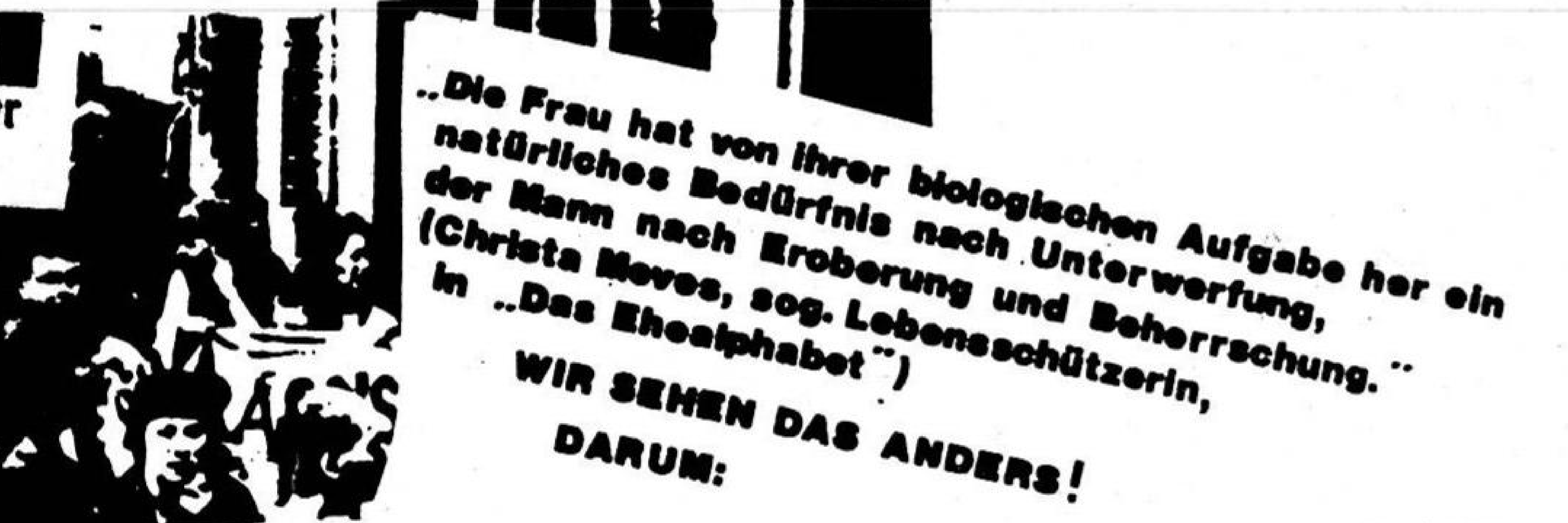
mit Referentin Ursula Aurien, Mitarbeiterin der "Randschau-Zeitung für Behindertenpolitik" zu "Stufenleiter der Vernichtung Hintergründe von Bioethik und Euthanasiediskussion" und Diskussion über den Umgang mit dem Seminar





Mittwoch, 15.9.: SOGENANNTE LEBENSSCHÜTZERINNEN/ ABTREIBUNGSGEGNERINNEN UND IHRE VERFLECHTUNGEN MIT KIRCHE, ÄRZTESCHAFT, JURISTEN UND FASCHISTEN

Für Abtreibung bin ich
nur bei meiner Freundin



VERANSTALTUNGSREIHE von und für FRAUEN/LESBEN zu §218, SOG. „LEBENSSCHÜTZERN", OPUS DEI

Zeit: jeweils 20.00 Uhr
Ort: Ex, Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin (61), U-Bhf. Mehringdamm

EBERSWALDE

Rockbahnhof, Bahnhofstraße

18.9.

★ Ab 12 Uhr: Veranstaltung
★ Infos
★ Sick of it all (New York)

Am Rande des Wahnsinns

Antifaschistisches Solikonzert:

Sick of it all (New York)
Slapshot (Boston)
Fleischmann (Berlin)

17.9., Alte TU-Mensa, 19 Uhr

Eintritt: 15 DM

17.9.

★ Ab Uhr Konz

STATT OLYMPIA → STATTOLYMPIADE



18. SEPTEMBER '93
mit
streetball - infos - massagen - live-bands - fussball - hindernislauf - tanzmarathon - wettpopeln
hinkelsteintragen - skateboarding - erwachsenen-ärgern - und sogar noch mehr
15 UHR IN DER ADALBERTSTRASSE
KINDERBAUERNHOF BLEIBT!

Nolympia

Di 14.9. 20 Uhr Vollversammlung Mehringhof
über die letzte Runde im Kampf gegen das IOC und die Billigganoven von Senat und Olympia GmbH
Do 16.9. 18.30 Uhr NOlympia-Abschlußveranstaltung
in der TU im Hörsaal 104.
Sa 18.9. 13 Uhr Demo am Rotes Rathaus "Olympia ... und tschüß"
Demoroute: Spandauerstr. – Mühlenstr.– Breitestr.– Marx-Engels-Platz– Karl-Liebknechtstr.- Spandauerstr.– An der Spandauerbrücke– Hackescher Markt– Rosenthalerstr.– Gormannstr.– Chorinerstr.– Zionkirchstr.– Kastanienallee– Oderbergerstr.– Schwedterstr.– Abschluß Senefelder Platz
15 Uhr Straßenfest in der Adalbertstr.

Tag der offenen Tür

bei der Grenzschutzabteilung Ost 2
Bundesgrenzschutz Berlin
am Sonntag,
dem 19. September,
von 10 bis 17 Uhr
an der Lindenberger Straße
in Ahrensfelde/ Rehhahn.

Im Programm:
Hubschrauber,
Sportwettkämpfe,
Waffen- und Geräteschau,
Aktivitäten für Jung und Alt,
Kinderspielstraße
mit vielen Überraschungen,
Informationen über den BGS ,
Vorführungen mit Diensthunden
und Dienstpferden,
Verlosung von Hubschrauberflügen,
Platzkonzert.

Eintopfessen von 12 bis 14 Uhr
Anfahrt mit BGS-Bussen im Pendelverkehr vom S-Bahnhof Ahrensfelde.



AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

19. September
Infoveranstaltung:
"Alter Antisemitismus - Neuer Rassismus"
Zur Ideologie der Neuen Rechten
(Referent: FU- Prof. Dr. W. Wippermann)
Anschließend Diskussion

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

S-Bhf. Bornholmerstr./ U-Bhf. Osloerstr. oder Pankstr./ Bus 126, 227, 228

Do 23.9. 19.30 Uhr Showdown an der Oberbaumbrücke:
Nolympia
"Weg mit den Ringen – weder Innenstadt- noch olympische Ringe!" Fernsehübertragung der Entscheidung in Monaco. Hoch die Tassen – Hau weg den Scheiß.

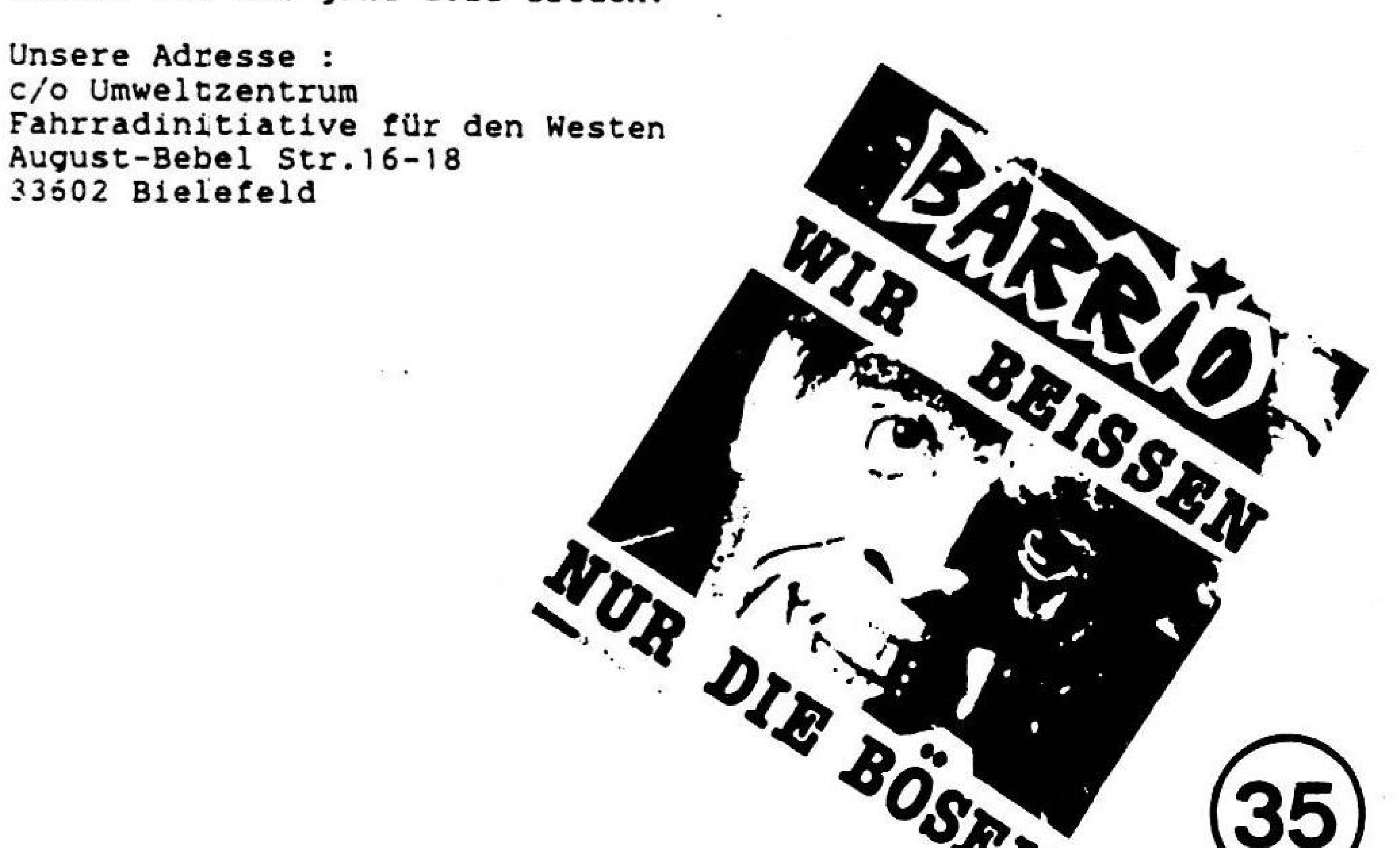
BARRIO RUNDBRIEF

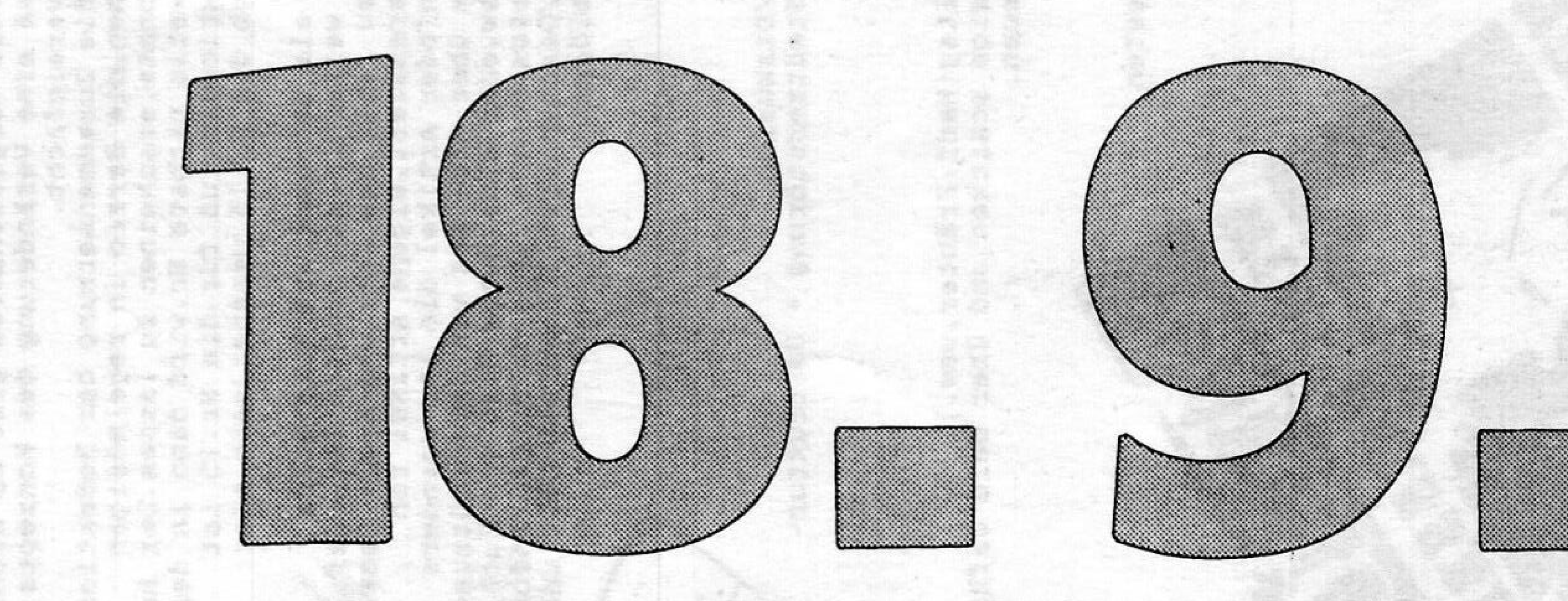
Viele wirds freuen,manche weniger.Wir planen eineneue Barrio

Warum ne Nr.15:Also,wir könnten jetzt mit Politgeschwafel begründen,warum es noch ne Nr.15 gibt.Wir lassen es.Es gibt ne notwendigkeit der Barrio.Was vergleichbares gibt es nicht in BI/Umgebung.Wir hoffen,daß eine Veränderung des Konzepts die Erstellung der Zeitung vereinfacht.
Gleichzeitig hat sich auch die Zusammensetzung der Redaktion verändert.Wir werden versuchen,die Barrio in regelmäßigen abständen,und zwar alle 2 Monate,erscheinen zu lassen.Der Re Redaktionsschluß für die jeweils nächste Nr.wird dann in der Zeitung bekanntgegeben.Redaktionsschluß für die Nr.15 ist der 1.September.Unklar ist,ob die Nr.15 umsonst sein oder etwas kosten wird.
Als Redaktion sind wir mehr als je zuvor auf Eure Hilfe angewiesen.Wir können nicht weiterhin den größten Teil der Artikel selbst schreiben,dazu fehlt uns Zeit und Kraft.Deswe Deswegen sind wir daran interessiert,eigene Artikel von euch zugeschickt zu bekommen(oder Artikel die ihr woanders gelesen habt).Wir freuen uns über jede Art von Unterstützung z.B. Hilfe beim verteilen,usw.oder eine Menge Post von Euch, z.B.Veranstaltungstermine,Fotos,Flugis,Comix,Meldungen/Infos /Mitteilungen über Aktionen/Geschehnisse,Schokolade,Geld und Geschriebenes zu den Themenblöcken:
-Kriminaltango
-Arbeit + Soziales
-Antifa + Widerstand
-Musik/Kunst/Kultur
-Antipatriachatsdiskusion
-Anarcho-Anarcha/Geschichte/Diskusion
-Besetzerinnenwiderstand + Stadtzerstörung + Umstrukturierung + Wohnungsnot
-Internationales
-Militante Aktionen
-Repression + Prozeße
-Praktische Tips für den Alltag(Hanf,Kräuter,usw.)
Wer werben will,kann ne Anzeige schicken und über Geld dafür würden wir uns ganz doll freuen.

Unsere Adresse :
c/o Umweltzentrum
Fahrradinitiative für den Westen
August-Bebel Str.16-18
33602 Bielefeld







Olympia

...und tschüß!

Gegen olympische Stadtzerstörung und Leistungsterror

Die finale

DEMO 18. 9.

Treffpunkt: 13.00 Uhr Rotes Rathaus, U-Bhf. Alexanderplatz

Berliner Wagenburgen- und Häusertreffen, AOK, Aktionsbündnis W.B.A., Autonome Gruppen

V.i.S.d.PrG. Max der Olympiabär, Zielstraße 44, 12445 Berlin